

Repression und Überwachung

Ausgabe Nr. 42, 03. Januar 2017



Das Räderwerk der deutschen Sicherheitsorgane läuft auf Hochtouren. Räumungen und Hausdurchsuchungen in der Rigaer oder der Skalitzer Straße in Berlin, in der Hafensstraße in Hamburg und anderen Orten, verdeckte Ermittlungen in linken Gruppen, Strafverfolgung und Inhaftierung von Aktivist_innen wie zum Beispiel Ali, Cem, Balu, Aaron oder Thunfisch, die Durchsetzung des PKK-Verbots im Rahmen der „Terrorismusbekämpfung“ und so weiter und so fort. Darüber hinaus noch „Flüchtlingsströme dämmen“, die öffentliche Ordnung wahren (etwa durch die Vertreibung von nicht erwünschten Personen – Refugees, Wohnungslose, Erwerbslose – von prestigeträchtigen Plätzen) und ein möglichst umfassendes Überwachungssystem etablieren. Für Linke sind Repression und Überwachung nichts Neues. Die Kriminalisierung unserer Proteste und Strukturen gehört zum Alltag. Dennoch haben sich die Formen im Laufe der letzten Jahrzehnte stark verändert. Während beispielsweise im heißen Herbst '77 staatliche Repression noch sehr brachial und sichtbar war, haben wir es nun oftmals mit subtileren Methoden zu tun – und zwar auf politischer, gesellschaftlicher und technischer Ebene gleichermaßen. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit Dimensionen und Mechanismen von Überwachung und Repression und fragen danach, wie der Kontrolle und gewaltsamen Zurückdrängung durch den Staat heute begegnet werden kann.

Tragendes Element ist zunächst der immer offensiver vertretene Sicherheitsdiskurs. Kontrolle und Sicherheit werden als notwendige Schlüssel präsentiert, mit denen das Unheil der scheinbar allgegenwärtigen Gefahren eingedämmt werden kann. Die Methoden werden kaum hinterfragt – genauso wenig wie die Feindbilder. Hauptsache die öffentliche Ordnung bleibt bestehen. Dabei geben Organe des Rechtsstaats vor, objektive Instanzen zu sein, die die Bürger_innen gleichermaßen

vor den immer (wieder) präsenten Gefahren schützt. Diese Gefahren liegen oft und nicht zufällig in einem diffusen „Außen“ – die rassistische, wohlstandschauvinistische Feindbildproduktion hat Konjunktur. Mit dieser scheinbaren Unausweichlichkeit wird auch Repression als probates Mittel der Gefahrenabwehr gerechtfertigt.

Eine Methode dieser Repression ist die Überwachung. In technischer Hinsicht hat die digitale Revolution diese zu einem Kinderspiel gemacht und ist für Betroffene gleichzeitig kaum mehr zu durchblicken. Die Omnipräsenz von Überwachung durch Kameras, durch Drohennutzung und Datenspeicherung et cetera bleibt dem Mensch oft verborgen. Gleichzeitig hat sich das Phänomen auch normalisiert: Der Aussage, wer nichts zu verbergen habe, habe von Überwachung nichts zu befürchten, wird oft zugestimmt. Mehr noch: Die Rufe nach zusätzlicher Kontrolle werden immer lauter. Pläne zur Komplettüberwachung von öffentlichen Plätzen erfahren hohe Zustimmung. Die Datenspeicherung und Ortung von Personen online nimmt zu. Immer wieder wird über Einsätze der Bundeswehr im Innern diskutiert, regelmäßig kooperieren Armee und Polizei und Soldat_innen unterstützen dauerhaft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei der Registrierung von Geflüchteten. Grenzen werden wieder dichtgemacht. Private Sicherheitsfirmen machen mit dem Geschäft Repression gutes Geld. Gefängnisse werden an Privatinvestoren übertragen, denen der Staat die angeblichen horrenden Betriebskosten fraglos überweist – während nach US-Vorbild Pläne dafür gemacht werden, die Haftanstalten in moderne Produktionsstätten nach Feudalprinzip umzuwandeln.

Vor diesem Hintergrund sind Strukturen von Gegenwehr und Solidarität besonders wichtig. Der Kriminalisierung und Verfolgung durch die Sicherheitsorgane heißt es, gemeinsam und organisiert entgegen zu treten. Unser Interview mit Michael Cszakoczy von der Roten Hilfe sowie das Essay von Aktivist Sadiem Youssef zeigen dafür mögliche Anknüpfungspunkte auf.

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

Gemeinsam gegen ihre Repression



„Der Kampf gegen Unterdrückung ist das Projekt der politischen Linken in ihrer Gesamtheit und ihrer Vielfalt.“

Kritisch-lesen.de sprach mit Michael Csaszkozy über Arbeitsweisen der Roten Hilfe und die Notwendigkeit, Repression solidarisch und organisiert zu bekämpfen.

kritisch-lesen.de: Gerade erst erschien ja eure Broschüre zur Geschichte der Roten Hilfe zur Zeit des deutschen Faschismus, in der die Organisation aus der Illegalität heraus arbeiten musste. Die Methoden der staatlichen Repression und Überwachung haben sich seitdem massiv verändert. Kannst du einige Entwicklungen in Arbeitsweisen und -schwerpunkten der Roten Hilfe skizzieren?

Michael Csaszkozy: Natürlich haben wir uns ganz bewusst in die Tradition der historischen Roten Hilfe Deutschlands (RHD) gestellt, die in den 1920er Jahren bestand. Das ist aber keine organisatorische Kontinuität. Die wird höchstens gelegentlich von übereifrigen Verfassungsschutzämtern hergestellt, die damit die Rote Hilfe als „Unterorganisation der KPD“ darstellen wollen – was sie so schon damals nicht war. Die Rote Hilfe der 1920er und 1930er Jahre war ganz anders strukturiert und hatte ganz andere Aufgaben. Nach der durch Freikorps blutig erstickten Novemberrevolution und den Märzkämpfen 1920 waren die deutschen Gefängnisse voll von revolutionären Arbeitern (seltener Arbeiterinnen), deren Familien draußen von Hunger und Existenzangst bedroht waren. Die direkte Unterstützung der Gefangenen in den Knästen, aber auch ihrer Familien, war damals die Hauptaufgabe der RHD. Große Bekanntheit erreichten damals zum Beispiel die Kinderheime der Roten Hilfe. Obwohl die historische RHD sehr deutlich unter dem Einfluss der KPD stand, trug sie ihren strömungsübergreifenden Anspruch nicht zu Unrecht vor sich her. Ihre wichtigsten Kampagnen (zum Beispiel für Max Hoelz, Erich Mühsam oder Sacco und Vanzetti) beschäftigten sich mit inhaftierten AnarchistInnen oder RätekommunistInnen. Die damalige RHD konnte auch viele bürgerliche Intellektuelle für ihre Sache gewinnen, unter ihnen Thomas Mann, Albert Einstein oder Kurt Tucholsky.

Auch wenn die RHD ihre Arbeit in der Illegalität fortsetzte, gab es in der BRD zunächst kein Anknüpfen an diese Tradition. Erst im Zuge der 68er-Revolution gründeten sich wieder RH-Gruppen, die sich bald in konkurrierende Grüppchen und Parteien aufspalteten. War deren Hauptbeschäftigungsfeld zunächst die Unterstützung von GenossInnen, die wegen Demonstrationsdelikten angeklagt

waren, bildete die Unterstützung der in Isolationshaft sitzenden Stadtguerilla aus RAF, Bewegung 2. Juni et cetera den Arbeitsschwerpunkt vieler RH-Gruppen – auch wenn sie sich häufig ideologisch scharf von bewaffneten Gruppen abgrenzten.

Mit dem Ende der K-Gruppen-Zeit öffnete sich eine verbliebene Rote-Hilfe-Struktur (die ursprünglich der KPD-ML nahestehende RHD) zu einer tatsächlich strömungsübergreifenden Organisation. Das bedeutet für unsere heutige politische Arbeit, dass wir es ablehnen, uns allgemeinpolitisch zu äußern. Unterstützt werden von uns alle, die von Repression betroffen sind und die sich mit ihrer Politik nachvollziehbar in den Kontext einer linken, antikapitalistischen, feministischen und emanzipatorischen Bewegung stellen. Das reicht von der gewaltfreien Castor-BlockiererIn bis zum Angehörigen einer revolutionären migrantischen Exilorganisation, vom einfachen Strafbefehl über Verfahren, in denen es um langjährige Haftstrafen geht.

KL: Was sind deiner Meinung nach aktuell die effektivsten Strategien der Herrschenden, kritische Kräfte in ihrer Organisation und Arbeit zu kontrollieren und zu behindern?

MC: Das ist sehr situationsabhängig und richtet sich immer nach den momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. In der BRD spielen zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich nicht nur staatliche Repression, sondern auch Propaganda und Einschüchterung eine zentrale Rolle. Auch staatliche Repression setzt in Deutschland häufig schon sehr niedrighschwellig an, um Menschen, die sich politisieren, sofort und unmittelbar aufzuzeigen, welche Konsequenzen das haben kann. Wo wirkliche soziale Veränderungen greifbar scheinen oder der Status Quo schlicht unerträglich geworden ist, wirkt niedrighschwellige Repression nicht mehr. Nicht umsonst werden in Deutschland zum Beispiel türkische und kurdische Exillinke für viele Jahre eingeknastet, schlicht und einfach nur, weil sie sich politisch organisiert haben.

KL: Überwachung ist längst im Alltag angekommen. Die Dimensionen und Mechanismen sind dabei kaum mehr abzusehen. Welche Entwicklungen in diesem Bereich beunruhigen Dich derzeit am meisten?

MC: In diesem Bereich tut sich in der letzten Zeit so unglaublich viel, dass ich mich schwer tue, einen konkreten Punkt zu benennen. Was mich an dem gesamten Komplex „Überwachung“ aber am meisten interessiert, ist nicht die technische, sondern die gesellschaftliche und politische Dimension: Führt das Wissen, dass jeder meiner Schritte überwacht werden kann, automatisch zu politischer Lethargie? Und wenn ja, wie können wir das ändern? Kein Gesetz wird bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen Firmen oder Staaten daran hindern, alle nur denkbaren Möglichkeiten der Überwachung zu nutzen. Gibt es dennoch Möglichkeiten, es ihnen schwer zu machen? Wir bei der RH wären ja

schon froh, wenn Linke grundsätzlich ihre Mails, Chats und Festplatten verschlüsseln würden. Das wäre umso wichtiger, als es ja nicht nur Polizei und Staatsanwaltschaften sind, die gern an unsere Daten wollen, denen zumindest offiziell aber rechtliche Grenzen gesetzt sind. Was der sogenannte „Verfassungsschutz“ und andere Geheimdienste tun, unterliegt schon formal fast gar keiner gesetzlichen Kontrolle.

KL: Derzeit laufen ja beispielsweise die Gerichtsverfahren gegen Aaron und Balu in Berlin. Was macht ihr in einem solchen Fall konkret, wie sieht die Unterstützung aus?

MC: Die Unterstützung der Roten Hilfe hat zum einen natürlich einen materiellen Aspekt. Genauso schlimm wie die Belastungen eines Prozesses und die eventuelle Strafe sind oft die finanziellen Folgen, die nicht selten existenzbedrohend sein können. Für diese Folgen wollen wir als Linke gemeinsam eintreten. Zurzeit können wir in der Regel 50 Prozent der Unkosten stemmen, ganz gleich ob der Antrag von einem Rote-Hilfe-Mitglied gestellt wird oder nicht.

Der andere Aspekt betrifft Prozessbegleitung und Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen die Leute ermutigen, politische Prozesse auch politisch zu führen. Tatsächlich agieren Gerichte ja nicht im luftleeren Raum und der Ausgang eines politischen Verfahrens ist meist stärker von der hergestellten Öffentlichkeit bestimmt, als von juristischen Feinheiten. Aber natürlich führen wir auch Beratungsarbeit durch, vermitteln linke und solidarische AnwältInnen und überlegen uns gemeinsam Prozessstrategien.

KL: Was empfehlst du Menschen, die in Kontakt mit Repressionsinstitutionen kommen? Wie kann man unangenehme Erfahrungen vorbeugen; wie verteidigt man sich am besten, wenn es doch soweit kommt?

MC: Das Wichtigste: Einen kühlen Kopf bewahren und bei Polizei und Staatsanwaltschaft keine Aussagen machen. Niemand ist dazu verpflichtet und selbst eine Aussage vor Gericht sollte mit GenossInnen und einem Rechtsbeistand vorher gut überlegt werden. Dazu ist später genügend Zeit, und häufig ist es ohnehin das Beste, auch vor Gericht gar keine Aussagen zur Sache zu machen. Auch wenn man Fehler gemacht hat (zum Beispiel Aussagen gemacht oder sich bei einer Hausdurchsuchung blöd verhalten) ist es wichtig, das nicht verschämt mit sich alleine abzumachen. In jedem Fall ist es sinnvoll, nach einem Vorfall so bald wie möglich mit FreundInnen und GenossInnen zu sprechen und die nächstgelegene Rote-Hilfe-Ortsgruppe zu kontaktieren. Und natürlich ist es gut, seine Rechte zu kennen. Dazu geben wir schon seit Jahrzehnten die immer wieder aktualisierte Broschüre „Was tun, wenn es brennt?“ heraus.

KL: Wie schätzt du die Chancen ein, aus dem bürgerlichen Recht ein Werkzeug für

Unterdrückte zu machen? Inwieweit ist Verteidigen gegen Repression innerhalb des Rahmens des bürgerlichen Justizsystems, das Einfordern der Durchsetzung des gültigen Rechts auch für Marginalisierte, beziehungsweise das Erkämpfen neuer Gesetze (beispielsweise im Bereich Datenschutz) möglich und sinnvoll?

MC: Das bürgerliche Recht markiert immer erreichte und erkämpfte Standards. Das macht es in einer kapitalistischen Gesellschaft noch lange nicht generell zu einem Werkzeug der Unterdrückten. Neue Gesetze spiegeln gesellschaftliche Machtkämpfe allenfalls wider, sie können sie gewiss nicht ersetzen. Niemand sollte darauf bauen „sein Recht“ zu bekommen, nur, weil er oder sie vor Gericht zieht.

Die Rote Hilfe rät deshalb in der Regel auch von Klagen gegen staatliche Organe ab, es sei denn, damit wird ein besonderes Ziel verfolgt (zum Beispiel, wenn es gute Aussichten auf ein Präzedenzurteil gibt) und auch dann nur, wenn der Prozess von einer öffentlichen Kampagne begleitet wird. Aber wenn es darum geht, sich vor Gericht gegen staatliche Repression zu wehren, dann können und werden wir auf erkämpfte rechtliche Standards ganz gewiss nicht verzichten. Auch wenn wir uns mehr erträumen: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es die politische Linke, die erkämpfte Grundrechte gegen die verteidigt, die sie schleifen wollen.

KL: Wird über Repression geredet, geht es schnell und oft ausschließlich um Staat und Polizei. Gerade das Thema Überwachung macht jedoch deutlich, dass Repression zunehmend von „privaten“ Akteuren aus der Wirtschaft übernommen wird. Backgroundchecks und Überwachung von ArbeitnehmerInnen und -suchenden ist längst gang und gäbe. Polizeiliche und militärische Aufgaben werden zunehmend von privaten Sicherheitsfirmen ausgeübt. Ist ein Fokus auf staatliche Repression haltbar?

MC: Ein Fokus auf staatliche Repression als alleiniger politischer Standpunkt ist natürlich nicht haltbar. Repression bedeutet zunächst einmal ja einfach „Unterdrückung“. Der Kampf gegen Unterdrückung ist das Projekt der politischen Linken in ihrer Gesamtheit und ihrer Vielfalt. Diesen Kampf kann und will die Rote Hilfe der Linken nicht abnehmen, sondern sie dabei unterstützen. Wir tun das, indem wir den Kampf gegen staatliche Repression organisieren. Dabei sind wir noch lange nicht so erfolgreich, wie wir es gerne wären.

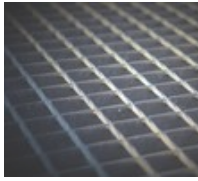
Aber ihr habt natürlich recht: Es gibt Bereiche, in denen Repression sich außerhalb des Rahmens strafrechtlicher Verfolgung abspielt. Wir machen uns beispielsweise schon länger Gedanken über Betriebsrepression und leisten in diesem Bereich auch Unterstützung, wo Gewerkschaften sie versagen. Aber solche Repression landet letztlich ja auch wieder vor Gerichten. Wir können Klassensolidarität unterstützen, nicht aber organisieren oder gar ersetzen.

Die angesprochene Broschüre „Was tun, wenn's brennt“ gibt es als Download auf

der [Webseite der Roten Hilfe](#).

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: Gemeinsam gegen ihre Repression.
Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1379>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Weil es alleine nicht möglich ist



Essay von Sadiem Youssef

Die Innenansicht einsperrender Institutionen erzählt aus einer persönlichen Perspektive.

Essay von [Sadiem Youssef](#)

Ich bin Sadiem Youssef und wurde 1991 im verschlafenen Münster geboren. In meiner Familie gehörte „Politik“ immer zum Alltag dazu und deshalb war es wohl nicht verwunderlich, dass ich politisch aktiv geworden bin. Zuerst auf antifaschistischen Demos, dann auch im Kampf gegen Gentrifizierung und für ein selbstbestimmtes und freies Leben. Zwischen Juli und Oktober 2016 war ich für drei Monate in Untersuchungshaft in der JVA Moabit, wo ich mich – gezwungenermaßen – viel mit dem Thema Repression auseinandergesetzt habe. Auch jetzt, nach der Inhaftierung von Thunfisch am 21.11. in Münster, bleiben Repression und vor allem Knastarbeit die bestimmenden Themen.

Als ich gefragt wurde, ob ich diesen Essay zum Thema „Repression“ schreiben möchte, war ich zunächst ein wenig überfordert und verunsichert. Was wurde nicht schon alles zu diesem Thema verfasst und in unzähligen Diskussionen erörtert? Wie viele Menschen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten oder auch Jahrhunderten mit der Frage von Unterdrückung beschäftigt? Und was kann ich selbst zu diesem Thema beitragen, dass nicht in die Schublade klassischer „Durchhalteparolen“ und von der Welt losgelöstem Verbalradikalismus gehört?

Meine Auseinandersetzung mit dem Thema dreht sich um drei Fragen: Was ist Repression? Wie wirkt Repression? Und: Was hilft dagegen? Um dabei nicht direkt Gefahr zu laufen, lediglich die Positionen und Erläuterungen anderer Autor*Innen zusammenzufassen, soll es um meine subjektive Perspektive gehen, die besonders auf meinen Erfahrungen der letzten Monate beruht. Darüber hinaus ist es mir ein besonderes Anliegen, auf die letzte der drei Fragen einzugehen, da viel theoretisch philosophiert, sprachlich definiert oder auch technisch analysiert werden kann – all das aber in den Momenten, wo Macht auftritt und rücksichtslos zuschlägt, niemals weiterhelfen wird.

Was ist Repression?

Wir leben in einer Gesellschaft, die – allem Anschein nach – auf dem Einverständnis

einer Mehrheit mit den bestehenden Regeln fußt, die sich ihrerseits in der herrschenden Ordnung widerspiegeln. Nach ihrem Verständnis muss ein*e jede*r sich nahtlos in das Bestehende einfügen, dass sie*er niemals auch nur zu hinterfragen, geschweige denn zu ändern ersuchen darf. Konkret heißt das unter anderem, ein Leben in einer traditionellen Familie, im Einklang mit einem über Jahrhunderte konstruierten Rollen- und Geschlechter*bild, einer Arbeit, die möglichst gut bezahlt wird sowie zuletzt, aber von entscheidender Bedeutung, im Konsum zu führen. Zusammengenommen ein inhaltsleeres, sinnbefreites und gesellschaftskonformes Leben.

Repression, so wie ich sie verstehe, setzt genau an dieser Stelle an. Zuerst einmal handelt es sich bei Repression um den Versuch, non-konformes, das heißt unangepasstes Handeln, zu unterbinden. Dabei ist es mitnichten wichtig, ob dieses – durch den Staat oder andere Institutionen der Herrschaft – ausgemachte Handeln wirklich oder eben nur dem Anschein nach unangepasst ist. Vielmehr geht es darum, all jenes Handeln zu unterbinden, dass einerseits nicht in das gesellschaftliche „Idealbild“ passt, andererseits aber, und viel schlimmer, die gesellschaftliche Realität verändern soll oder sogar angreift. „Widerstand ist zwecklos!“, heißt es nicht umsonst in den Wohlfühl-Krimis am Wochenende.

Für die Qualität, das heißt die Härte der repressiven Maßnahmen, gibt es weder einen Maßstab noch Grenzen. Aus einer allgegenwärtigen Atmosphäre der Angst (sichtbar etwa am Respekt vor staatlichen Symbolen), physischer Kontrolle (zum Beispiel körperliche Gewaltanwendung auf Demonstrationen), psychischer Gewalt (durch ständige Überwachung oder auch sogenannte Gefährder*innenansprachen), bis hin zum Entzug der individuellen Freiheit im Gefängnis, wo gleichzeitig von allem etwas eingesetzt wird, ist der Unterdrückungscocktail nach dem Geschmack der herrschenden Ordnung gemischt.

Repression zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie unerwartet geschehen kann und nicht ein-, geschweige denn abzuschätzen ist. Repression ist willkürlich! Niemals „resozialisierend“ wie es beispielsweise im Justizsystem behauptet wird – sondern abschreckend und gewalttätig. Eine Machtdemonstration des Staates, der zu zeigen versucht, dass die Grundlagen der täglich durchgesetzten Ordnung nicht verhandelbar sind. Selbst dann nicht, wenn sie ausschließlich die Herrschaft Einzelner über Andere zementieren.

Eine subjektive Perspektive auf die Wirkung von Repression

In „Wege durch den Knast“, einem Buch von und für Gefangene/n und ihre/n Angehörigen sowie alle/n, die sich mit dem Gefängnissystem konkret auseinandersetzen, sprechen die Autor*innen vom „Haftschock“, der im Moment

der Festnahme, spätestens aber mit der Ausstellung des Haftbefehls und seinem Inkrafttreten einsetzt. Wenn, nach einer Nacht in der Zelle der Tag immer länger wird, Beamte in die Zelle kommen, das Gespräch mit dem*der Anwält*in geführt wird und die erste Haftprüfung den Weg ins Gefängnis weist, ist das Wort „Ohnmacht“ viel zu schwach, um den eigenen Zustand zu beschreiben.

Erst fassungslos, dann schockiert lachend und unvermögend, die Situation direkt einzuordnen, geht es in eine Art Traumzustand. Die ersten Tage hinter Gittern lassen erkennen, dass es kein Entrinnen gibt und nichts mehr vom gefangenen Menschen selbst zu entscheiden sei. Der Staat bestimmt von nun an den Tagesablauf, was dem*der Einzelnen zusteht und was verzichtbar ist. Weil es zuerst keine Möglichkeit gibt, mit Familie, den Freund*- und Kompliz*innen zu kommunizieren, wird der*die Gefangene isoliert. Die Unfähigkeit, selbstbestimmt und uneingeschränkt mit den geliebten Menschen in Kontakt zu treten, soll die Vereinzelung des Individuums nicht nur räumlich – eingesperrt in der Zelle – sondern vielmehr psychisch manifestieren. Der Staat demonstriert seine Macht und zeigt, dass er dazu in der Lage ist, ein Individuum physisch aus der Welt vor den Mauern der Gefängnisse zu entfernen. Überwachung und Einschränkung der Kommunikation zielen darauf ab, die schiere Existenz der Gefangenen außerhalb der Gefängnismauern auszulöschen.

Im Inneren des Gefängnis Komplexes machen Beamt*innen deutlich, dass menschliche Umgangsformen im Kontext von Gefangenschaft nicht berücksichtigt werden. Selbst die Regeln und Gesetze der Ordnung, zu deren Schutz die Gefängnisse existieren sollen, werden innerhalb der Mauern mit Füßen getreten. Nicht weiter verwunderlich, sind sie doch ausschließlich dazu da, Herrschaftsinteressen zu sichern, niemals aber prinzipiell gültig. Repression ist willkürlich! Jeden Tag aufs Neue versichern Beamt*innen ihren Opfern, dass diese doch jetzt „jede Menge Zeit zum Nachdenken“ hätten. Zeit, die eigenen Überzeugungen dem gesellschaftlichen Normbild anzugleichen und die Regeln des Bestehenden – wenn nicht zu unterstützen – in einer potentiellen Zukunft „in Freiheit“ anzuerkennen.

Konsequente Ablehnung – Eine Strategie gegen Repression

Ron Sakolsky schreibt in „Breaking Loose – Mutual Acquiescence or Mutual Aid?“ unter Rückgriff auf Gustav Landauer, dass es die sozialen Beziehungen sind, die den Staat ausmachen. Dass die staatliche Kontrolle, genau wie das Gefühl der Machtlosigkeit („powerlessness“; Sakolsky 2015, S. 34) und die Unfähigkeit, dem Bestehenden etwas entgegenzusetzen, jederzeit auch in den Beziehungen der Menschen untereinander verankert seien. Aber was heißt das für den*die Einzelne*n im Angesicht von Repression?

Wenn der Staat in den zwischenmenschlichen Beziehungen verortet werden kann, dann folgt daraus, dass auch die Mechanismen, die von ihm eingesetzt werden, in dieser Art Beziehungen ihren Ausgang finden. Die Unterdrückung non-konformen Handelns selbst findet sich im Verhältnis der Individuen untereinander wieder. Im Umkehrschluss geht es hier natürlich nicht – wie Sakolsky selbst in einem anderen Kontext richtig bemerkt – darum, die Verantwortung von den Täter*Innen auf die Opfer abzuwälzen. Vielmehr geht es darum aus der passiven Rolle der*des wehrlosen Unterdrückten (von Repression Betroffenen) auszubrechen und aktiv die Wirkung von Repression anzugreifen.

Kein Mensch kann mit Repression umgehen, da sie keine Regelmäßigkeiten kennt, sondern kann nur ihre Wirkung auf das eigene Selbst immer wieder hinterfragen und ihre scheinbare Übermacht konsequent ablehnen. Denn mit ihr erreicht der Staat nicht immer, was er will, im Gegenteil. Durch repressive Maßnahmen werden Menschen politisiert und solidarisieren sich. Rückgreifend auf die vorhergehenden Ausführungen heißt diese Ablehnung ganz konkret, all jene Praxis zu radikalieren, die der Staat zu unterdrücken versucht. Angefangen mit dem ständigen Versuch, die eigenen Ideale und Träume ehrlich zu leben; Am Gefühl der Ohnmacht vorbei die Vereinzelung und Isolation in Haft zu brechen. Sei es durch die Kontakte zu den Mitgefangenen oder zu Familie, Freund*- und Kompliz*innen. Über das Festhalten an den eigenen Überzeugungen, die immer mehr wert sein werden als die – durch Kompliz*innenschaft im Knast oder vor Gericht – erkaufte Privilegien durch Selbstverrat. Bis hin zu der Überzeugung, dass (staatliche) Macht nicht allumfassend ist, niemals sein kann und an jedem neuen Tag eine andere Welt möglich sein wird.

Wenn wir zustimmen, dass der Staat und seine unterdrückenden Mechanismen – zumindest auch – in den sozialen Beziehungen untereinander ihr Unwesen treiben, dann sollten wir auch hier ansetzen. Im Gefängnis bedeutet das, exzessiv Briefe zu schreiben. Trotz der inhaltlichen Kontrollen durch die Beamt*innen nicht auf den Ausdruck der eigenen Gefühle zu verzichten. Weil nicht einmal der Eingriff in die Intimität zwischen den Brieffreund*innen die ehrlichen Gefühle der unbekanntes Solidarität anonymer Briefe, der gegenseitigen Zuneigung, des Vertrauens und der Liebe zueinander zerstören kann. Repression ist willkürlich. Aber die Entscheidung der Einzelnen, zusammen zu leben, miteinander widerständig zu handeln, füreinander einzustehen und sich auch im Angesicht drohender Repression nicht voneinander abzuwenden, ist es nicht.

Repression zielt darauf ab, einzelne Individuen – egal wie – herauszugreifen, diese dann exemplarisch anzugreifen und in letzter Konsequenz auch auszuschalten. Sie sucht sich niemals ebenbürtige Gegner*innen, sondern solche, die anfällig und angeschlagen scheinen. Allein. Eine Aufgabe sollte es also sein, nicht einmal die

Illusion aufkommen zu lassen, die von Repression betroffenen Menschen müssten diese Angriffe alleine durchstehen. Jede*r im Gefängnis sollte von „draußen“ gestärkt werden. Die Solidarität zu den Gefangenen sollte jederzeit und offensiv zur Schau getragen werden, bis sie soweit selbstverständlich geworden ist, dass der Staat keine leichten Ziele mehr findet. Und sich mit den Menschen, die sich seiner Existenz in ihrem Inneren bewusst sind, auseinandersetzen muss und schlussendlich, mitsamt seinem Repressionsapparat aus ihren Herzen und ihrer Realität verschwindet.

Zusätzlich verwendete Literatur:

Sakolsky, Ron (2015): Breaking Loose – Mutual Acquiescence or Mutual Aid? LBC Books, Berkeley.

Redaktionskollektiv (Hg.) (2016): Wege durch den Knast. Alltag-Krankheit-Rechtsstreit. Assoziation A, Berlin/Hamburg.

Zitathinweis: Sadiem Youssef: Weil es alleine nicht möglich ist. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1378>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Mit der ganzen Härte des Gesetzes



Christoph Müller

»Haftschaden«

Die Folgewirkungen von Jugendarrest und Warnschussarrest

Mit einem fachlichen und pädagogischen Blick auf einen kleinen Teil des Jugendstrafrechts gelingt dem Autor eine fundamentale und durchaus politische Gefängniskritik.

Rezensiert von [Marie-Therese Dazert](#)

Schock, Härte, Abschreckung und Disziplin: 1940 während der Zeit des deutschen Faschismus eingeführt, hat er bis heute Bestand und wurde 2012 trotz einhelliger Kritik aus der Fachwelt noch auf einen weiteren Bereich ausgeweitet: der Jugendarrest. Einer Jugendstrafe, die auf Bewährung ausgesetzt wird, kann seitdem ein zusätzlicher „Warnschussarrest“ hinzugefügt werden. Christoph Müller geht diesen Entwicklungen in seinem Buch „»Haftschaden«. Die Folgewirkungen von Jugendarrest und Warnschussarrest“ wissenschaftlich nach. Er schafft anhand dieser exemplarischen Repressionsform eine grundlegende pädagogische und politische Gefängniskritik, die auch durch ihren anschaulichen Schreibstil nicht nur für die fachliche Lektüre, sondern auch für linke Auseinandersetzungen wertvoll ist.

Die juristische und die öffentliche Debatte

Kriminolog_innen, Strafrechtler_innen, Rechtswissenschaftler_innen – die Fachwelt ist sich weitgehend einig, auch die Zahlen der Sanktionsforschung sprechen für sich: Die Kopplung von Strafaussetzung auf Bewährung einerseits und dem Arrest andererseits ist hinsichtlich des Ziels einer geringen Rückfallquote vollkommen sinnlos. Schon die beiden Instrumente des Arrests beziehungsweise der Bewährungsstrafe als solche sind, so Müller, statistisch nahezu wirkungslos, was die Förderung des „legalen Verhaltens“ (S. 17) angeht. Dennoch wurde das bis 2012 existierende Kopplungsverbot beider jugendstrafrechtlicher Instrumente aufgehoben: Es handelt sich beim neu entstandenen „Warnschussarrest“ um einen zusätzlichen Arrest zu einer Bewährungsstrafe, hier werden also zwei gegensätzliche erzieherische Botschaften gesendet: Auf der einen Seite erhält die straffällige Person eine positive Prognose, es wird viel Vertrauen in sie gesetzt, dass sie ohne Haftstrafe zu einer Lebensführung ohne erneute Straftaten zurückfindet, auf der anderen Seite wird durch das Verhängen des Arrests hart gegen sie

vorgegangen. Da, entgegen des Grundsatzes, bei jungen Menschen aus „erzieherischen“ Gründen die Strafe zeitlich sehr schnell auf das falsche Verhalten folgen zu lassen, der „Warnschuss“ als gegensätzliche Botschaft oft erst sehr spät nach einem langen Strafverfahren und entsprechender pädagogischer Arbeit stattfindet, führe er, so Müller, sogar eher zu mehr Rückfälligkeit.

Entgegen der sachlichen Debatte in der Fachwelt stand im Vorfeld der Gesetzesänderung ein reaktionärer öffentlicher Diskurs, der diese erst möglich machte. Man forderte ein „härteres Vorgehen“ gegen junge Straftäter_innen und biologisierte delinquentes Verhalten nach Geschlecht, Alter und Herkunft, ohne dabei die ökonomischen und strukturellen Ursachen von Gesetzesverstößen auch nur ansatzweise einzubeziehen. Die Forderung, autoritär und abschreckend gegen die jungen Menschen vorzugehen, die, aus welchen Gründen auch immer, entsprechendes Verhalten gezeigt haben, ist in den Debatten allgegenwärtig.

Grundlegende Gefängniskritik

Christoph Müller setzt sich zu Beginn seines Buches unter Rückgriff auf die Mittel der kritischen Diskursanalyse mit dem skizzierten Diskurs auseinander. Er stellt den hinter den entsprechenden öffentlichen Forderungen stehenden Rassismus und Sexismus und die sogenannte Schockideologie gut verständlich und als Einführung in seine daran anschließende Forschung dar.

Besonders auf den ersten Seiten wird deutlich, was dieses Buch so besonders macht: Die pädagogische Herangehensweise an ein juristisches Problem, beschränkt auf einen kleinen Teil im Jugendstrafrecht, den Arrest, steht in Müllers Buch stellvertretend für eine umfassende Kritik an der Praxis totaler Institutionen und des Einsperrens im Allgemeinen. Beginnend mit Foucaults „Überwachen und Strafen“ wird grundlegende Kritik an der Institution Gefängnis und ähnlichen Disziplinartechniken geübt. Es wird für die Leser_innen sehr schlüssig dargestellt, dass das Einsperren von Menschen Delinquenz noch nie vermindert hat, sondern im Gegenteil für eine Stagnation oder einen Anstieg der Fälle sorgt und so auch der Aufenthalt im Jugendarrest eine höhere Wahrscheinlichkeit erneuter Straftaten fördert.

Neben der fachlichen und juristischen Debatte, dem eher staatlichen Blick auf die reinen Zahlen bezüglich Strafverbüßung und Rückfälligkeit, finden sich im Buch auch linke Perspektiven und eine generellere Gefängniskritik. Eine zentrale These Müllers ist, dass das Gefängnis gemäß Foucaults Klassenjustiztheorien die eigentliche gesellschaftspolitische Funktion erfüllt, ein weitgehend geschlossenes Delinquenzmilieu zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist Müllers Untersuchung des Jugendarrests als vermeintliches Instrument zur Kriminalitätsbekämpfung besonders spannend, macht sie doch deutlich, dass der Staat seine Bürger_innen

nicht mit Maßnahmen der Sozialen Arbeit und Bildungsangeboten unterstützt, sondern lediglich disziplinierend auf sie einwirkt und dabei eigentliche Problematiken, die erst in letzter Instanz zu straffälligem Verhalten führen, außer Acht lässt.

Innenansichten

Herzstück von Müllers Forschung sind Interviews mit Arrestant_innen, aus denen recht eindeutig hervorgeht, welchen negativen Einfluss das Eingesperrt-Sein auf die Jugendlichen hat und welche Herausforderungen sie durch den Aufenthalt im Arrest zu bewältigen haben. Entgegen dem vorrangig politischen Herangehen im ersten Drittel des Buches rückt hier die sonderpädagogische Ausrichtung des Autors in den Fokus. Es wird deutlich, wie die vermeintlich „resozialisierende“ Zeit in Haft neues, von der Gesetzeslage abweichendes, „deviantes“ Verhalten hervorbringt. Die Interviews zeigen eindrücklich, dass Resozialisierung durch Einsperren, also de facto das Separieren von der restlichen Gesellschaft und das Unterwerfen unter Regeln, die außerhalb der Anstalt nicht gelten, nicht funktionieren kann.

Es gelingt Müller, sich gleichzeitig mit den inhaftierten Interviewpartner_innen zu solidarisieren. Seine eigene Position zur Praxis der Inhaftierung bleibt kein Geheimnis, ohne dadurch seinen wissenschaftlichen Standpunkt zu beeinflussen. Besonders gut funktioniert dies über die distanzierte Wiedergabe von Gesprächsfetzen mit Mitarbeiter_innen der Arrestanstalten, die er kontrastierend einfließen lässt. Scheinbar nebensächliche Aussagen der Beschäftigten – etwa die Frage an ihn als Interviewer, ob er lieber zuerst einen „guten“ oder einen „schlechten“ Interviewpartner haben wolle (S. 52), oder die Ankündigung, einen „richtigen Ganoven“ (S. 72) für ihn zu haben – sagen viel über das Menschenbild der von ihm angetroffenen, in den betreffenden Einrichtungen arbeitenden Personen und die gesellschaftlich verbreitete Vorstellung bezüglich straffällig gewordener Personen aus. Es wird gerade durch diese einleitenden Worte enorm deutlich, wie die Beschäftigten in den Jugendarrestanstalten die Regeln der Institutionen verinnerlicht haben.

Aufschlussreich ist auch die treffsichere und genaue Wiedergabe der Gespräche der Auswertungsgruppen, mit denen Müller seine Interviews interpretiert hat. Die verschiedenen Standpunkte der Studierenden, die daran mitgearbeitet haben, zeigen verschiedene Blickwinkel: von per se solidarisch mit den Inhaftierten bis zu ablehnend und emotional. Sie geben als Ganzes sehr treffend die aus den Interviews zu ziehenden Schlüsse wieder.

Den Abschluss des Buches bildet eine Gegenüberstellung pädagogischer Konzepte. Müller zeigt, dass wir es bei vermeintlichen Alternativen zu Arrest und Haft, wie zum Beispiel den gängigen Antiaggressions- oder Coolnesstrainings, eigentlich mit

denselben Methoden, Menschenbildern und Schwachpunkten zu tun haben: Schocken, Kleinmachen und Beschämen der betroffenen Person. Mit ermächtigendem und verstehendem pädagogischen Blick haben diese „Alternativen“ nichts gemeinsam. Anschließend werden tatsächliche pädagogische Alternativen, aufbauend auf einer konstanten pädagogischen Beziehungsarbeit, in groben Zügen vorgestellt.

Wie so oft bei der Lektüre linker wissenschaftlicher Veröffentlichungen, blieb ich am Ende des Buches zwar mit spannendem Wissenszuwachs, jedoch leider auch etwas ratlos zurück. Während mich besonders die einleitenden Kapitel mit ihrer Kritik am Gefängnis und der dahinter stehenden Ideologie und Pädagogik zustimmend nicken und wissbegierig weiterlesen ließen und die folgenden Interviews, sowie deren Auswertung die angedeutete Theorie anschaulich belegten, sorgte die Schlussfolgerung des Werks, die eine andersgerichtete Pädagogik in groben Zügen einbringt, bei mir als Leserin eher für ein großes: Ja, stimmt, und jetzt? Man möchte gerne weiterlesen und sowohl politische Konsequenzen aus der Analyse und Kritik ziehen, als auch die pädagogische Alternative zur Schockideologie weiterdenken. Um nicht nur zu wissen: so eine Pädagogik möchte ich nicht machen, sondern auch ein „anders“ für sich und die eigene Arbeit mit jungen Menschen zu finden. Der Widerspruch, dass man als Sozialarbeiter_in eigentlich ständig systemstabilisierende Arbeit macht, und ob man in Einrichtungen, die man von der Sache her ablehnt, arbeiten sollte oder nicht, hört nicht auf.

Christoph Müller 2016:

»Haftschaden«. Die Folgewirkungen von Jugendarrest und Warnschussarrest.

ibidem-Verlag, Stuttgart.

ISBN: 978-3-8382-1020-9.

112 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Marie-Therese Dazert: Mit der ganzen Härte des Gesetzes.

Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: [http://kritisch-](http://kritisch-lesen.de/c/1380)

lesen.de/c/1380. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Alles auf Leben



Sabine Hunziker

Protestrecht des Körpers

Einführung zum Hungerstreik in Haft

Über eine Kampfform, bei der die Menschen ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen und die nicht nur im Knast angewandt wird.

Rezensiert von [Peter Nowak](#)

„Hungerstreik“ steht noch immer mit großen Lettern auf einem Laken gegenüber dem Bundesaußenministerium in Berlin-Mitte. Es erinnert an den Ein-Mann-Protest von Mustafa Mutlu. Er hatte 2012 mehrere Wochen vor dem Ministerium campiert und war in einen Hungerstreik getreten, weil er sich als Bauunternehmer von einem Geschäftspartner betrogen sah. Hunger heißt ein preisgekrönter Filmessay des Regisseurs Steve McQueen. Er erinnert an den Hungerstreik zahlreicher Gefangener der irischen Nationalbewegung IRA in den britischen Hochsicherheitsknästen in Irland im Jahr 1981. Der Kampf, bei dem mehrere Gefangene starben, darunter Bobby Sands, polarisierte das gesamte Land. Wochenlang gab es Solidaritätsaktionen, Streiks und militante Proteste. Einige der Gefangenen wurden sogar ins britische Parlament gewählt. Ob als wenig beachtete Soloprottestaktion oder als Kampfform von Gefangenen, hinter denen eine Massenbewegung steht, der Hungerstreik ist immer ein Kampf um Leben und Tod.

„Es gibt nicht viele Möglichkeiten, im Knast zu protestieren. Die Verweigerung von Nahrung – oft Hungerstreik oder Hungerfasten genannt, ist eine davon“ (S. 7), schreibt die Schweizer Journalistin Sabine Hunziker in der Einleitung ihres kürzlich im Unrast-Verlag erschienenen Buches, das den Anspruch, eine „Einführung zum Hungerstreik in Haft“ zu geben, erfüllt. Der Buchtitel „Protestrecht des Körpers“ verdeutlicht, dass Menschen, die keine andere Möglichkeit zum Widerstand haben, ihren Körper zur Waffe machen. Das betrifft neben Gefangenen zunehmend auch Geflüchtete, die in den letzten Jahren mit Hunger- und teilweise auch Durststreiks auf ihre Situation aufmerksam machten. So besetzten im Sommer 2010 Geflüchtete gemeinsam mit antirassistischen Unterstützer_innen einen Platz in der Nähe der Schweizer Bundesregierung in Bern. Um ihren Forderungen nach einem Bleiberecht Nachdruck zu verleihen, traten drei iranische Geflüchtete in einen

Hungerstreik, der mehrere Wochen andauerte. Hunziker begleitete die Aktion, erlebte, wie die gesundheitliche Situation der Aktivist_innen immer kritischer wurde und wie sie noch lange nach dem Abbruch der Aktion mit den körperlichen Folgen zu kämpfen hatten. „Aus dem Spital entlassen, versuchten die Iraner in der Wohnung einer solidarischen Person eine Suppe zu essen, die sie bald wieder erbrachen“ (S. 13), schreibt Hunziker. Nach diesen Erlebnissen stellte sie sich die Frage, warum Menschen zu dieser Kampfform greifen. In dem Buch sammelt sie viele Zeugnisse von Hungerstreikenden aus den unterschiedlichsten sozialen und politischen Kontexten. Aktivist_innen aus Kurdistan, Nordirland und der Schweiz kommen ebenso zu Wort wie ehemalige Gefangene aus militanten Gruppen in der BRD. Dabei wird deutlich, dass es bei dem Kampf oft um Menschenwürde geht. „Wir machen hier einen Hungerstreik, um zu zeigen: dass wir nicht jede Schweinerei hinnehmen werden ohne zu mucken“, schrieb eine Gruppe weiblicher Gefangener aus den bewaffneten Gruppen RAF und Bewegung 2. Juni im Jahr 1973. Der Wiener Mathematiker Martin Balluch begründete seinen Hungerstreik nach seiner Verhaftung wegen seiner Aktivitäten in der Tierrechtsbewegung im Jahr 2008: „Der unmittelbare Anlass war meine Hilflosigkeit, in der ich dieser Ungerechtigkeit gegenüberstand.“ (S. 98)

Der Körper als Waffe

Auch der RAF-Gefangene Holger Meins, der nach Tagen im Hungerstreik gestorben ist, wird von Hunziker angeführt. Das Bild des toten Meins, der nur noch 39 Kilo gewogen hat, auf der Bahre brannte sich in das Gedächtnis vieler Zeitgenoss_innen ein. Zudem wurde Meins zwangsernährt und ihm wurden dabei lebensnotwendige Nährstoffe vorenthalten. „Mit seinem Tod wird deutlich, dass die Leute an der Macht über Leichen gehen würden, um ihre Ordnung durchzusetzen“ (S. 92), zitiert Hunziker das ehemalige RAF-Mitglied Karl-Heinz Dellwo. Er wurde, wie viele andere, durch den Tod von Holger Meins in seiner Totalopposition gegen die Gesellschaft bestärkt. Als Gefangener beteiligte sich Dellwo dann selber an mehreren Hungerstreiks und begab sich dabei mehrmals in Lebensgefahr. In der Türkei und Kurdistan fordert das Todesfasten, wie die Hungerstreiks dort genannt werden, immer wieder viele Opfer. Es ist die „ultimative Aktion auf Leben und Tod“ (S. 87), wie der ehemalige sozialistische Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, die Aktion nannte. Er war nach dem Militärputsch von 1980 wegen „Separatismuspropaganda“ verhaftet worden und hat sich an mehreren Todesfastenaktionen beteiligt. Nur in einem kurzen Abschnitt erwähnt Hunziker das wohl längste und opferreichste Todesfasten der jüngeren Geschichte, das Ende 1999 begann und bis 2007 andauerte. Damit sollten die sogenannten F-Typ-Zellen verhindert werden, mit denen nach dem Vorbild des Hochsicherheitsgefängnisses Stammheim in Westdeutschland die Gefangenen isoliert werden sollten. Erfreulich ist, dass Hunziker mit Andrea Stauffacher, eine politische Aktivistin der linken

Organisation Revolutionärer Aufbruch, die selber mehrmals an Kurzhungerstreiks teilgenommen hat, zu Wort kommen lässt. Sie betont, wie wichtig eine gute Planung der Aktion ist und dass auch die mediale Verbreitung genau vorbereitet werden muss, damit ein Hungerstreik politisch erfolgreich ist. „Wichtig ist, dass bei Beginn die politische Vermittlung sofort anläuft, man mobilisiert und sich so die Initiative politisch vermittelt“. Stauffacher ist auch überzeugt, dass diese Kampfform mit dem eigenen Körper kein Auslaufmodell ist. „Der Hungerstreik bleibt eine Kampfform, die drinnen und draußen verbindet.“ (S. 95) Doch es gibt in der politischen Linken auch andere Stimmen.

Alternativen zum Hungerstreik

Der politische Aktivist Fritz Teufel, der sich auch an mehreren Hungerstreiks beteiligte, suchte schon in den 70er Jahren nach Alternativen zu einer Kampfform, in der es schnell um Leben und Tod geht. Die 2014 gegründete Gefangenengewerkschaft könnte eine solche Alternative bieten. Nicht ihr Körper, sondern ihre Arbeitskraft, die sie hinter Gittern besonders billig verkaufen müssen, könnte so dann zur Waffe der Gefangenen werden. Hunziker hat mit ihrer kleinen Geschichte des Hungerstreiks einen guten Überblick gegeben. Es ist zu hoffen, dass andere Autor_innen daran anknüpfen. Eine Geschichte der Hungerstreiks von politischen Gefangenen in den letzten fünf Jahrzehnten in der BRD muss noch geschrieben werden. Es wäre auch ein Stück der weitgehend vergessenen Geschichte der außerparlamentarischen Linken.

Sabine Hunziker 2016:

Protestrecht des Körpers. Einführung zum Hungerstreik in Haft.

Unrast Verlag.

ISBN: 978-3-89771-585-1.

106 Seiten. 9,80 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Alles auf Leben. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1374>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Foucault souverän gewendet

projekt baul_cken

abrisse

innen- und außenansichten einsperrender institutionen



Eine Aktivist_innen-Gruppe aus Hannover möchte das Thema „Knastkritik“ wieder auf die linke Agenda setzen.

Rezensiert von [Claudia Krieg](#)

Etwa 65.000 Menschen sind zurzeit als Gefangene und Verwahrte in deutschen Justizvollzugsanstalten inhaftiert. Die Bilder, die vom „Knastalltag“ existieren, changieren irgendwo zwischen den Stereotypen von „Schwerverbrecher_innen in Luxuszellen“ oder „armen Schweinen, denen nicht mehr anders geholfen werden kann“. Darüber, wie die Realität dieser mehreren zehntausend Menschen tatsächlich aussieht, ist wenig bekannt. Die „Innen- und Außenansichten einsperrender Institutionen“, von denen Gefängnis nur eine ist, müssen wieder mehr auf die Agenda, befand deshalb die Initiative baul_cken aus Hannover vor fünf Jahren. Nach mehreren Jahren intensiver Auseinandersetzung mit dem Komplex Knast gab die Gruppe damals den Band „abrisse“ heraus. Die Notwendigkeit einer generellen Auseinandersetzung mit Knast an sich ist heute noch genauso aktuell wie im Jahr 2011. Denn, obwohl vor 30, 40 Jahren noch vollkommen selbstverständlich im radikalen gesellschaftspolitischen Diskurs verankert, hat sich – und davon gehen auch die Autor_innen des Buches aus – der Gegenstand Gefängnis mehr oder weniger schleichend aus dem linken Themenspektrum entfernt. Man könnte es auch deutlicher sagen – beim Thema Knast wurde der Wandel von einer eher aktivistischen Position der Abschaffung hin zu einer resignativen Perspektive oder sogar zur bürgerlichen Position der Straflust vollzogen.

Aufklärungsarbeit im Inneren der Macht

Das Projekt baul_cken hat sich in seiner Arbeit deshalb einen deutlichen historischen Bezug gewählt. Am 9. Februar 1971 gründete der französische Intellektuelle Michel Foucault zusammen mit anderen Aktivisten die Gruppe „Gefängnis-Information“ (Groupe d’information sur les prisons, G.I.P.), die auf die damaligen Zustände in französischen Gefängnissen aufmerksam machen wollte. Nicht zuletzt, weil viele der Gefangenen in der Zeit auch politische Gefangene waren und es ein neues, anderes Interesse daran gab, über Gefängnis als Ort der

Macht aufzuklären und Öffentlichkeit zu schaffen. Allerdings wird die Gruppe bereits 1972 wieder aufgelöst.

*„[W]as kommt da ans Tageslicht? Die Böswilligkeit des einen oder die Unregelmäßigkeit des anderen? Kaum. Sondern die Gewaltsamkeit der Machtverhältnisse. Die Gesellschaft tut alles, um die Blicke aller von allen Ereignissen abzulenken, welche die wahren Machtverhältnisse verraten.“
(Foucault 1976, S. 28f.)*

Einige Jahre später finden sich auch in Foucaults „Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses“ die Themen der G.I.P. wieder: die Erzeugung von Delinquenz durch das Gefängnis, die Verwaltung von Gesetzeswidrigkeiten, die Zugehörigkeit des Gefängnisses zu einem Strafsystem, das in seiner Gesamtheit untersucht werden muss. Eine der ersten Maßnahmen der G.I.P. war es, mithilfe von Familienmitgliedern von Inhaftierten Fragebögen in die Haftanstalten zu schmuggeln, um anschließend über die Lebensbedingungen und vor allem die „Untolerierbarkeiten“ in den Knästen berichten zu können. Baul_cken hat diese Methode aufgegriffen und gemeinsam mit einem Gefangenen Fragebögen entworfen. Dabei ging es allerdings nicht darum, die Menschen „drinnen“ zu befragen, sondern die Menschen „draußen“ – für die Menschen „drinnen“. Was hier angenehm nüchtern als „Gemeinschaftsprojekt“ zwischen Gefangenen und den baul_cken-Aktivist_innen beschrieben wird, trägt so zum Beispiel dazu bei, dass Gefangene etwas darüber erfahren können, was die Menschen „draußen“ so über sie denken.

Unter anderem mit diesem Beitrag gelingt es „abrisse“, inhaltlich über den Zustand von Solidaritätsbekundungen hinauszugelangen und eine souveräne Wendung in der Komplexität des Feldes zu vollziehen – hin zu einer kurzen, aber genauen Analyse von Akteur_innen, Interessen und Strategien, aber auch von Aspekten wie Geschlecht und Widerständigkeiten. „abrisse“ sind eine Zusammenstellung kluger Überlegungen und historischer Einordnungen inklusive retrospektiver Neubewertungen von Versuchen, mit denen sich Knast, den Theorien des Ein- und Ausschlusses und einer Kritik daran genähert werden kann. Die Herausgeber_innen bleiben dabei nah an der Perspektive der Gefangenen, indem sie Briefe und Interviews veröffentlichen oder über Aufstände in Gefängnissen berichten. Ergänzt werden diese Zeugnisse durch Interviews mit Anwalt_innen oder eine Einschätzung des Verlaufs der Diskussion um die sogenannte Sicherungsverwahrung (SV). Noch immer wehren sich deutsche Justizminister_innen gegen deren Abschaffung – entgegen des Verbots der SV mit verschiedenen Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) in den Jahren 2009/2010. Sehr schleppend wurden in den vergangenen Jahren Reformen in den SV-Einrichtungen durchgesetzt, ein Bewährungshelfer nennt es „trickreiche Versuche der Politik, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu umgehen“ (vorgänge 205, S.

27).

Ob nun die eigene Erfahrung oder das Nachdenken über „drinnen“ und „draussen“ ausschlaggebend für ein Interesse an Knast ist, der schmale Band sei allen empfohlen, denen der Laut von sich schließenden Türen zum Zweck der Machtausübung unangenehm quer durch den Kopf hallt.

Zusätzlich verwendete Literatur

Foucault, Michel (1976): Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin.

Berlin, Merve.

Humanistische Union (Hg.): Reform der Sicherungsverwahrung. vorgänge 205, Heft 1/2014.

projekt baul_cken 2011:

abrisse. innen- und außenansichten einsperrender institutionen.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-06-5.

128 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Claudia Krieg: Foucault souverän gewendet. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1385>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Von Zivilem Ungehorsam und Terrorismusbekämpfung



Will Potter

Green is the new Red

An Insiders Account of a Social Movement Under Siege.

Ein gnadenlos desillusionierender Bericht eines Journalisten von der politisch motivierten Kriminalisierung seiner FreundInnen – ausgeführt von Staat und Tierindustrie.

Rezensiert von [Alison Dorsch](#)

Es ist erstaunlich, wie einfach und effektiv Ziviler Ungehorsam sein kann. Mit *blackfaxing* beispielsweise lässt sich die Faxkommunikation ganzer Unternehmen lahmlegen. Alles was man dazu braucht, ist ein schwarzes Blatt Papier, ein Faxgerät, die Faxnummer des Unternehmens – und ein bisschen Ausdauer. Wenn man dann regelmäßig solche Protestaktionen organisiert und kontinuierlich Öffentlichkeitsarbeit leistet, Zulieferer sowie Privatadressen recherchiert, sich öffentlich mit (il)legalen Aktionen Gleichgesinnter solidarisiert und das mehrere Jahre lang durchhält, dann kann man einen multinationalen Konzern an den Rande des Bankrotts bringen. Das hat eine Gruppe von TierbefreiungsaktivistInnen aus den USA bewiesen. Innerhalb der ersten drei Kampagnen-Jahre fiel der Aktienwert des angegriffenen Unternehmens *Huntingdon Life Science* auf weniger als ein Prozent des vorherigen Wertes. Das Unternehmen war zwischenzeitlich ganz von der Börse und versuchte wenig erfolgreich mit einem neuen Namen den Tierquälerruf wieder loszuwerden. Ihren Sieg haben die AktivistInnen allerdings teuer bezahlt. Sie wurden alle zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und müssen gemeinsam eine Million Dollar an genau das Unternehmen zurückzahlen, für dessen Bekämpfung sie über Jahre hinweg Opfer gebracht haben. Einige von ihnen sind für ihr Leben gebrandmarkt: Der Staat hat aus ihnen, aus TierbefreiungsaktivistInnen, verurteilte Terroristen gemacht. Will Potter hat ihre Geschichte zum Anlass genommen, nicht nur seine persönlichen Erfahrungen, sondern auch die Ergebnisse einer umfassenden Recherche zu veröffentlichen. Dabei zieht er wiederholt und überzeugend Parallelen zwischen der Kriminalisierung der Tier- und Naturbefreiungsbewegung und der Repression in der Ära des Antikommunismus – „Red Scare“ – unter Präsident Truman.

Die Erfindung des Ökoterrorismus

Die Entwicklung nahm ihren Anfang in den 1980er Jahren in den USA. AktivistInnen der *animal liberation front* (ALF) zündeten 1987 ein im Bau befindliches Tierversuchslabor an und verursachten hohen Sachschaden. Diesen, gegen die Tierindustrie gerichteten Sabotageakt, erklärte das FBI kurzerhand zu Terrorismus. Seitdem brechen die Wellen der Repression über den US-amerikanischen Tier- und Naturbefreiungsbewegungen. Unternehmen heuern private Sicherheitsfirmen an, um gegen unliebsame AktivistInnen vorzugehen. Sie schalten Anzeigen in vielgelesenen Zeitungen, um dort ein Bild von skrupellosen, unberechenbaren, gewalttätigen AktivistInnen zu zeichnen. Und sie schreiben an Gesetzen mit. Der *Animal Enterprise Protection Act* von 1992 und sein Nachfolger, der *Animal Enterprise Terrorism Act* von 2006, sind das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit. Auf dieser gesetzlichen Grundlage werden AktivistInnen als Terroristen verurteilt.

Als Reaktion auf die Anschläge des 11. Septembers 2001 wurde eine FBI Task Force zur Terrorismusbekämpfung und das Department of Homeland Security (DHS) eingerichtet. Beide Repressionsorgane beschäftigen sich inzwischen mit den „Öko-Terroristen“. Das DHS sieht in ihnen eine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Sie überwachen Personen und Gruppen, infiltrieren Organisationen, setzen Menschen auf die „Terror-Liste“, werben Informanten an, schüchtern ein und verhaften. Auch Will Potter hat schon Besuch bekommen: Einmal stand das FBI vor seiner eigenen Haustür. Seitdem fragt er sich, ob sie ihn wirklich, wie angedroht, auf die Terror-Liste gesetzt haben. RichterInnen verhängen Haftstrafen von nicht selten deutlich über zehn Jahren. Eine Aktion der *earth liberation front* (ELF) beispielsweise, bei der politisch motiviert drei Geländewagen angezündet wurden, endete für den Aktivist mit 22 Jahren Haft. Verurteilte bringt man in Gefängnissen für „Terroristen mit geringer Risikostufe“ und speziellen Gefängniseinheiten zur „Kommunikationskontrolle“ unter. In diesen *Communication Management Units* sind die Rechte der Gefangenen massiv eingeschränkt. Kommunikation mit der Außenwelt ist ihnen kaum möglich. Mit der größtenteils muslimischen Gefangenschaft dieser Anstalten sitzen auch Tier- und Naturbefreiungsaktivisten hier ihre Jahre ab. Darunter zwei Bekannte Potters.

Falsche Prioritäten?

Die dezentralen Aktionen der „Öko-Terroristen“ von ALF und ELF folgen drei Prinzipien: ökonomischen Schaden verursachen, Bewusstsein über die Ausbeutung von Tier und Natur schaffen, Schaden gegen jede Form von Leben ausschließen. Es geht um direkte Tierbefreiung, direkten Naturschutz und Gewalt gegen Eigentum. Während Neo-Nazis, christliche Fundamentalisten und White Supremacists mehr oder weniger ungestört organisiert Jagd auf Menschen machen, ist das FBI damit

beschäftigt, die liberale Tierschutzorganisation PETA wegen ihrer angeblichen Verbindungen zu ALF und ELF zu infiltrieren. Damit scheint die Definition von Terrorismus endgültig willkürlich geworden zu sein. Aber das ist sie keineswegs, das macht Potter mit seinem Bericht nur allzu deutlich. Denn wenn man sich erst einmal von dem Gedanken verabschiedet hat, die staatlichen Repressionsorgane schützten den gemeinen Bürger vor Bombenanschlägen und Geiselnahmen, ergibt das mit dem Ökoterrorismus alles schnell wieder allzu viel Sinn. Dann versteht man auch, warum das FBI staatsinterne Kritik an seiner Prioritätensetzung zurückweist. Und zwar mit der Begründung, die AktivistInnen der Tier- und Naturbefreiungsbewegung verursachten ernstzunehmenden Schaden an der US-amerikanischen Wirtschaft. Das DHS geht noch einen Schritt weiter:

„Erfolge der Ökoterroristen würden nicht nur die Natur von sozialen Normen bezüglich des Ökosystems des Planeten und dessen Lebewesen fundamental verändern, sondern letztendlich zu einem neuen System politischer Ordnung und sozialer Beziehungen führen, das in seiner Natur anarchistisch und antisystemisch wäre.“ (S. 245, Übersetzung A.D.)

Mehr als alle anderen sozialen Bewegungen, so Potter, bedrohen Tier- und Naturbefreiungsbewegungen direkt die Profite und damit das Eigentum großer Unternehmen. All das macht deutlich: Ob man TerroristIn ist, ergibt sich nicht aus der Grausamkeit der Methoden, die man wählt, sondern aus den legislativen Möglichkeiten und ökonomischen Interessen der Ziele, die man trifft. Die Pharmaindustrie beispielsweise kann zum Schutz ihrer Labore „Anti-Terror-Gesetze“ (mit)schreiben. Opfer rassistischer Hetze müssen andere Wege finden, sich vor ihren Jägern aus der Neo-Nazi-Szene zu schützen. Auf den Staat können sie dabei nicht zählen. Der ist beschäftigt, das Eigentum der Tier- und Landwirtschaft, der Energie-, Pharma- und all der anderen Industrien zu schützen, und damit in letzter Konsequenz, die kapitalistische Ordnung der Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Um Sicherheit für Menschenleben oder gar das Leben anderer Tiere und den Erhalt der Umwelt geht es dabei nicht. Im Gegenteil.

Will Potters Bericht liest sich wie ein gut geschriebenes Tagebuch. Vermutlich ist es das zu großen Teilen auch. Viele der verurteilten AktivistInnen kennt er seit Jahren, mit vielen ist er befreundet. Er hat mit ihnen über ihre Überzeugungen gesprochen, ihre Prozesse begleitet, sie im Gefängnis besucht und – recherchiert. Potter gibt neben seinen direkten Erfahrungen auch die Ergebnisse einer intensiven Beschäftigung wieder: Der LeserInnenschaft bietet er erste Eindrücke über die Tier- und Naturbefreiungsbewegung, ihre Methoden und Ziele. Er entlarvt Vertrauen in die staatlichen „Sicherheits“organe und die bürgerliche Gesetzgebung sowie ihr Justizwesen als ideologisches Hirngespinnst. Exemplarisch legt Potter dar, wie Unternehmen ihre Interessen in Gesetze gießen und zeigt damit, dass der Staat mit seiner Repression vor allem eines schützt: Eigentum und Profite der herrschenden

Klasse. Ob im „Red Scare“ SozialistInnen oder im „Green Scare“ Tier- und Naturbefreier: Repression trifft die, deren Handlungen die Grundstrukturen einer Gesellschaft, also die kapitalistische Eigentumsordnung, erfolgreich in Frage stellen.

Will Potter 2011:

Green is the new Red. An Insiders Account of a Social Movement Under Siege.

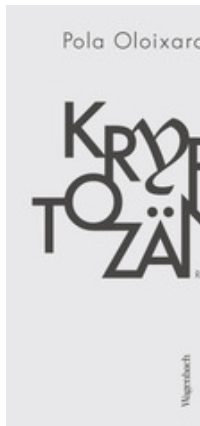
City Lights Books, San Francisco.

ISBN: 978-0-87286-538-951695.

250 Seiten. 14,99 Euro.

Zitathinweis: Alison Dorsch: Von Zivilem Ungehorsam und Terrorismusbekämpfung. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017.
URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1389>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Hacker aller Länder, vereinigt euch!



Pola Oloixarac
Kryptozän

Dass man in technologieverrückten Zeiten noch gute Science-Fiction Romane schreiben kann, beweist die junge argentinische Autorin.

Rezensiert von [Susanne Lang](#)

Wie begreifen wir eine Welt, in der die Grenzen zwischen Mensch und Maschine zunehmend schwer auszumachen sind? Dieser Frage geht die argentinische Autorin Pola Oloixarac in ihrem Roman „Kryptozän“ nach. Das Kryptozän, so die dem Roman zugrunde liegende Idee, ist die sich dem Anthropozän (eine Bezeichnung des aktuellen Erdzeitalters, über die gerade diskutiert wird) anschließende Epoche, in dem nicht mehr der menschliche Einfluss auf die Entwicklung des Planeten Erde zentral ist, sondern etwas Nicht-Fassbares, im Verborgenen bleibendes, kryptisches: ein Mensch-Maschine-Hybrid.

Kryptozän ist Pola Oloixaracs zweiter Roman. Die 1977 geborene Autorin wurde mehrfach mit Literaturpreisen ausgezeichnet und legt auch mit diesem Roman ein literarisch ausgereiftes Werk vor: verdichtet, mit vielen angedeuteten Querverweisen und Referenzen von der griechischen Antike, über die Botanik des 19. Jahrhunderts bis in die Sphären der Computerwelt und der Genetik. Wer in keiner der Welten zu Hause ist, sollte viel Zeit und Wikipedia bereithalten, um dem Erzählfluss folgen zu können.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung trifft einen Nerv der Zeit. In den letzten drei Monaten des Jahres 2016 gab es gleich drei Konferenzen, in denen Linke versuchten, die Themen Mensch und Maschine, Digitalisierung und Kapitalismus, Widerstand und das Verhältnis der Linken zu den Internet-Technologien auszuloten. Alle drei Konferenzen nehmen verschiedene Aspekte in den Fokus, die sich interessanterweise alle in dem Roman von Pola Oloixarac wiederfinden lassen und von ihr in einem Science-Fiction-Szenario bearbeitet werden.

Eine der erwähnten Konferenzen, der BUKO-Kongress zum Thema Technologie,

fand am ersten Oktoberwochenende 2016 in Köln statt. Unter dem Titel „Leben ist kein Algorithmus - Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff“ wurde vor allem auf den gewaltsamen und mörderischen Aspekt der neuen Technologie hingewiesen: Überwachung, Cyberwar, Drohnenkriege. In der Suche nach Gegenstrategien, die sich in autonomer Tradition auf Verweigerung konzentrieren, sieht es dann jedoch schnell dünn aus, was angesichts der Übermacht der sich neu formierenden Herrschaftsinteressen nachvollziehbar ist.

Eine viel grundsätzlichere Perspektive nahm am letzten Novemberwochenende 2016 der in Hamburg stattfindende Kongress des kommunistischen »...ums Ganze!«-Bündnisses unter dem Titel „reproduce(future)“ ein. Wie verändert Technologie die einzelnen Gesellschaftsbereiche, wie beispielsweise die Produktion, Arbeitskämpfe und Reproduktion? Was ist – ganz grundsätzlich – ein linkes Verhältnis zu Technologie, zwischen kritischer Distanz und Aneignung? Nach konkreten Gegenstrategien wurde auf der Konferenz nicht gesucht, vielmehr ging es um eine grundsätzliche Auslotung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter der Bedingung der Digitalisierung.

In Berlin fand schließlich am ersten Dezemberwochenende eine von der Rosa Luxemburg Stiftung organisierte Konferenz statt: „Unboxing Algorithmen, Daten und Demokratie“ war der Titel und auch das Programm. Im Zentrum stand die Frage, wie die zunehmende Rolle von maschinell erschaffenen Algorithmen und eine auf Daten basierende Gesellschaft mit einer Demokratie vereinbar sind. Welche Regulierung wird notwendig, welche konkreten Handlungsansätze denkbar. Ganz im Gegensatz zu der Hamburger Perspektive geht es hier nicht um das Richtige, das man tun müsste, wenn man die Macht dazu hätte, sondern um das Mögliche, was man jetzt tun könnte, um im Strom der Entwicklungen noch etwa mitzugestalten und zu retten, was an der Demokratie zu retten ist.

Alle drei Perspektiven – Verweigerung als alltägliche Widerstandspraxis; die Suche nach dem Richtigen, was zu tun ist; eine konkrete Gestaltung der aktuellen Situation, um zumindest eine Form der Demokratie zu erhalten – führen in „Kryptozän“ zu ein und demselben Ergebnis: Der Übernahme der Welt durch ein von Menschen nicht mehr kontrollierbares Maschine-Mensch-Wesen. Es scheint, als wäre der Lauf der Welt schon längst unaufhaltbar – zumindest für Menschenhand.

Die Vermessung der Zukunft

Der 189 Seiten lange Roman besteht aus drei miteinander verwobenen Teilen, die jeweils in einer Zeitebene spielen. Die erste Zeitebene ab dem Jahr 1882 berichtet von den Forschungsreisen des Botanikers Niklas Brunn. Gemeinsam mit Orchideenjägern und Insektensammlern bereist er den brasilianischen Urwald und erlebt dort einige phantastische Abenteuer, die sich vor allem um wundersame

Pflanzen und wilde Sexorgien ranken. Im Mittelpunkt von Niklas Interesse stehen genau die Lebensformen, die weder richtige Pflanzen noch Insekten sind, weder richtig lebendig noch tot erscheinen und ihre Spezies - meistens durch eine Art von Sex mit in Hängematten liegenden komatösen Frauen - verändern können. Was anfänglich noch wie eine Passion erscheint, entwickelt sich im Laufe der Zeit zur Obsession und so verliert sich Niklas in seinen Experimenten und in dem Versuch, sich selbst darin aufzulösen.

Die utopische Weiterentwicklung von Niklas ist Piera, eine junge ambitionierte Biologin aus dem Jahr 2024. Pola Oloixarac rahmt mit den beiden Figuren die technische Entwicklung der Welt, die heute dem Menschen so gefährlich zu werden scheint. Beide sind konsequent zu Ende gedachtes Resultat der Aufklärung und des damit geborenen Forscherwillens, die Welt um jeden Preis zu vermessen und zu verändern. Piera ist darauf spezialisiert, DNA-Proben aus der Luft zu filtern und nach Bekanntem oder Unbekanntem zu durchsuchen. Bionose – die Bio-Nase – ist eine der dystopischen Erfindungen des Romans, die der Kartierung und damit einhergehenden Überwachung der Menschen dient. Sie werden im Jahr 2024 unterhalb von Überwachungskameras montiert und haben die Form einer kleinen Nase. Sie ergänzen die Daten der Kameras mit Proben aus der Luft. Die Schwierigkeit im Jahr 2024 ist allerdings immer noch, diese richtig zuzuordnen und zu bewerten.

Nicht alle Menschen beugen sich dieser Totalüberwachung. Es gibt den „Widerstand“, junge Frauen, die Sand ins Getriebe werfen wollen. Sie übermalen ihre Gesichter, um von den Überwachungskameras nicht vermessen werden zu können, sie zünden Autos an, um Zeichen zu setzen. In „Kryptozän“ sind sie leider zu völliger Bedeutungslosigkeit verdammt: die Technologie ist ihnen voraus, während die Aktivistinnen noch gegen Überwachungskameras kämpfen, ist der gesamte Genpool der Bevölkerung schon erfasst und die Überwachung durch die Bio-Nasen längst Praxis.

Auch die Biologin Piera hat ein widerständiges Verhältnis zur Totalüberwachung. Aber sie löst diesen Konflikt individuell: ihr eigenes Bedürfnis nach Privatheit, das sich vor allem darin erschöpft, unbeobachtet Pornos zu schauen, schützt sie über *Tor*, eine Verschlüsselungstechnologie, die es auch im Zeitalter der Quantencomputer noch geben soll. Die wissensdurstige Piera ist aber vor allem durch die gleiche Obsession getrieben, der auch Niklas 150 Jahre zuvor verfallen war: Wie weit reicht die menschliche Macht, die Natur zu durchdringen und in der Konsequenz zu gestalten? Sind die Menschen Herrscher oder Beherrschte?

So landet Piera in dem neuen Forschungsunternehmen STROMATOLITHON. Das STROMATOLITHON ist ein Start-up mit universitärer Anbindung aus dem Bereich Bio-Computertechnologie. Mit Hilfe von Quantencomputern mit schier

unvorstellbarer Rechenkapazität sollen sämtliche inzwischen angelegte DNA-Datenbanken von sämtlichen Menschen Lateinamerikas mit den Überwachungsdaten aus Kameras und Bionosen in Zusammenhang gebracht werden. Was genau der gesuchte Zusammenhang ist, bleibt im vagen, vermutlich sollen das die mächtigen Algorithmen selbst definieren.

Radikale Demokratisierung oder Unterwerfung?

Aber alles kommt anders. Denn Piera trifft auf Cassio. Cassio ist ein argentinischer Hacker, der in der zweiten Zeitebene eingeführt wird, die 1983, im Jahr seiner Geburt, beginnt. Cassio ist nicht nur ein einsamer Eigenbrödlerr, sondern auch besonders talentiert im Programmieren, seine Computerviren sind legendär. Auch Cassio ist von seinem Forschergeist getrieben und sucht permanent die technische Herausforderung. Kein Wunder, dass er im Alter von 41 Jahren das STROMATOLITHON mit aufbaut.

Piera und Cassio teilen die Obsession, mit Hilfe von Technik die Natur verstehen, durchleuchten und beherrschen zu wollen. Ihre Liaison, um das Unmögliche auszuprobieren, scheint unausweichlich. Sie entwickeln eine Kreuzung aus Computerviren und biologischen Viren, programmiert von Cassio. Das Virus zieht am Ende des Romans aus, sich zu vervielfältigen und die Daten der Welt zu erbeuten und gleichzeitig allen Infizierten Zugang zum eigenen Datenreservoir zu gewähren. Diese Unterwerfung erscheint zuerst als eine radikale Demokratisierung der Daten, aber genau weiß das nur das Virus selbst, dessen Plan dem Lesenden verborgen bleibt.

Cassio ist der Hauptheld und Hoffnungsträger des Kryptozäns. Zwanzig Jahre seines Lebens verbringt er in Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Bedingungen und sucht – in typischer Hackerart – nach dem Fix, nach der technischen Lösung des Problems. Er nimmt dabei leider nicht die real existierenden gesellschaftlichen Bedingungen zum Ausgangspunkt seines Handelns, sondern theoretische Überlegungen einer richtigen Welt. Dass er dabei über sein eigenes Denken – so genial es auch sein mag – nicht hinauswachsen kann und notwendigerweise zum Erfüllungsgehilfen der neuen kryptischen Macht wird, überrascht nicht. Mit Hilfe eines von ihm angelegten Botnetzes kann er zwar für eine ungehinderte Verbreitung seines Virus sorgen. Aber der Virus ist am Ende selbstlernend und so verliert auch Cassio die Kontrolle über dessen Ausrichtung: Wie einst der Zauberlehrling, der seine Kräfte über- und die Konsequenzen seines Handelns unterschätzt, erschafft er mit dem Versuch, die Überwachungsdaten zu demokratisieren, ein selbstlernendes, selbststeuerndes, perfektes System.

Der Roman Oloixaracs ist schwer verdaulich und hinterlässt einen apokalyptisch-typischen fahlen Nachgeschmack. Es scheint, dass all die technischen Details und

beschleunigten Entwicklungen den Blick auf das Wesentliche zu sehr verstellen, denn die Frage nach der Formierung der menschlichen Interessen, die über die individuellen Interessen hinausgehen, fehlt. Privatheit, sexuelle Begierde und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sind sicherlich wichtige Motive für das Handeln von Menschen. Auch das persönliche Erfahren von Totalüberwachung und Repression führt bei vielen zu Verweigerung und Dissidenz. Doch am Ende des Tages sind diese individuellen Entwicklungen nur als Massenphänomen wirksam, müssen dann aber über die individuellen Ängste, Nöte und Sorgen hinaus wachsen.

„Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Welt nur deswegen nicht zusammenbricht, weil es zu viele gute Menschen gibt. Die Nichtzerstörung aller Systeme lässt sich nur erklären, wenn man von einer Mehrheit von guten Menschen ausgeht, die sich um das Wohlergehen aller sorgen.“ (Cassio denkt über die Welt nach)

Die Geschichte der Menschheit lehrt uns, dass es gerade und nur die Menschen sind, die es schaffen können, gemeinsame, verallgemeinerbare Interessen zu entwickeln, die über das Individuum hinausgehen und eine gerechte Gesellschaft zum Ausgangspunkt haben. Darum stellt sich die Frage an Oloixarac, an Hamburg, Köln und Berlin: Wo finden die Klassenkämpfe heute und morgen statt?

Pola Oloixarac 2016:

Kryptozän.

Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

ISBN: 978-3-8031-3280-2.

192 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Susanne Lang: Hacker aller Länder, vereinigt euch! Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1386>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

1984 ist (nur) ein Roman



Sandro Gaycken (Hg.)

Jenseits von 1984

Datenschutz und Überwachung in der fortgeschrittenen Informationsgesellschaft. Eine Versachlichung

Ein Sammelband, der jenseits orwell'scher Assoziationen einen Beitrag zur Versachlichung im Diskurs zu digitaler Überwachung anbietet.

Rezensiert von [Adrian Altmayer](#)

Big Brother is watching us? Öffentliche wie private Akteur*innen sammeln und sammeln Daten. NSA, Bundestrojaner. Cyber, Cyber, Cyber. Und was natürlich nicht fehlen darf: Immer geht es um Sicherheit. Sandro Gaycken nimmt sich als Herausgeber mit seinem Sammelband „Jenseits von 1984. Datenschutz und Überwachung in der fortgeschrittenen Informationsgesellschaft. Eine Versachlichung“ dem Diskurs der digitalen Überwachung an. Die 2013 erschienene Sammlung bündelt Perspektiven verschiedener fachlicher und wissenschaftlicher Disziplinen. Worin die Stärke der Veröffentlichung liegt? In ihrer Interdisziplinarität. In Anbetracht der aufmerksamkeitsgesteuerten medialen Mechanismen ist die von Gaycken ausgerufene Prämisse der Versachlichung in jedem Fall eine gute Richtung. Verschiedene Lager, so sein Argument, führten die Debatte um digitale Überwachung stark emotionalisiert. Dies erschwere Objektivität – notwendig für wegweisende Entscheidungen. Selbstsüchtig würde sich hier Metaphern und Narrativen bedienen, die einen progressiven gesellschaftlichen Austausch verhinderten.

Freiheit versus Sicherheit?

Intensiv setzt sich Gaycken mit dem vermeintlichen Spannungsfeld der Grundwerte Freiheit und Sicherheit auseinander – ein wiederkehrendes Leitmotiv der Beiträge. Sie stünden im Konflikt der Art, dass sich wandelnde Sicherheitsansprüche einschränkend auf die Seite der Freiheit auswirken könnten. Und stellt sich indirekt gegen diesen verkürzenden Zusammenhang: Mehr Sicherheit gleich weniger Freiheit. Die Ausgestaltung dieses möglich negativen Mechanismus sei keine Naturgewalt, sondern hänge von rechtlichen Rahmenbedingungen und der sicherheitspolitischen Kultur ab. Die Technik zur Überwachung ist verfügbar. Die

Qualität des politischen Willens gebe Art und Ausmaß des Einsatzes vor.

Den USA und ihrer berüchtigten Geheimdienste das grelle Label des totalitären Überwachungsstaates anzuheften, sei nicht angebracht. Hier lediglich Einzelfälle – oder in seinen Worten „Shit happens“ (S. 21) – vermeintlich überzogener Härte des Apparates hervorzuheben, sieht Gaycken als diskursives Mantra der Kritiker*innen. Unter dem Motiv eine Versachlichung der Debatte auch auf Seiten der Kritiker*innen digitaler Überwachungsmaßnahmen anstoßen zu wollen, ist der Punkt nachvollziehbar. Doch waren und sind es lediglich Einzelfälle? Allerspätestens durch die Snowden-Leaks wurde deutlich, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Kritiker*innen und ihre „Einzelfälle“ waren und sind mit ihren Vermutungen auf der richtigen Spur gewesen. Und werden es wohl bleiben. Es ist davon auszugehen, dass der Text vor den Leaks entstanden ist. Denn die Enthüllungen des amerikanischen Whistleblowers hätten wohl dazu geführt, dass „Shit happens“ den Redigierprozess nicht überstanden hätte. Eines wird deutlich: Die rasanten Schritte in der digitalen Entwicklung erfordern ein permanentes Update der kritischen Betrachtung.

Der Klassiker: Medien und die Sicherheit

Im Unterkapitel zur Konstitution des Überwachungsdiskurses beleuchtet Kai Biermann die mediale Inszenierung von vermeintlichen Sicherheitsbedrohungen. Dabei wäre das Objekt austauschbar, denn die Eigendynamiken der Medien ziehen im Sinne des Verkaufsarguments im Konkurrenzdruck die Emotion der Information vor. Gut für Quote und Klicks, dramatisch für den sachlichen Austausch von Argumenten. Die Darstellung von Bedrohungen thematisiere nicht die Kontexte, die zu dieser führen, sondern deren gefühlte Effekte – allen voran: Angst. Das verkaufe sich besser.

Diese Logik der emotionalen Sensation treffe auch auf die Darstellung von digitaler Bedrohung zu. Stichwort: Konspirative Kommunikation über das Internet, die staatliche Überwachungsinstrumente erfordere. Am Beispiel der konträren Darstellung zweier Tageszeitungen von der Ermittlung rund um die Sauerlandgruppe, einer deutschen Zelle der Islamischen Jihad-Union (IJU), deren Mitglieder am 4. September 2007 festgenommen wurden, wird dies deutlich. Die diametralen Unterschiede der beiden Medien in der Ausdeutung digitaler, staatlicher Ermittlungsinstrumente machen die Wirkmacht und Verantwortung für die Wahrnehmung von Realität und der gefühlten Sicherheit deutlich.

Sicherheit ist vor allem eines: Gefühlte Sicherheit. Politische Akteure können sich dieser Dynamik effektiv bedienen. Denn wenn für die Medien der emotionale Bedeutungsrahmen (*frame*) der Sicherheit derjenige ist, der instinktive Angst schürt und damit Aufmerksamkeit generiert, kann sich der*die politische Akteur*in darauf

verlassen, wenn er „die unnachsichtige Verfolgung von Verbrechern fordert, keine politisch relevante Gruppe [zu] fürchten. Er darf Beifall erwarten“ (S. 71). Biermanns Metapher der „Umwälzpumpe“ ist wohl treffend. Denn Medien, Behörden und Politik können sich gegenseitig instrumentalisieren, eine bewusste Komplizenschaft muss nach dieser Logik nicht unbedingt vorliegen.

Die Technik

Einen Überblick über die komplexe Technik, die staatliche Überwachung ermöglicht, liefert Andreas Dewald in seinem Beitrag zu forensischer Informatik. Onlinedurchsuchung, Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung werden ebenso präsentiert wie deren Grenzen: Die verschlüsselte Kommunikation beziehungsweise Datenträger und die Schwierigkeit, IP-Adressen eindeutig zuzuordnen. Ähnliches gilt für Surfsticks und anonyme SIM-Karten. Spannend und für Techniklaien verständlich geschrieben. Ebenso: Der Fokus auf die rechtlichen Grundlagen und Paragraphen, die den Einsatz digitaler, staatlicher Überwachungsinstrumente legitimieren. Natürlich hat man das alles schonmal irgendwo gehört. Ist man bis jetzt jedoch noch nicht tiefer in die Materie eingestiegen, kann man hier so manches mitnehmen.

Auch für Dewald und weitere Autor*innen spielt das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit bezüglich des Einsatzes der technischen Instrumente die entscheidende Rolle. Während für Gaycken die Qualität des politischen Willens das entscheidende Kriterium ist, führen sie hier den gesellschaftlichen Konsens ins Feld. Dieser stehe in Abhängigkeit zum Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft. Wohl eher düster, wenn man sich den Beitrag von Biermann vor Augen führt, wie Sicherheit, also auch die digitale, über die Umwälzpumpe und deren Maschinenführer emotional gestaltet werden kann. Düstere Realität, die in den Medien offen zu beobachten ist.

Fusion

Eine inhaltliche Fusion bis hierhin aufgeführter Blickwinkel wagt Nils Zurawski. Sein Text „Der Schatten von Datenschutz und Big Brother“ thematisiert kritisch die Methoden des Kampfes gegen digitale Überwachungstechniken unter dem Label und Argument des „Datenschutz“. Der Kampfbegriff „Datenschutz“ verzerre die Debatte. Reflexartig würden Metaphern zentralisierter Überwachung und Kontrolle hervorgerufen. Der Fokus auf Technik als solche sei ebenfalls hinderlich, um in der Gesellschaft für das Thema „Überwachung“ zu sensibilisieren.

Für Zurawski bestimmen soziale Praktiken der Menschen, inwieweit es möglich ist Überwachungstechniken einzusetzen. Für den Überwachenden gilt es, sie in die Alltagspraxis der Gesellschaft einzubetten. Nur so können die Akteur*innen ihr

Vorhaben realisieren, ohne sich in der düsteren Sphäre zu bewegen. Das Geschäftsmodells „Kundenkarte“ der Supermarktketten macht dies deutlich. Basierend auf Kenntnissen eigener qualitativer Erhebungen rücke hier die Überwachung des Einkaufsverhaltens in der Wahrnehmung der Kunden in den Hintergrund. Jedoch nicht nur, weil diese unbedingt einen vermeintlichen Vorteil durch versprochene Rabatte suchen. Denn die Kundenkarte sei Ausdruck einer emotionalen Beziehung zu einem wichtigen Eckpfeiler im Alltag des Konsumenten. In der Debatte das Wort „Datenschutz“ in den Ring zu werfen, um Überwachung kritisch zu thematisieren, sei demnach zu schwach. Denn die Bereitschaft zur freiwilligen Herausgabe von Informationen liegt tief im menschlichen Selbsterleben verankert: In der Alltagspraxis, der individuell emotionalen Bindung an den Supermarkt, die von „Vertrauen“ (S. 131) geprägt ist. All dies drücke sich in der Kundenkarte aus. Das Label „Datenschutz“ könne da niemanden vom Hocker reißen, denn es greift die emotionale Beziehung zum einen nicht auf, zum anderen ist es im Kontrast zur Emotion zu schwach. Man könnte hier beispielsweise überlegen, dass Datenschützern besser geraten wäre, Kunden darauf hinzuweisen, ihr Vertrauen und die emotionale Bindung werde zur Überwachung ihres Kaufverhaltens ausgenutzt, ohne dass die Kundenkarte nachweislich versprochene Rabatte leistet.

Ebenfalls mahnt er, keine verallgemeinernden Schlüsse über die diffusen Strukturen der überwachenden Akteur*innen anzustellen. Die Analogie des Orwell'schen „Big Brothers“ auf die Realität zu übertragen, sei zum einen in seinem Zentralismus schlicht falsch. Zum anderen führte sie zu einer Hilflosigkeit der Bürger, die jede kritische Tätigkeit im Keim ersticke und zum anderen den Möglichkeiten, wie bereits erzielten Erfolgen bürgerlichen Engagements, nicht gerecht wird.

Mit den privaten Akteuren à la Silicon Valley geht er hart ins Gericht. Deren Vorstellung der Zukunft, die bishin zur Vision, den menschlichen Körper zu überwinden, reichen, lassen Diskussion um den Datenschutz schon seit langem links liegen. Die Frage stellt sich hier gar nicht. Und seien wir ehrlich: Die Realität ist doch schon längst eine ganz andere, als man Facebook, Google und co. mit dem Verweis auf „Datenschutz“ noch wirksam etwas entgegensetzen könnte. User*innen geben diese, ach so zu schützenden, Daten freiwillig her.

Diese „technofaschistische Idee“ (S. 124) gefährde – weit über die Sicherheit unserer Daten hinaus. Nämlich die „Demokratie sowie die Rechte zur Selbstverwirklichung des Menschen“ (ebd.). Fast vier Jahre nach Erscheinen des Sammelbandes mehr Realität als Dystopie. Diese Konzerne stellen in ihrem Selbstanspruch eine Konkurrenz zu Teilbereichen des Staates dar. Zum anderen liefern sie der Menschheit Technik, Handwerkszeug. Steht dies zur Verfügung, kann es genutzt werden. Schenkt man Berichten Glauben, stützen die Kampagnen

Donald Trumps und der Brexiters ihren Erfolg unter anderem auf die Verwertung von freiwillig abgetretenen Facebook-Daten, verarbeitet mit der Methode der Psychometrik und entsprechenden Algorithmen zur gezielten, granularen Werbung, so existieren Methoden, die ein neues Zeitalter der politischen Kommunikation einleiten. Und somit als ein weiterer Faktor die Beschaffenheit der repräsentativen Demokratie herausfordern.

Für den Leser vermittelt der gut umgesetzte Anspruch der Interdisziplinarität ein vielschichtiges Bild des Themas „Überwachung“ durch den Staat. Die Unterteilung in Oberkapitel von den Grundbegriffen und Konstitution des Diskurses über die Strukturen der Überwachung hin zur Begründung selbiger verspricht ein komplettes Bild. Allerdings wird man trotz der Lektüre ein Gefühl nicht los: Die Welt der Algorithmen ist nach wie vor diffus und schwer zu fassen. Hier erweist sich die interdisziplinäre Umsetzung als mangelnde Tiefe im Detail. Denn dem Leser hätten vor allem im Oberkapitel zu Strukturen der Überwachung ruhig mehr grundlegende Vorgänge der Informatik und digitalen Technik vermittelt werden können, wenn man sich in den Beiträgen kritisch auf diese bezieht. Der Fokus liegt zwar auf dem Staat als überwachenden Akteur. Jedoch sind es heute vor allem private Unternehmen, die im großen Stile Daten sammeln und sich dabei öffentlicher Regulation entziehen. Ein Versäumnis, dass dieser Punkt nur an einigen wenigen Stellen Erwähnung und dann aber keine Tiefe findet.

Sandro Gaycken (Hg.) 2013:

Jenseits von 1984. Datenschutz und Überwachung in der fortgeschrittenen Informationsgesellschaft. Eine Versachlichung.

transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2003-0.

180 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Adrian Altmayer: 1984 ist (nur) ein Roman. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1388>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Überwachte Kommunikation und die Folgen für die Freiheit



Glenn Greenwald

Die globale Überwachung

Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen

Der Journalist Glenn Greenwald beschreibt das umfassende Überwachungsnetz der digitalen Kommunikation durch die Geheimdienste – allen voran der NSA.

Rezensiert von [Haidy Damm](#)

Glenn Greenwald hatte Edward Snowden ziemlich lange auf seinen Informationen sitzengelassen, einfach, weil er über Monate verträdelte, sich mit Verschlüsselung zu befassen. Erst als seine Kollegin Laura Poitras sich an den Journalisten wandte, nahm er die bei ihm aufgelaufenen Emails ernst. Dann ging alles ganz schnell. Soweit der aus heutiger Sicht amüsantere Teil des Buches „Die globale Überwachung“. Greenwald beschreibt darin sowohl seine persönliche Geschichte mit dem Whistleblower als auch die verschiedenen Programme, mit denen die National Security Agency – kurz NSA – und ihre befreundeten Nachrichtendienste global alles sammeln, ausforschen und auswerten, was ihnen an digitaler Kommunikation in die Hände fällt.

Doch zunächst betrachtet Greenwald die Bedeutung des Internets grundsätzlicher: „Insbesondere für die jüngere Generation ist das Internet keine Domäne, die nur für bestimmte Zwecke benutzt wird. Es ist nicht nur unser Postamt und unser Telefon, sondern das Epizentrum unserer Welt – der Ort, wo sich praktisch das ganze Leben abspielt“ (S. 15), schreibt Greenwald am Anfang des Buches.

„Im Internet werden Freundschaften geschlossen, Lektüre und Filme ausgewählt. Politische Aktionen organisiert, die privatesten Daten erstellt und gespeichert. Dort entwickeln wir unsere Persönlichkeit und unser Selbstgefühl und bringen es zum Ausdruck“ (S. 15).

Das kann mensch bedauern oder in die Haltung verfallen, die unbedarften Nutzer seien selbst Schuld. Dieser Blickwinkel ist jedoch Voraussetzung für Greenwalds Empörung. Er argumentiert dabei nicht allein auf der Ebene bürgerlicher

Rechtsstaatlichkeit, sondern hebt den immanenten Willen des Staates zur Überwachung heraus.

Angenehm ist, dass Greenwald Kontinuitäten etwa zur McCarthy-Ära aufzeigt. Damit bleibt das Buch nicht geschichtslos, wie es häufig in bürgerlichen Medien der Fall ist. Im Gegenteil. Durch die historischen Vergleiche werden das Ausmaß und besonders die Zielsetzung der staatlichen Internetüberwachung nur deutlicher: „Dabei ist das Motiv stets dasselbe: die Unterdrückung jeglicher abweichenden Meinung und die Förderung von Wohlverhalten“ (S. 12).

Beim Ausforschen geht es nicht nur um die Verletzung der Privatsphäre. So spähte der enge Verbündete der NSA, der kanadische Geheimdienst Communications Services Establishment Canada (CSEC), das brasilianische Ministerium für Bergbau und Energie aus. Kanadas weltweit agierende Bergbauindustrie hatte an den Informationen ein besonderes Interesse. Auch wenn bisher nur Bruchteile der Überwachung der EU-Kommission und einiger europäischer Staaten bekannt sind, die Interessen der US-Regierung samt Konzerne an den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP dürften ein ähnliches Szenario bieten. Nach der ersten Welle der Empörung ist hierüber jedoch kaum noch etwas zu lesen, auch Greenwald behandelt diesen Spionageskandal nur am Rande.

Das Buch versteht sich auch als Plädoyer für einen Journalismus, der sich nicht vor lauter Abhängigkeit von der Regierung einschüchtern lässt und so zum reinen Sprachrohr verkommt. Bei all dem ist Greenwald allerdings nicht widerspruchsfrei: So zitiert er bevorzugt eben jene „Medien des Establishments“ (S. 85), denen er zu Recht vorwirft, Handlanger der Regierung zu sein. Außer ihm selbst kommen jedoch nur wenige unabhängige Blogger oder Medien vor.

Auch diejenigen, die weiter am Schutz der Privatsphäre arbeiten, finden kaum Beachtung. Unabhängige Server wie der Emailanbieter Lavabit, dessen Geschäftsführung den Laden lieber geschlossen hat, bevor er zur Zusammenarbeit mit der NSA gezogen wurde oder Serverinitiativen wie Riseup finden keine Erwähnung. So wie der Journalist sich wochenlang der Kommunikation mit Snowden verweigerte, so ignoriert er in dem Buch das kontinuierliche Arbeiten an technischen Lösungen zur Internetsicherheit. Leider stärkt er so die Haltung, die das ganze Buch durchzieht: Die NSA und andere Geheimdienste sind allmächtig.

Inhaltlich fasst Greenwald den bis zum Erscheinen bekannten Teil der Überwachungsprogramme informativ und gut lesbar zusammen, gespickt mit interner Kommunikation, die deutlich macht: Für Geheimdienste eröffnet das Internet einen Überwachungshimmel. Etwa durch Erweiterungen des Programms Xkeyscore, mit dem soziale Netzwerke wie Facebook ausspioniert werden. Geheimdienstler_innen zeigen sich in den veröffentlichten Emails begeistert von

den Möglichkeiten eines Facebook-Sammelsystems, das eine „gute Chance zum Ausspähen unserer Ziele bietet – von der Ortung auf der Grundlage ihrer IP-Adressen und das User Agent bis hin zum Sammeln sämtlicher privater Kommunikation und zur Profilinformatio“ (S. 230).

Die auch im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages immer wieder zur Sprache kommenden Metadaten werden bei Greenwald ausführlich behandelt. Wie in Europa sollen die US-amerikanischen Bürger_innen beruhigt werden mit der Aussage, das Sammeln von Metadaten stelle „keine Überwachung dar“, da „keine Inhalte der Kommunikation erfasst werden“ (S. 192). Für Greenwald ist diese Aussage „unredlich“ (ebd.). Denn: „Sie verschleiert die Tatsache, dass gerade die Überwachung von Metadaten mindestens einen genauso starken – und oft sogar stärkeren – Eingriff in die Privatsphäre darstellt wie das Abfangen von Inhalten“ (S. 193).

Damit sei die Regierung in der Lage, von den Bürger_innen ein verblüffend umfassendes Bild der Lebensweise, ihrer Verbindungen und Kontakte, ihrer Aktivitäten samt einiger der intimsten und privatesten Informationen zu erstellen.

Greenwald kann angesichts der Enthüllungen und der Abwiegelungen zu keinem anderen Schluss kommen, als dass die westlichen Regierungen sich entschieden hätten, ihre Bevölkerung umfassend zu kontrollieren, um ihre Macht zu sichern. Die Schere zwischen Arm und Reich habe zu „schwerer innenpolitischer Instabilität geführt“ (S. 252). Um Widerstand zu bekämpfen, sei ein System allgegenwärtiger Überwachung viel wirksamer als polizeiliche Gewalt, schreibt Greenwald zum Ende des Buches. Denn das Internet als Panoptikum erschwere nicht nur das Organisieren von Protesten: „Die Massenüberwachung erstickt jedes abweichende Verhalten auf einer tieferen und noch entscheidenderen Ebene: im Kopf“ (S. 253). Deshalb sei der Deal, den die Bürger_innen angeboten bekommen, möglichst unauffällig zu sein, um in Ruhe gelassen zu werden, eine Illusion. Denn: „Wer ständig unter Beobachtung steht und beurteilt wird, ist kein freier Mensch“ (S. 248).

Insgesamt geht es Greenwald weniger um den möglichen Schutz auf individueller Ebene als um die gesellschaftlichen Folgen. Dennoch ein überzeugendes Buch, das von politischen Analysen bis zu verständlichen Beschreibungen der verschiedenen Programme der NSA-Überwachung und ihrer Zielsetzungen die Konsequenzen globaler Überwachung deutlich macht.

Glenn Greenwald 2014:

Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen.

Droemer, München.

ISBN: 978-3-426-27635-8.

365 Seiten. 19,99 Euro.

Zitathinweis: Haidy Damm: Überwachte Kommunikation und die Folgen für die Freiheit. Erschienen in: Leben und Sterben. 35/ 2015, Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1264>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Alles was uns fehlt ist die Solidarität



Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen

Ein Buch zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten Gruppe (mg).

Rezensiert von [Thomas Trueten](#)

Am 31. Juli 2007 wurden in einer spektakulären Aktion Axel, Florian und Oliver bei Brandenburg an der Havel und Andrej Holm in Berlin wegen angeblicher Mitgliedschaft in der *militanten Gruppe (mg)* verhaftet.

Bereits im Jahr zuvor begann das Bundeskriminalamt (BKA) mit Ermittlungen und der Beschattung gegen die vier und weitere in den Augen des BKA Verdächtige. Seit 2001 liefen verschiedene Ermittlungsverfahren gegen mehr als ein Dutzend Verdächtige, die jedoch mangels Tatverdacht in den Jahren ab 2008 eingestellt wurden.

Zu Verurteilungen kam es lediglich gegen Axel, Florian und Oliver, wobei der ursprüngliche Vorwurf wegen Mitgliedschaft in einer *terroristischen Vereinigung* nach §129a nicht aufrecht erhalten werden konnte. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Ende 2007 ist die *mg* lediglich eine *kriminelle Vereinigung*, da sie nicht geeignet sei, den „Bestand der Bundesrepublik Deutschland“ zu gefährden.

Das schmale Bändchen *Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen: Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten Gruppe (mg)*, das vom Einstellungsbündnis jetzt vorgelegt wird, versteht sich nicht als umfassende Auswertung der Solidaritätsarbeit, wohl aber als „Handreichung für alle, die sich mit Antirepression auseinandersetzen, die von Repression betroffen sind oder sein könnten.“

Verbundenheit

Kann es eigentlich distanzierende Solidarität geben? Unweigerlich stellt sich diese Frage. Auch in der Arbeit des Bündnisses gestaltete sich die Antwort darauf sehr kompliziert, je nach politischem Hintergrund der Akteure. Die – defensive aber grundlegende – Forderung nach Einstellung der Verfahren und Abschaffung des §129a bot zwar eine „erste gemeinsame inhaltliche Basis“, darüber hinausgehende Fragen wie die nach der Legitimität der Zerstörung von Kriegsmaterial blieb einige Zeit umstritten. Die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Aggression nach außen und Repression nach innen musste sich erst erstritten werden.

Solidaritätsarbeit findet naturgemäß mit erheblichem Gegenwind statt, vor allem auch mit medialem. Während es im Fall von Andrej Holm relativ schnell gelang, eine auch internationale Solidarität zu entwickeln – schließlich stand er für *kritische Wissenschaft* – versuchten Medien entlang der Linie „Stellung zu praktischem Antimilitarismus“ diese von den Verfahren gegen Axel, Florian und Oliver zu spalten, um diese zu isolieren.

Damit wurde das Konstrukt der Bundesanwaltschaft von Andrej Holm als *intellektuellem Kopf* der *mg* und Axel, Florian und Oliver als den *ausführenden Brandsatzlegern* bedient. Während das Medienecho hinsichtlich Andrej half, den ganzen Fall bekannt zu machen, verschob sich der Schwerpunkt der Wahrnehmung bis zum Prozessbeginn auf Axel, Florian und Oliver.

Entscheidend ist die eigene Öffentlichkeits- und Pressearbeit, aber auch die Bedienung des *öffentlichen Interesses* der Medien, so die Bilanz der Autoren. Denn mit der zunehmenden Dauer des Prozesses nahm nicht nur das Interesse der Medien ab. Insbesondere die bürgerlichen Medien blendeten auch gerne den politischen Kontext aus oder reduzierten die Skandalisierung wie bei Andrej Holm auf dessen Überwachung durch das BKA.

Grabenkämpfe

Auch für eine Reihe *Linker* war es offenbar nur schwer zu verdauen, dass sich der §129a ff. gegen alle richtet, die sich nicht mit dem Kapitalismus, mit Ausbeutung und Unterdrückung abfinden wollen und nach Wegen suchen, das herrschende System zu überwinden.

Der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ist allerdings schnell zusammengezimmert. Der Logik der Ermittlungsbehörden sind kaum Grenzen gesetzt. Als *mg* verdächtig gilt bereits, wer einen gut sortierten Bücherschrank hat mit Werken von Marx, Lenin, Luxemburg, Liebknecht, Karl-Heinz Roth, Joachim Hirsch, Wolf Wetzel, Sebastian Haunss oder Gerhard Hanloser und Zeitschriften wie *wildcat* oder *iz3w* liest. Auch diejenigen, die keine derartige Literatur besitzen machen sich verdächtig: Die gelten dann eben als besonders

konspirativ.

Die Solidaritätsgruppe arbeitet heraus, dass alles darauf hinauslief, einen politischen Prozess zu führen, statt einer „Unschuldskampagne“, die darauf abzielt, nur die Verhaftung, einige Ermittlungsmethoden und -hintergründe zu skandalisieren. Auch wenn der Preis für die zunehmende antimilitaristische Schwerpunktsetzung und die auf Axel, Florian und Oliver das Wegbleiben vieler Befürworter einer bürgerlichen breiten Öffentlichkeit war. Problematisch stellte sich an der Frage der Mitarbeit der Beschuldigten im Einstellungsbündnis heraus, dass die §§129/a/b schnell auch diejenigen, die sich solidarisch zeigen, Kontakt zu ihnen haben oder politisch Position beziehen, zur kriminalisierten Vereinigung hinzugerechnet oder auch als Zeugen geladen werden können.

Praktische Solidarität – Knastarbeit

Sehr konkret beschäftigt sich die Solidaritätsgruppe mit dem Thema Knastarbeit und den Konsequenzen der Haft für die Betroffenen und öffnet damit auch den Blick für die Situation vieler – nicht nur politischer – Gefangener. Sobald Axel, Florian und Oliver ihre Haft antreten müssen haben sie als nicht Vorbestrafte gute Chancen auf offenen Strafvollzug oder als Freigänger tagsüber den Knast zu verlassen. Dazu müssten sie sich jedoch den Entscheidungen der Strafvollzugskommission unterwerfen, was unter anderem bedeutet, sich auf die *Erforschung* der Persönlichkeit und Lebensverhältnisse, insbesondere das „Verhältnis des Gefangenen zu seiner Tat bezüglich einer Schuldeinsicht“, einzulassen. Eine Kooperation ist Voraussetzung für den offenen Vollzug, eine vorzeitige Entlassung, mit politischen Folgen: „Es ist kein kämpferisches Verhältnis mehr.“

Keine Plädoyers, aber ein Urteil

Die Anwälte der Beschuldigten legten in einem Beweisantrag dar, dass die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass das „BKA und BAW gegen mutmaßliche ‚radikal‘-Redakteure bewusst unter einem falschen Label ein §129a Verfahren eingeleitet hatten, um so den ganzen Verfolgungsapparat einsetzen zu können.“ Das Urteil in dem politischen Prozess stand schon vor den Plädoyers und trotz einer teilweise schwachen Indizienlage fest. Die Vorwürfe, die drei wären Mitglieder der *mg* wurden zum Teil mit durchsichtigen Spitzelinformationen – die nicht bewiesen werden konnten und mussten – und anderen fadenscheinigen *Beweisen* belegt. Besonders bekannt wurde in dem Zusammenhang, dass sich das BKA an der Militanzdebatte in der *Interim* mit zwei Textbeiträgen beteiligte, um die *mg* zu einer Stellungnahme zu provozieren. Der dazu vernommene BKA Zeuge stritt dies erst ab und log damit. Was das Gericht nicht daran hinderte, seine sonstigen Angaben für glaubwürdig zu halten.

Gerichtsfeste Belege gab es lediglich für die versuchte Brandstiftung. Deshalb agierten die Anwälte politisch und verzichteten auf Plädoyers. In den politischen Beweisanträgen kamen sie zuvor zu dem Schluss: „Widerstand gegen völkerrechtswidrige Kriege ist legitim; frei nach dem Motto: ‚Was in Deutschland brennt, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten.‘“

Das Einstellungsbündnis arbeitet als Motiv heraus, dass die Ermittlungsbehörden bewusst den Versuch unternahmen, über den *mg* Prozess an mutmaßliche *radikal*-Autoren heranzukommen. Der ursprünglich als Grundlage des Ermittlungsverfahrens angegebene Kontakt zwischen Andrej Holm und Florian reichte im Urteil gerade noch als Beleg für konspiratives Verhalten.

Eine Erfolgsstory

Die Solidaritätsgruppe unterstreicht in ihrem Resümee, dass ihre Arbeit trotz teilweise gravierender Schwächen erfolgreich war und macht das daran fest, dass sich das Bündnis trotz seiner Heterogenität nicht hat spalten lassen. Die Repression hat vielmehr auch Leute zusammengebracht, die sonst nie zusammengekommen wären und so die Organisiertheit vorangetrieben. Das ist nicht immer so, denn es gibt zahlreiche andere politische Prozesse, die nicht derartig prominent sind wie das *mg* Verfahren.

Jedem daran Beteiligten sei das Buch zu empfehlen.

Veranstaltungen zum Buch

Veranstaltung in Berlin: Linke Buchtage

Samstag 4.6., 12h, Blauer Salon, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a

Veranstaltung in Münster

Freitag 17.6., abends, Ladenlokal ohne Namen, Nieberdingstraße 8

Anlässlich der Buchveröffentlichung "Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen" lädt das Einstellungsbündnis zu Veranstaltungen ein. Mitglieder des Soli-Bündnisses unterhalten sich über Solidarität, Antirepressionsarbeit, Streitkultur, Antimilitarismus, Knast u.a.m.

Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren 2011:

Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-00-3.

86 Seiten. 4,80 Euro.

Zitathinweis: Thomas Trueten: Alles was uns fehlt ist die Solidarität. Erschienen in: Zeichen des Aufstands. 4/ 2011, Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/902>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Plädoyer für Überwachung



Kirsten Heisig

Das Ende der Geduld

Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter

Kirsten Heisig wandelt zwar im Denkfolge Sarrazins, macht allerdings keinerlei Aussagen zu Muslimen an sich. Dafür plädiert sie für ein umfassendes Überwachungssystem in "gefährdeten Bezirken" nach dem Vorbild der USA.

Rezensiert von [Fritz Güde](#)

Kirsten Heisig war an die zwei Jahrzehnte Jugendrichterin in Berlin-Neukölln und berichtet in ihrem einzigen hinterlassenen Buch von dort erlebten Problemfällen. (Dass sie wenige Monate nach Fertigstellung des Werks freiwillig aus dem Leben ging, gab zu Spekulationen Anlass, zu denen wir uns jeder Stellungnahme enthalten.)

Kirsten Heisig wurde nach ihrem Tod von manchen Schnell-Lesern einfach als Bestätigerin von Sarrazin gewertet. Das ist entschieden falsch. Im Gegensatz zum Breitsensenschnitt des Vordenkers kennt Kirsten Heisig auch deutsche jugendliche Straftäter in beachtlicher Zahl und findet keine erheblichen Unterschiede zu den Kollegen mit "Migrationshintergrund". Auch spricht sie kaum vom Islam an sich als möglichem Grund von Untaten, sie unterscheidet jedoch fein säuberlich zwischen der türkischen und der "arabischen" Einfluss-Sphäre ("arabisch" - wie dem Buch zu entnehmen ist - als Sammelbegriff für libanesisch-kurdisch-palästinensisch verwendet). Hier spricht sie, immer noch einigermaßen nachvollziehbar, das System der Großfamilien an, in denen der einzelne Jugendliche nach einer Straftat Schutz findet, unter Umständen auch von Schule zu Schule, von Wohnort zu Wohnort weitergeschoben werden kann, um Unannehmlichkeiten zu entgehen. Dafür bringt sie überprüfbare Beispiele an. Auffällig allerdings der Blickwinkel, aus dem alle Schäden gesehen werden und daraufhin geheilt werden sollen. Es ist der der ausgepichten eingefleischten Fachjuristin, die alle Gesetze gewogen hat und ein jedes für gleichgewichtig nimmt, handelt es sich nun um Bahnfahren ohne Fahrschein oder um Angriffe mit dem Hockeyschläger.

Liebevoll werden gleich bei den Fallbeschreibungen am Anfang des Buches die „Schwarzfahrten“ aufgezählt, die sich den anderen Delikten der jugendlichen

Täterinnen und Täter an die Seite stellten. Bei der Schilderung eines Dienstvormittags bekommen die Nur-„Schwarzfahrenden“ noch mal eine ganze Stunde Verhandlungszeit zugebilligt. Nirgends taucht der einfache und bescheiden sozialreformerische Gedanke auf, solche Jugendlichen aus den entsprechenden Kreisen mit einem Freifahrschein zu versehen. Das Parlament hat nun einmal die Ahndung beschlossen: Also muss das auch durchgesetzt werden. Entsprechend verläuft der Gedankengang im ganzen Werk. Der junge Delinquent - es kommen fast nur Berichte über Jungs vor - wird mit liebevoller Strenge als bloßes Objekt gesehen. Es kommt darauf an, ihn mit allen Mitteln so zu überwachen, dass er dann später zu Lehrstelle und einfacher pünktlicher Dienstleistung fähig ist. Dazu - und das ist Heisigs Vorschlag - müssen alle staatlichen Stellen zusammenarbeiten, um eine lückenlose Überwachung zu erreichen.

Der Datenschutz für Jugendliche wird bedenkenlos freigegeben. Er hat vielleicht anderswo seine Berechtigung, aber nicht bei Leutchen zwischen 14 und 21 Jahren. Schutzinteressen darf es nicht geben, wenn - an erster Stelle - die Polizei, dann das Jugendamt, die Schulen, die Jugendvereine zusammenarbeiten, um möglichst schon präventiv einschreiten zu können. So spielt der unerbittliche Kampf gegen die "Schulabstinenz" die allerwichtigste Rolle. "Schulabstinenz" - ein Neologismus für das bekannte Schulschwänzertum. Strafen gegen säumige Eltern helfen da vielleicht weiter. Und wenn jemand einwendet, solche hätten oft nur Hartz IV, muss wieder der Gesetzgeber herhalten. Der hat doch sicher gewusst, dass diese Strafen vor allem die "sozial Benachteiligten" treffen. Also ist gegen Bußgelder in diesen Kreisen nichts einzuwenden.

In der Schule wieder ein besonders zu beachtender Punkt: Schimpfwörter gegenüber Lehrerinnen und Lehrern sofort anzeigen und ohne zeitlichen Verzug ahnden. (Früher hat man die hinterhergerufenen "Arschpauker" am besten überhört. Jedesmal schon deshalb zum Richter rennen - du lieber Himmel.) Die Schulen haben in den Sekundärtugenden zu trimmen. So früh wie möglich ist mit der Berufsberatung zu beginnen, damit Schüler Jörgi sich rechtzeitig darauf einstellt, was ihn als Azubi Jörgi erwartet. Mit Recht wird zwar der Lehrermangel beklagt. Worüber Kirsten Heisig aber kein Wort verliert, das ist was man in den Schulen sonst noch treiben könnte, was selbst einen „Straßen-Rowdy“ noch interessieren möchte. In das Internat der Lietz-Schule, in dem ich zehn Jahre verbrachte, wurden in finanziell besseren Zeiten immer wieder von Jugendämtern Kinder geschickt, die zumindest nahe an Bestrafungen vorbeigerutscht waren. Tatsächlich erwiesen sie sich nicht gerade als universell lernbegeistert. Aber es gab doch kaum einen, der Interesse für nichts gezeigt hätte, wenn man nur fähig war, genügend Aufmerksamkeit auf ihn zu verwenden. Was wieder mit der relativ großen Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern zu tun hatte, bezogen auf die Schülerzahl. Ich erinnere mich an einen, den ich zum Jugendgericht als sein "Familienvater" begleitete. Er war beschuldigt, weil er nach dem Erntedank in eine

Kirche eingestiegen war und dort sich an den Gaben auf dem Altar gütlich getan hatte. Die Richterin war sehr freundlich. Nur: Wie fuhr sie auf, als der Delinquent in aller Unschuld erzählte: "Ja, und wie ich dann drin war, habe ich erst mal gemütlich gevespert". "Wie? Gevespert nennen Sie das? Vom Tisch des Herrn..." Und um ein Haar wäre aus dem Mundraub Einbruch mit Raub in einem schweren Fall geworden plus Ansatz zur Gotteslästerung. Und war doch nur unbedachte Wahrheitsliebe aus kirchenfernem Mund gewesen. Es ließ sich dann alles noch beibiegen, aber mir wurde bei der Gelegenheit klar, wie - bei berechtigtem oder unberechtigtem richterlichen Zorn - sich Pyramiden des Verwerflichen auftürmen lassen.

Kirsten Heisig hat auch Studienfahrten in Großstädte anderer Länder unternommen und stellte dort befriedigt fest, dass vor allem die Polizei noch etwas mehr in Erfahrung bringt und schneller vorbeugt als in Deutschland. Sie hat sicher einen ungeheuren Arbeitseinsatz erbracht und mehr getan als viele andere im Jugendgericht Beschäftigte. Nur eins ist ihr nie in den Sinn gekommen: dass es in entsprechenden Brennpunkten der USA das alles schon gibt. Geben muss, wenn man einer Serie Glauben schenkt, die in VOX lange Zeit lief: "Public Boston". Da wird eine Schule ausführlich und liebevoll vorgeführt, stark auch aus der Sicht der Lehrer. Zum gewöhnlichen Unterricht kommt man dort freilich fast nie. Es gibt immer neue Disziplin- und Kriminalvorkommnisse. Der von Kirsten Heisig nicht einmal gewünschte Haus-Kriminalkommissar mit Waffe ist dort der wichtigste Mann. Lehrer werden wegen kleiner Misshelligkeiten ohne weiteres suspendiert oder gleich gefeuert. Das wichtigste am Unterricht muss - wenn man der Serie glauben darf - der morgendliche Namensappell sein. Bedeutungsvolle Fragen immer neu: Wer war dabei? Wer hatte die Aufsicht? Was sagen die weiteren Behörden? An welcher Stelle im alljährlichen Leistungsvergleich werden wir uns wiederfinden? Informationen über alle: Lehrer wie Schüler liegen beim ersten Computerklick vor. Verkehrsunfälle? Liebschaften? Cliquenzugehörigkeit? Besondere Vorkommnisse im Stadtviertel? Eltern? Deren Beruf und Vorleben? usw.

Dass Sarrazin mit seinen Statistiken und Schlussfolgerungen ein Luftikus war, wird sich vielleicht noch allgemein herausstellen. Viel gefährlicher - trotz und wegen ihrer Verdienste als Fachfrau - muss dagegen Kirsten Heisig wirken. Weil sie wirkliche Leiden in Elendszentren benennt - und weil sie ganz ohne den dumpfen Rassismus Sarrazins die lückenlose Überwachung bestimmter Menschengruppen vorschlägt. - Weil sie damit eine ganze Sorte Menschen zum bloßen Objekt der Bearbeitung erklärt, im Interesse einer anderen Menschengruppe, die sich mit möglichst geringen Kosten zu ihrer Ausbeutung bereithält. - Weil sie damit, ohne es vielleicht gewollt zu haben, den aufgeklärten zupackenden Klassenkampf von oben unterstützt.

**

Die Rezension erschien in einer ähnlichen Fassung zuerst im November 2010 bei trueten.de (Update: kritisch-lesen.de, sfr, 4/2011)

Kirsten Heisig 2010:

Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter.

Verlag Herder, Freiburg.

ISBN: 978-3-451-30204-6.

208 Seiten. 14,95 Euro.

Zitathinweis: Fritz Güde: Plädoyer für Überwachung. Erschienen in:

Antimuslimischer Rassismus. 1/ 2011, Repression und Überwachung. 42/ 2017.

URL: <http://kritisch-lesen.de/c/881>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Zwischen Wahn und Wirklichkeit



Torben Lütjen

Partei der Extreme: Die Republikaner

Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus.

Eine interessante Deutung von Trumps Wahlerfolg verspricht die Studie über die ideengeschichtliche Genese des US-amerikanischen Konservatismus.

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Wie konnte das passieren? Diese Frage hat sich bestimmt jede_r kurz nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses der 50. Präsidentschaftswahl 2016 gestellt. Auch die politische und wissenschaftliche Publizistik war schnell zur Stelle und versorgte den Diskurs mit allerhand Varianten von Deprivationstheorie, Rassismusanalyse und Kulturkampfapokalypse – wahlweise war auch einfach die Arbeiter_innenklasse schuld, das geht immer! Einen weitaus differenzierteren Blick auf das „Phänomen“ Donald Trump wagt der Politikwissenschaftler Torben Lütjen mit seiner ideengeschichtlichen Rekonstruktion des amerikanischen Konservatismus seit den 1930er Jahren und liefert damit eine ganz eigene Deutung der Wahlergebnisse. Aber von Anfang an...

Big government = Kommunismus und Faschismus

Zur ideologischen Legitimation seines groß angelegten Konjunkturprogramms in den 1930er Jahren proklamierte der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt seine keynesianische Wirtschaftspolitik als „liberal“, während er seine Skeptiker_innen als „Konservative“ bezeichnete. Ein kluger Schachzug, denn in der politischen Kultur der USA galt der „Liberalismus“ als uramerikanisch, wohingegen „konservativ“ zunächst für viele nach Krone und altem Kontinent klang. Schnell wurde der Begriff allerdings zum positiv gewendeten Label für all diejenigen, die in Roosevelts „big government“ den direkten Weg in den „Sozialismus“ oder wahlweise „Faschismus“ sahen. Diese Deutung wird im Laufe der Jahrzehnte zu einem der wirkmächtigsten Ideologeme des US-Konservatismus.

Zunächst blieb die *new deal coalition*, ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, weißen Südstaatler_innen, Katholik_innen, ethnischen Minderheiten und

Intellektuellen, jedoch politisch führend. Es war gerade diese Massenbasis und das Zusammenspiel verschiedener Interessensverbände, die Roosevelts Wirtschaftspolitik stützten. Zwar war mit der *American Liberty League* der Grundstein für den organisationellen Rahmen der späteren Republikaner gelegt, doch bleibt diese noch ein Sammelbecken für ideologisch äußerst heterogene Roosevelt-Gegner.

Erst der konservative Anti-Kommunismus der McCarthy-Jahre, so Lütjen, lieferte den ideologischen Klebstoff, um die Institutionalisierung der konservativen Bewegung voranzutreiben. Zu dieser Zeit entstand eine bewegungseigene Publizistik, die – finanziert durch konservative Mäzene – kanonische Texte produzierte und mit dem *National Review* ein verbreitetes Sprachrohr fand. Welche wichtige Rolle diese „Bewegungsunternehmer“ spielen, lässt sich an Jasper Crane zeigen. Der ehemalige Manager und Konservative der ersten Stunde war derart begeistert von den Schriften des Wiener Nationalökonom Friedrich August von Hayek, dass er kurzerhand mit anderen Gesinnungsgenossen dafür sorgte, dass Hayek an die Universität von Chicago geholt werden konnte und dort die einflussreiche *Chicago School* der Nationalökonomie begründete. Deren Botschaft war einfach: jede Form von Kollektivismus ist Sozialismus oder Faschismus und Demokratie lässt sich nur mit einem vollkommen unregulierten Markt realisieren – Hayeks „Standardwerk“ „Der Weg zur Knechtschaft“ gehört noch heute zum Kanon des konservativen Bildungsprogramms, wie vor ein paar Jahren auch Arnold Schwarzenegger in seiner Biographie „Total Recall“ zu Erkennen gab.

Konservative Ideologie + Massenbasis

Anfang der 1960er Jahre war die ideologische Formierungsphase so gut wie abgeschlossen, wenn auch mit immanenten Widersprüchen behaftet. Sie war „zutiefst religiös und anti-säkular, auf die Bewahrung von Traditionen geeicht, aber doch mit einem fast schon revolutionären, staatsfeindlich-libertären Impuls ausgestattet, dazu aggressiv militant in der Außenpolitik“ (S. 38).

Die ideologischen Deutungsmuster waren also gesetzt. Nun fehlte nur noch die Massenbasis für den elektoralen Erfolg. Diese sollte sich 1964 herausbilden, nachdem der Kongress den „Civil Rights Act“ verabschiedete, der die faktische „Rassentrennung“ in den Südstaaten beenden sollte. Gerade die Demokraten aus dem Dixieland votierten gegen das Gesetz. Die Republikaner nutzten die Gunst der Stunde und profilierten sich als Partei des Südens, in dem sie sich für die Aufrechterhaltung der „Rassentrennung“ einsetzten, was ihnen regen Zulauf an Wähler_innen bescherte. Dieser Prozess wird als *southern realignment* bezeichnet und bildet die soziogeographische Grundlage der jeweiligen Parteibasis. Und auch ideologisch wirkte dieser Prozess der Neuausrichtung der politischen Präferenzen: „Der Seitenwechsel des Südens machte die Demokraten liberaler und die

Republikaner konservativer.“ (S. 49) Dieser Konservatismus traf vor allem in den Vorstädten auf nahrhaften Boden, in denen sich vornehmlich die weiße US-amerikanische Mittelschicht sammelte, welche wenig übrig hatte für steuerfinanzierte Sozialleistungen und öffentliche Projekte, die durchweg als staatliche Unterstützung von „Schwarzen“ wahrgenommen wurden. Hier zeigte sich dann auch die Durchschlagskraft einer folgenschweren Diskursverschränkung, die bis heute Bestand hat: *race* und Sozialpolitik. Fortan konnte in der diskursiven Zuschreibung der *singlemoms* und *welfarequeens* sowohl gegen sozialstaatliche Leistungen des *big government* opponiert und im gleichen Zuge implizit dem rassistischen Ressentiment freier Lauf gelassen werden.

Auftauchen des rechten Populismus

Die 1960er waren aber auch der Durchbruch einer neuen Politikstrategie, welche den US-amerikanischen Konservatismus langfristig prägen sollte. George Wallace, Gouverneur von Alabama und Demokrat (!), begründete mit seiner erbitterten Feindschaft gegen die Aufhebung der „Rassentrennung“ die Grundpfeiler eines (rechts-)konservativen Populismus. Wallace polemisierte gegen die „Washingtoner Bürokraten“ und „Pseudo-Intellektuellen“, welche das ganze Land mit ihren „abgehobenen Politikvorstellungen“ regieren wollten – damit waren vor allem Politikinstrumente und Gesetze gemeint, welche die „Rassentrennung“ de facto aufhoben oder verringern sollten. Seine Mischung aus rassistischem Ressentiment, Anti-Eliten-Rhetorik und Anti-Intellektualismus etablierte sich als jederzeit wirksame Mobilisierungsrhetorik. Laut Lütjen waren es Richard Nixon und sein Vize Spiro Agnew, welche Ende der 1960er Jahre den Kampfbegriff von den „liberalen Eliten“ popularisierten, welche in der rechtspopulistischen Wahrnehmung als „versnobte Ostküsten-Oberschicht“ eher Politik für „sexuelle und ethnische Minderheiten“ machten, anstatt der_m hart arbeitenden Amerikaner_in zu seinem Recht zu verhelfen. „Die ‚liberale Elite‘ in dieser Erzählung war gottlos, dekadent, unpatriotisch, aber vor allem unendlich bigott.“ (S. 63)

Flankiert von dieser populistischen Wende gelang es der konservativen Bewegung auch, sich ökonomisch zu stabilisieren. Zu Beginn der 1970er Jahre war „die amerikanische Rechte (...) längst ein multimilliardenschweres Unternehmen“ (S. 69). Aus dieser ökonomischen Basis etablierten sich bewegungsnahe *thinktanks* wie die *Heritage Foundation* und das *Cato Institute*, welche den politischen Diskurs der kommenden Jahre stark beeinflussten. Doch nicht nur die organisatorisch-institutionelle Architektur des US-Konservatismus sollte die elektorale „Erfolgsgeschichte“ der Republikaner begründen. Der Aufstieg der religiösen Rechten und deren Integration in die konservative Bewegung war ein entscheidendes Mobilisierungsmoment für die zukünftigen Wahlen. Einer der prominentesten Vertreter_innen sollte Georg W. Bush werden, der sich offen als *re-*

born christ bezeichnete. Der religiösen Rechten ging es dabei weniger um Erfolg bei politischen Wahlen als um entscheidende Geländegewinne im *culture war*, also in der Zurückdrängung einer gesellschaftlichen Liberalisierung im Bereich der Lebensführung. Die Ironie der Geschichte war jedoch, so Lütjen, dass sie genau diesen verloren, aber durch ihre Daueragitation gegen Homosexuelle, gegen Abtreibung und den „Verfall der Sitten“ neue Wähler_innenschichten erschließen konnten, die vorher der Wahlurne ferngeblieben waren.

Letztlich endeten aber seit den 1980er Jahren alle republikanischen Präsidentschaften in ideologischer Ernüchterung, wie Lütjen darstellt. Sowohl die Amtszeiten von Reagan (1981-1989), als auch die der Bushs (1989-1993 und 2001-2008) hinterließen ein Rekordhaushaltsdefizit und für viele harte Konservative den Eindruck, dass keiner der Ihren regiert hatte, sondern wieder mal ein rechter Pragmatiker, der sich der liberalen Elite angedient hatte. Unterm Strich, so macht der Autor deutlich, wirkten diese Präsidentschaften aber als Wegbereiter zweier entscheidender Faktoren, die Donald Trump den Wahlsieg 2016 bescheren sollten. Am Ende der Bush-Präsidentschaft 2009 steht die Geburt der Tea Party, welche Paranoia und Angst zu einem zentralen Politikmittel machte. Von beidem wurde dabei vor allem in der konservativen „Echokammer“ Gebrauch gemacht. Lütjen argumentiert, dass sich in den USA zwischen Demokrat_innen und Republikaner_innen zwei Lebens- und Informationswelten etabliert hatten, in denen vollkommen verschiedene Realitäten produziert wurden, die für „neue Informationen“ undurchlässig waren und im „Inneren“ das Altbekannte reproduzierten – eben ein Wiederhall des Altbekannten. Teil dieser Medienindustrie sind beispielsweise Rupert Murdochs Fox News sowie die Radio- und TV-hosts Rush Limbaugh und Glenn Beck, welche während der Obama-Präsidentschaft immer wieder die Paranoia-Politik der rechten Tea Party diskursiv befeuerten.

Lütjen präsentiert an diesem Punkt seiner ideologiegeschichtlichen Rekonstruktion des US-amerikanischen Populismus seine Deutungsweise des Trumperfolges. Er argumentiert, dass Trump alle Kernelemente des Konservatismus über Bord geworfen habe und somit als „Anti-Ideologe“ auf reine Ressentiment-Politik und einen Hyperpopulismus zurückgreife, der letztlich das Politische selbst in Frage stellt:

„[E]xtreme Personalisierung; den Tabubruch als Methode; den Hang zum Verschwörungsdenken; den Anti-Intellektualismus; und dann eben auch die Konzentration auf einen aggressiven Ethno-Nationalismus – bei gleichzeitiger Flexibilität auf anderen Politikfeldern.“ (S. 130)

Die Implosion des amerikanischen Bewegungskonservatismus bestehe gerade in der Zuspitzung auf ihr anti-politisches Moment, welches mit kruder

Ressentimentaktivierung und genereller „Feindschaft zum politischen System“ tendenziell in den 1960ern angelegt war. Lütjens knapper Essay ist einer der wenigen lesenswerten Versuche, Trumps Erfolg aus einer historischen, ideengeschichtlichen und zum Teil auch soft-materialistischen Perspektive zu erklären, ohne den Tendenzen subjektivierender Politikerklärungen à la „Modernisierungsverlierer_innen“ zu erliegen, welche in den hiesigen Feuilletons rauf und runter gebetet werden. Stattdessen bietet Lütjen eine Analyse an, in der Trump sozusagen aus der Geschichte der Republikaner selbst verstanden wird. Und hier liegen auch die Stärken des Buches: die spezifischen historischen und materiellen Bedingungen von Trumps Hyperpopulismus werden von Lütjen aus der politischen Kultur der USA herausgearbeitet und lassen sich nicht schablonenhaft auf die europäischen Verhältnisse übertragen. Viel zu virulent ist im europäischen Populismus das klassische ideologische Repertoire der Rechten in der Besetzung von Kultur, Volk und Nation unter regressiven Vorzeichen. Ein europäischer Trump wird wohl nicht realistisch sein, doch werden AfD und co. sich wohl einiges Abschauen beim Hotel-Mogul aus New York.

Torben Lütjen 2016:

Partei der Extreme: Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus.

Transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-3609-3.

145 Seiten. 14,99 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Zwischen Wahn und Wirklichkeit. Erschienen in: *Repression und Überwachung*. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1384>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Von Sex, Revolution und Motorsägen



Margarete Stokowski
Untenrum frei

Ein Debüt, das von Ungleichbehandlung im Großen wie im Kleinen erzählt und sich mit gängigen Argumenten gegen Feminismus auseinandersetzt.

Rezensiert von [Nelli Tügel](#)

Margarete Stokowskis Debüt „Untenrum frei“ ist vieles in einem. Es ist ein Buch über das Leben der Autorin, genauer gesagt, über ihr Erwachsenwerden, ein Buch über Sex und über Feminismus. Und schließlich ein Buch darüber, wie das alles miteinander zusammenhängt.

Das Themenspektrum von „Untenrum frei“ ist umfangreich. Es geht unter anderem um Schönheitsideale, Selbstverletzung, Essstörungen, sexuelle Gewalt, sexuelle Identität, Begehren, Pornographie, Sex im Nationalsozialismus, '68 und die „Sexuelle Revolution“, die vielleicht gar keine war, Jugend-, Frauen- und Männerzeitschriften, Werbung, Anarchismus, Intersektionalität, Biologie, Bildung, Neurowissenschaften und Kirche. Zitiert wird kreuz und quer von Theodor W. Adorno bis Pinky (aus „Pinky und Brain“), von Hegel über bell hooks bis Sibylle Berg.

So viel Stoff auf 250 Seiten – kann das gut gehen? Erstaunlicherweise: ja! Die Autorin – Jahrgang 1986, von 2012 bis 2015 Kolumnistin der *taz*, seitdem wöchentliche Kolumne bei S.P.O.N. – hat eine lesenswerte Einführung in einen Feminismus vorgelegt, dessen bekanntestes Gesicht sie inzwischen ist. Es ist ein Feminismus, der jung, schlagfertig und medial sehr präsent ist, für den aber die soziale Frage keine besonders große Rolle spielt. Trotzdem macht es Mut, Stokowski zu lesen, denn sie macht deutlich, dass es nicht bleiben muss, wie es ist. Und sie sagt außerdem: Feminismus ist vielfältig und für alle da, dafür braucht es kein spezielles Diplom.

Die Autorin erzählt davon, wie sich Ungleichbehandlung, Ungerechtigkeit und Sexismus konkret ausdrücken in Werbung und Medien, Lohnunterschieden, Schönheitswahn, mansplaining („Männer, die gar nicht so viel Ahnung haben, erklären Frauen, die es nicht nötig hätten, ungefragt Dinge“, S. 174), Bildung (Stokowski war das einzige Mädchen im Physikleistungskurs) – und auch darin, wie wir Sex haben und wie wir darüber reden. Wie tief patriarchale Strukturen selbst bis ins Privateste wirken, zeigt sie an folgendem Beispiel: „In einer Studie mit knapp 900 heterosexuellen Studierenden kam heraus, dass Frauen zwar doppelt so oft der aktive Part beim Oralsex sind wie Männer, aber weniger Spaß daran haben“ (S. 92).

In den Kapiteln „Weltherrschaft im Alltag“ und „Eine Poesie des Fuck You“ widmet sich die Autorin vielen gängigen Argumenten gegen Feminismus – das Buch würde sich auch dann lohnen, wenn der*die Leser*in sich nur diese Seiten zu Gemüte führte. Sehr originell zum Beispiel ihre Antwort auf die Anfeindungen, mit denen Gender Studies seit Jahren konfrontiert sind:

Bei anderen Wissenschaften, die die Grenzen zu überschreiten suchen, sind die Leute irgendwie gnädiger. Würden wir Astrophysik so behandeln wie Gender Studies, würde uns schneller auffallen, wie dämlich das ist: ‚Ihr wollt zum Mars? Die Erde reicht euch wohl nicht! Seit Tausenden von Jahren leben Menschen auf der Erde, und jetzt werden Milliarden an Steuergeldern dafür verschwendet, dass ein paar größenwahnsinnige Verrückte im All rumtoben. Das ist gegen die Natur!‘ Oft wird versucht, Leuten, die Gender Studies betreiben, ihre wissenschaftliche Expertise abzusprechen, weil sie ja ‚betroffen‘ und ‚nicht neutral‘ seien. (...) Was für eine Vorstellung, der heterosexuelle, verheiratete Politikprofessor hätte im Gegensatz zur geschlechtlich nonbinären Lehrbeauftragten in irgendeiner Weise eine ‚neutralere‘ Position. (S. 168 f.)

Wie oben schon angedeutet, wird für mein Bedürfnis die materielle Dimension von Ungleichheit zu schwach ausgeleuchtet. Der Kapitalismus als ein spezifisches Verhältnis von „oben“ und „unten“ und die Verzahnung von Produktions- und Geschlechterverhältnissen spielen kaum eine Rolle, auch wenn die Klassenfrage durchaus erwähnt wird. Zum Beispiel wenn die Autorin schreibt:

„Es gibt keine Gleichberechtigung, solange es ein paar erfolgreiche Frauen in Spitzenpositionen gibt und gleichzeitig Tausende, die noch nicht mal wissen, was ein DAX-Vorstand ist, geschweige denn, wie man da reinkäme, wenn nicht als Putzfrau, Prostituierte oder Einbrecherin.“ (S. 177)

Aber bei konkreten sozialen Fragen bleibt es allgemein. Lohnungleichheit – muss abgeschafft werden. Aber wie? Mit Streiks und Gewerkschaften? Durchs Management? Per Gesetz? Bezüge zu beispielsweise konkreten gewerkschaftlichen

Kämpfen in typischen „Frauenberufen“ gibt es nicht. Im Jahr 2015 haben Beschäftigte der Sozial- und Erziehungsdienste fünf Wochen lang für eine Aufwertung ihrer Berufe gestreikt. Und Krankenschwestern an der Berliner Charité haben über Jahre hinweg einen beeindruckenden Kampf für mehr Personal geführt – mit Erfolg. Das Beispiel findet seitdem Nachahmer_innen in der ganzen Republik. Stokowskis Buch ist voll von konkreten und alltäglichen Beispielen, was eine Stärke ist. Geht es aber um soziale Kämpfe gegen niedrige Löhne oder die Rationalisierung der Arbeit, bleibt der Text abstrakt.

Revolution?

Stokowski erzählt, wie sie, die eigentlich lange nichts mit Feminismus am Hut haben wollte, schließlich doch dort landete. Es ist einer der vielen Vorzüge des Buches, dass die Autorin nicht den einen „Aha-Moment“ aus der Vergangenheit konstruiert, sondern beschreibt, wie verschiedene Erlebnisse, Fragen und Gedanken dazu beigetragen haben.

„Wenn mich heute jemand fragt, ab wann ich mich als Feministin bezeichnet habe, kann ich das nicht genau sagen, aber irgendwann bekam ich den Verdacht, dass die Gleichberechtigung sich doch nicht von allein ergibt, wenn alle so weitermachen wie bisher, mich eingeschlossen. Dass es nicht reicht, individuelle Freiheiten trotz Ungerechtigkeit zu erlangen, sondern dass die Gründe für die Ungerechtigkeit wegmüssen.“ (S. 170)

An dieser Stelle kommt die „Revolution“ ins Spiel, von der in dem Buch immer wieder die Rede ist. Aber was für eine Revolution soll das sein und wie können wir sie erreichen? Das muss jede*r – so die Botschaft – für sich selbst herausfinden. Aber sicher, so Stokowski, ist es keine, die nach einer einfachen Anleitung ausgeführt werden könne:

„Die Gesellschaft ist komplex – auch aus feministischer Sicht. Es ist nicht alles Unterdrückung und Sexismus. Das ist ja der Witz: dass es kompliziert ist. Würde das Patriarchat aus lauter billigen Kausalketten bestehen, wäre es viel leichter zu zerschlagen: Hier ein Hammerschlag und da, und alle wären befreit. Aber so läuft das nicht.“ (S. 43)

Wie es laufen kann, dazu gibt es in Stokowskis Buch einige gute Ideen. Zum Beispiel durch hochwertige Sexualaufklärung, Bildungsarbeit darüber, was sexuelle Gewalt ist und wo es Unterstützung für Opfer gibt. Oder Unterdrückung im Alltäglichen und Kleinen bekämpfen, Vielfalt feiern, niemals schweigen, sondern Ungerechtigkeiten ansprechen. Allerdings: „Feministische Weltherrschaft ist keine Option. Erstens, weil Weltherrschaft generell keine Option ist, und zweitens, weil es um die Abschaffung von Herrschaft geht und nicht um ihre Umkehr.“ (S. 160)

Intersektionalität und Anarchismus

Stokowski vertritt die im (linken) Feminismus weit verbreitete Ansicht, dass Herrschafts- und Machtverhältnisse durch verschiedene Formen der Ungleichheit und Diskriminierung strukturiert sind – Stichwort Intersektionalität – und sich reproduzieren. Als Zukunftsvision schlägt Stokowski daher eine herrschaftsfreie, anarchistische Gesellschaft vor. Stokowski begründet ihre Affinität zum Anarchismus so: „Wenn wir die Sache mit der Intersektionalität ernst meinen, steht am Ende die Abschaffung von Herrschaft.“ (S. 184) Sie wirft ein paar Namen in den Raum – Emma Goldman, Louise Michel und Erich Mühsam. Abgesehen davon bleibt ihr Begriff des Anarchismus allerdings ebenso schillernd wie unerklärt, ähnlich wie die „Revolution“.

Das schafft einerseits viel Raum für eigenes Nachdenken – es ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass Stokowski jede Überheblich- und Selbstherrlichkeit abgeht. Sie fragt lieber, anstatt einzig gültige Wahrheiten zu verkünden. Andererseits bleibt so auch mancher Gedanke in der Luft hängen. Die Autorin betont zum Beispiel mehrfach, dass der (von ihr immerhin ja revolutionär, anarchistisch gedachte) Feminismus niemandem etwas wegnehmen und nichts zerstören wolle, ebenso wie Wut (anders als Hass) nicht zerstörerisch, sondern produktiv sei. Doch ist es nicht so, dass revolutionäre Veränderungen und die Demontage von Bestehendem Hand in Hand gehen? Ein Blick zurück auf die Französische Revolution, die Pariser Kommune oder die Novemberrevolution belegen dies. Gezeigt wird anhand dieser Beispiele übrigens auch, dass manchen dann auch etwas weggenommen wird: Den König*innen und Kaiser*innen die Macht zum Beispiel – oder den Kapitalist*innen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. An anderer Stelle schreibt Stokowski auch selbst, dass etwas beseitigt werden müsse, zum Beispiel die „Ursachen von Ungerechtigkeiten“ (S. 170). Sie findet dafür dann folgendes Bild:

„Radikal sein bedeutet nicht mit dem Panzer durch den Wald zu brettern und zu sagen, man hätte durchgeforstet, sondern mit einer guten Motorsäge in den Wald zu gehen und jeden Baum einzeln zu betrachten und zu entscheiden, was weg muss. [...] Radikalität ist keine Keule, sondern eine Frage der Präzision.“
(S. 204)

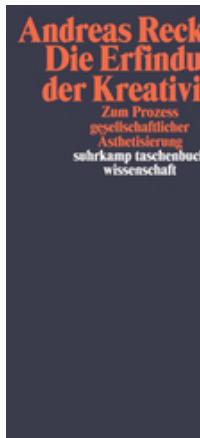
Aber das bedeutet dann auch: Wir brauchen genauere Vorstellungen von dem Wohin und Wofür. Und auch davon, was eigentlich weg soll, um überhaupt präzise die Säge ansetzen zu können. Denn wenn jede*r für sich allein mit der Motorsäge loszieht, dann ist das erstens absolut ineffektiv und zweitens ist es gut möglich, dass vom Wald nicht mehr viel übrigbleibt – oder jede*r für sich den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht und aufgibt.

Die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Ammenmärchen, das Erzählerische, die Offen- und Gelassenheit sind die Stärken dieses beeindruckenden Buches. Feministische Zukunftsvisionen und Kampfstrategien werden eher allgemein und unverbindlich diskutiert. Das empfinde ich als schade. Oder besser gesagt: Ich würde dazu gerne mehr aus Stokowskis Feder lesen, vielleicht in ihrem nächsten Buch?

Margarete Stokowski 2016:
Untenrum frei.
Rowohlt Verlag, Reinbek.
ISBN: 978-3-498-06439-6.
256 Seiten. 19,95 Euro.

Zitathinweis: Nelli Tügel: Von Sex, Revolution und Motorsägen. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1381>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Be Creative!



Andreas Reckwitz

Die Erfindung der Kreativität

Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung

Das Buch widmet sich dem allgegenwärtigen „Imperativ der Kreativität“ und scheidet dabei an seiner Weigerung, systemische Kritik zu üben.

Rezensiert von [Fabian Namberger](#)

Einst auf den Bannern der '68er-Bewegung, heute in den Büros von google und Co. Nichts steht wohl so beispielhaft für die Wandlung sowie für die ökonomische und kulturelle Anpassungsfähigkeit des Nachkriegskapitalismus wie das „Ideal“ der Kreativität. Kein Wunder also, dass sich Andreas Reckwitz in seinem bereits 2012 erschienenen Buch „Die Erfindung der Kreativität“ dieser zunächst irritierenden Entwicklung zuwendet. In Anknüpfung an Michel Foucault unternimmt er dabei eine genealogische Untersuchung des spätkapitalistischen „Kreativitätsdispositivs“. Mit anderen Worten: Eine historische Untersuchung, der es nicht so sehr um die Festsetzung eines genauen „Geburtsdatums“ der Kreativität geht, sondern vielmehr um den komplexen und zum Teil auch widersprüchlichen Entstehungsprozess kreativer Praxen zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten. In diesem Sinne verfolgt der Autor die Entfaltung des Kreativitätsideals in „westlichen“ Gesellschaften mehr als 200 Jahre und durch verschiedene Institutionen und kulturelle Auswüchse der Spätmoderne zurück: Von der massenmedialen Inszenierung des „Popstars“, dem Leitbildcharakter der Kreativität in der angewandten Psychologie der Vor- und Nachkriegszeit bis hin zur gegenwärtigen „Explosion“ der *Creative Industries* in Mode, Werbung, Architektur und Design. Kreativität umfasst Reckwitz' Ansicht nach dabei „eine Dopplung von Kreativitätswunsch und Kreativitätsimperativ, von subjektivem Begehren und sozialer Erwartung: Man *will* kreativ sein und *soll* es sein“ (S. 10, Herv. i. O.). Kaum eine_r, so die These, kann sich der beständigen und zuweilen erschöpfenden Erwartungshaltung des Kreativen entziehen (siehe hierzu auch die [Rezension zu „Caliban und die Hexe“ in Ausgabe 29](#)).

Es wäre also durchaus einiges zu erwarten von diesem Werk. Reckwitz' durchgehende Skepsis, die kulturellen Wandlungen, die er beschreibt, mit den

Mechanismen kapitalistischer Verwertung in Verbindung zu setzen, trägt jedoch zu einer sehr ernüchternden Lektüre bei. Dass es auch anders geht, zeigen zum Beispiel Luc Boltanski und Eve Chiapello in ihrem Buch „Der neue Geist des Kapitalismus“. Fast schon krampfhaft hingegen müht sich Reckwitz, die ökonomische Kehrseite spätmoderner Kulturphänomene kleinzureden oder gar völlig auszublenden. Unfreiwilliger (und geradezu ironischer) Weise sorgt genau diese Ausklammerung für die unterhaltsamsten Momente in Reckwitz' Buch: Nämlich dann, wenn seine Analyse von ihrem verdrängten Rest – einer ausbeuterischen kapitalistischen „Realität“ – wieder eingeholt wird. Dazu aber später mehr.

Vom bürgerlichen Kunstfeld zu den „Creative Industries“

Zunächst lohnt es sich, Reckwitz auf seinem Analyseweg zumindest ein Stück weit zu folgen. Die Kernthese seines Buches findet der Autor in der Annahme, dass insbesondere die „Gegenkultur“ der 1960er und 1970er Jahre eine Aufwertung des Kreativen und damit auch seine Ausbreitung bis weit hinein in die „Mitte“ der Gesellschaft erst ermöglicht hat. Die entscheidende Bruchstelle im Übergang von älteren Modi kapitalistischer Akkumulation in den heutigen „ästhetischen Kapitalismus“ (S. 11) sieht der Autor somit in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. An die Stelle der *relativ* stabilen Berufsbilder und Beschäftigungsverhältnisse des Nachkriegs-Fordismus sind

„Tätigkeiten getreten, in denen die ständige Produktion von Neuartigem, insbesondere von Zeichen und Symbolen (Texten, Bildern, Kommunikation, Verfahrensweisen, ästhetischen Objekten, Körpermodifizierungen), vor einem an Originalität und Überraschung interessierten Publikum zur wichtigsten Anforderung geworden ist: in den Medien und im Design, in der Bildung und in der Beratung, in der Mode und in der Architektur“ (S. 11).

Allein in diesen Zeilen wird Reckwitz' – zunächst noch nachvollziehbare, später dann überstrapazierte – Betonung des „Neuen“ deutlich. Dennoch steckt er hier ein beeindruckendes und keineswegs unwichtiges Forschungsfeld ab, an dem er sich auf über 350 Seiten mehr als gründlich abarbeitet.

Wer sich durch diesen Blätterwald hindurchkämpft, wird tatsächlich mit einem klareren Blick auf das „Kreativitätsdispositiv“ belohnt und darin liegt trotz aller Vorbehalte der Mehrwert von Reckwitz' Untersuchung. Die Einleitung sowie das erste und das abschließende Kapitel fußen auf eher allgemein-theoretischen Überlegungen zum „Imperativ der Kreativität“ und betten Reckwitz' Argumentation in eine hilfreiche Rahmenerzählung ein. Grundlegend für das gesamte Buch ist die Idee, dass die enge Abgrenzung eines bürgerlichen Kunstfeldes vom Rest der Gesellschaft im späten 18. und 19. Jahrhundert die heutige *Ent-Grenzung* der Kunst

erst ermöglichte. Zu dieser „Popularisierung“ der Kunst trugen einerseits die sogenannten *Creative Industries* bei – also Berufe in Werbung, Design, Kommunikation und Architektur. Andererseits steuerte das Aufkommen der Psychologie und Psychotherapie ihren Teil bei, indem beide zunehmend das Leitbild eines (selbstverantwortlichen und zutiefst individualisierten) Künstler- und Geniesubjekts propagierten und dieses – spätestens in den 1950er und 1960er Jahren – im Alltagsdiskurs verfestigten. Heute verdichten sich diese Entwicklungen im urbanen Raum und im Leitbild der „kreativen Stadt“ – samt ihrer (Luxus-)Lofts, Konsumräume und auf den „touristischen Blick“ ausgerichteten Stadtviertel. Wie bereits erwähnt, bieten alle Kapitel durchaus Lesenswertes und nach und nach fügt sich tatsächlich so etwas wie ein „Gesamtbild“ des Kreativitätsdispositivs zusammen. Wirklich spannend – wenn auch unbeabsichtigt – wird es jedoch, als sich Reckwitz mit der massenmedialen „Genese des Starsystems“ (S. 239) nach Ende des zweiten Weltkrieges auseinandersetzt. Seine Weigerung, das Kreativitätsdispositiv (abgesehen von der relativ leeren Begriffshülse des „ästhetischen Kapitalismus“) mit wirtschaftlicher Inwertsetzung in Verbindung zu bringen, bricht sich bezeichnender Weise genau hier Bahn. Nämlich dort, wo die Parallelen zwischen konsumorientierter Massenkultur und Ökonomie schlichtweg nicht mehr zu leugnen sind.

Kapitalismus als „Wiederkehr des Verdrängten“

Denn Reckwitz' Werk wird hier von seinem verdrängten Rest, einer ausbeuterischen kapitalistischen „Realität“, unfreiwillig wieder eingeholt. Das klingt – in Bezug auf das Phänomen „Popmusik“ – dann etwa so: „Charakteristisch für die Popmusik ist dabei, dass versucht wird, die Anzahl der neuen komponierten Musiktitel zu erhöhen und deren Umlauf zu beschleunigen“ (S. 258). Das stimmt wohl. Aber wäre es nicht treffender zu fragen, ob es nicht charakteristisch für den Kapitalismus *insgesamt* ist, die Anzahl neuer Waren zu steigern und deren Umlauf zu beschleunigen? In ähnlicher Weise mündet Reckwitz' Ausklammerung ökonomischer Dynamiken in fast schon hilflose und mitunter rein tautologische (das heißt sich selbst begründende, „kreisförmige“) Erklärungsversuche. Wenn er sich etwa bemüht, das spätkapitalistische Phänomen „Popstar“ als vermeintliches *perpetuum mobile* der Aufmerksamkeitsgewinnung zu begreifen, mündet das in eine derart selbstreferentielle (und sprachlich aufgeblasene) Satzschleife, dass sich die grundlegende Erklärungsnot von Reckwitz' Studie hier in fast schon selbstverräterischer Weise enttarnt:

„Dieser [der Star] wird als derjenige sichtbar, der kollektive enthusiastische Aufmerksamkeit auf sich zieht. Schließlich richtet sich die Aufmerksamkeit auf den, dem ohnehin schon Aufmerksamkeit gezollt wird. Das Ergebnis ist die kulturelle Attraktivität des Attraktiven“ (S. 260).

Solche Textstellen hinterlassen einen faden Nachgeschmack. Er besteht keineswegs darin, dass Reckwitz' Ausführungen durchweg falsch wären oder nicht auch viele spannende Einblicke in die ästhetischen Regime des „Neuen“ lieferten. Der Frage aber, wie die Kulturalisierung und Ästhetisierung urbaner (und anderer) Räume mit der Funktionsweise und dem Wandel kapitalistischer Akkumulation zusammenhängen, wie Ökonomie und Kultur, Profitstreben und urbane Atmosphärenschaufung ineinandergreifen (beziehungsweise auch auf unvermeidbare Widersprüche zusteuern) weicht Reckwitz aus. Ja, schlimmer noch: Er hält diese Frage, die alles entscheidend wäre, für schlichtweg falsch.

An ihre Stelle setzt er schon zu Beginn des Buches die poststrukturalistische Annahme, dass soziale Phänomene keiner übergeordneten (etwa: kapitalistischen) Logik folgen, sondern „ganz generell in einem ständigen Prozess des Entstehens und Verschwindens, des Neuknüpfens und Auflösens begriffen sind“ (S. 16). Dazu nur ein Gegenargument: Reckwitz setzt hier in ein sehr einseitiges Verständnis von „Kapitalismus“ voraus. Nämlich eines, das „den“ Kapitalismus als starre, fixierte und in sich geschlossene Einheit begreift, die stets nach demselben Muster agiert und keinen Raum lässt für Widersprüche, Fragmentierungen und feine Differenzen. Zugegeben, es fällt schwer, sich von den althergebrachten, sehr eindimensionalen Bildern zu lösen, die sich „der“ Marxismus viel zu oft vom Kapitalismus gemacht hat – etwa dem einer weißen, männlichen Arbeiterschaft als Triebkraft der Geschichte auf dem Weg in den Kommunismus (siehe hierzu auch die [Rezension zu „Cartographies of the Absolute“ in Ausgabe 38](#)). Aber muss man sich deswegen gleich in die Arme eines absoluten Relativismus werfen, für den Herrschaft (sei sie verankert im Patriarchat, in Klassenverhältnissen, Heteronormativität, Rassismus et cetera) mehr oder weniger zum Zufallsprodukt wird? Zurückgewendet auf Reckwitz' Untersuchung bedeutet dieser Relativismus nämlich nichts anderes, als dass wir uns über Kulturalisierung, Ästhetisierung, Atmosphären und Kreativität nach wie vor den Kopf zerbrechen dürfen; um das Zusammenspiel dieser (zweifelsohne beobachtbaren) Entwicklungen mit einem von Ausbeutung, Ausgrenzung und Prekarisierung geprägten kapitalistischen Alltag sollen wir uns dagegen nicht mehr kümmern. Genau in dieser – analytisch verkürzten und politisch gefährlichen – Zweiteilung von Kultur und Ökonomie besteht der fade Nachgeschmack des Buches.

Zusätzlich verwendete Literatur

Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz.

Andreas Reckwitz 2012:

Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung.
Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 978-3-518-29595-3.

408 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Be Creative! Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1376>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Kritische Theorie zur Befreiung der Tiere



Marco Maurizi

Jenseits der Natur

Kritische Theorie, Marxismus und das Mensch-Tier Verhältnis

Der Autor unternimmt eine Analyse des Mensch-Tier-Verhältnisses mit Bezug zur Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Das Buch umfasst teils bereits veröffentlichte, teils unveröffentlichte Thesen, Essays, Vortragskripte und im Anhang zwei Interviews mit dem Autor in deutscher Sprache. Die Texte stammen aus den Jahren 2007 bis 2010. Inhaltlich knüpft Maurizi an frühere Beiträge an. Eine besondere Nähe besteht zu Maurizis zwei Aufsätzen für den 2007 publizierten Sammelband „Das steinerne Herz der Unendlichkeit erweichen“, den die Hamburger Vertreterin einer kritischen Theorie für die Befreiung der Tiere, Susann Witt-Stahl, herausgegeben hat. Thematisch überschneiden sich die Beiträge des Sammelbands, die leider auch zahlreiche grammatische, sprachliche und Rechtschreibfehler aufweisen, zum Teil erheblich.

Kritik des metaphysischen Antispeziesismus

Das große Verdienst, das Marco Maurizi sich innerhalb der kritischen Debatte über die Beziehungen zwischen Menschen und Tieren erworben hat, gründet auf seiner Kritik bürgerlich idealistischer Tierrechts- und Tierbefreiungstheorien und der daraus resultierenden Suche nach alternativen, historisch materialistischen Erklärungen für die Ausbeutung und Unterdrückung der Tiere einerseits und der Notwendigkeit ihrer Befreiung andererseits. Seine „Neun Thesen zum historischen und metaphysischen Antispeziesismus“, die seinen Band eröffnen, können ohne Übertreibung als Meilenstein der kritischen, gesellschaftstheoretischen Debatte des Mensch-Tier-Verhältnisses eingestuft werden. Kurz und bündig formuliert Maurizi hier die Defizite, Fehler und Widersprüche des bis heute im Diskurs vorherrschenden „metaphysischen Antispeziesismus“ (S. 11).

Insbesondere, aber nicht allein, mit Bezug zu Peter Singers Auffassung, die

Ausbeutung der Tiere sei eine Konsequenz aus dem Vorurteil der menschlichen Spezies gegenüber allen nichtmenschlichen Spezies und der damit verbundenen Forderung nach einer anderen, spezies-gerechten Ethik konstatiert der Verfasser, dass es sich dabei um eine metaphysische Position handele. Das Verhältnis zwischen Menschen und Tieren würde als „abstrakte Opposition zwischen Mensch und Tier“, Menschen „als ein Einzelding“ (S. 11) und nicht gesellschaftliche und historische Wesen begriffen. Von konkreten historischen gesellschaftlichen Entwicklungen, in die das Mensch-Tier-Verhältnis eingebettet ist, werde abgesehen und stattdessen der Geschichte die heutige Perspektive der Ausbeutung und Herrschaft über Tiere übergestülpt. Letztlich erklärten die GegnerInnen der Tierausbeutung diese bis dato aus einer Denkform, dem Speziesismus, wie ihn Singer und zahlreiche andere in diversen Varianten konzipiert haben.

Maurizi argumentiert dem entgegengesetzt in der historisch materialistischen Tradition von Marx und Engels. In „Zur Kritik des metaphysischen Antispeziesismus“, einem Essay, in dem der Autor seine Thesen noch einmal ausbuchstabiert, spitzt er seine Kritik zu:

„Natürlich will ich nicht verneinen, dass das moralische Vorurteil gegen die Tiere tatsächlich existiert – ebenso wie die entsprechende Weltanschauung. Aber ihre Existenz ist etwas gesellschaftliches und nichts individuelles. Wir beuten die Tiere aus, nicht weil wir sie als niedriger ansehen, sondern wir sehen sie als niedriger an, weil wir sie ausbeuten.“ (S. 26f.)

Der „Imperialismus des Menschen“ (Horkheimer), sei, so Maurizi, vielmehr eine „Konsequenz ökonomischer und sozialer Verhältnisse“ (S. 27). In „Marxismus und Versklavung der Natur“, dem umfangreichsten Essay des Sammelbands, weist der Autor außerdem eindringlich darauf hin, dass „kein allgemeines Interesse der menschlichen Gesellschaft an der Ausbeutung der Tiere“ (S. 55) gäbe. Je nach Gesellschaftsformation in der Geschichte haben nur bestimmte Klassen Interesse daran.

Historischer Antispeziesismus und die Kritik der Naturbeherrschung

Marco Maurizis Vorschlag für eine Alternative zum metaphysischen ist der „historische Antispeziesismus“ (S. 13), der die Herrschaft über Tiere „historisch und soziologisch“ (S. 27) begreifen und analysieren müsse. Genau in dieser Hinsicht könnte die antispeziesistische Theoriebildung vom Marxismus profitieren. Im Aufsatz „Marxismus und Antispeziesismus“, in dem Maurizi einige Ansatzpunkte und Grenzen der Indienstnahme des Marxismus für den Antispeziesismus diskutiert, hebt er hervor, dass zum Beispiel der „solidarische Materialismus“ (S. 27) in der Linie von Darwin bis zu Marcuse die Kontinuitäten zwischen Menschen, Tieren und der

Natur betone und dass der Marxismus eine Analyse der realen Menschheits- und Natur-Geschichte und nicht nur die Reflexion der historischen Entwicklung des Denkens über Menschen und Tiere einfordere.

Im Zentrum der geschichtlichen und philosophischen Überlegungen der Genese des Mensch-Tier-Verhältnisses stehe allerdings, so führt es Maurizi in seiner lehrreichen Vorrede zum Sammelband aus, „die Dialektik der Naturbeherrschung samt den Folgen für Menschen und Tiere“ (S. 8), wie sie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in ihrer „Dialektik der Aufklärung“ dargestellt haben. Die beiden kritischen Theoretiker böten

„eine fortschrittliche Interpretation und Kritik der Naturbeherrschung an: Menschen müssen die Natur beherrschen, um ihre Angst vor ihr zu überwinden; eine solche Naturbeherrschung impliziert die Aneignung der äußeren und der inneren Natur, also die Ausbeutung von Tieren und die Entfremdung des menschlichen Geistes aus der Natur. Das ist die Grundstruktur, aus der die gesamte Ordnung der Zivilisation – d.h. die Geschichte der hierarchischen Gesellschaft – verstanden werden kann.“ (Ebd.)

Die zentrale These der Frankfurter Schule habe also eine Kritik der Herrschaft über Tiere eingeschlossen und zeige den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Klassenherrschaft und der Herrschaft über die Tiere. In der Geschichte markiere die neolithische Revolution, das heißt die vor über 12.000 Jahren einsetzende Umstellung der menschlichen Produktion auf Ackerbau und Viehzucht sowie die beginnende Sesshaftigkeit menschlicher Familienverbände, „das Geburtsdatum der Herrschaft überhaupt, der Herrschaft über die Natur, aber auch der Herrschaft über den Menschen“ (S. 78). Mit der möglichen Erzeugung eines Mehrprodukts durch die Unterwerfung der äußeren Natur und der Tiere sei der Weg für die Herrschaft des Menschen über den Menschen bereitet worden. Wenn die Herrschaft über die Tiere und die Menschen denselben historisch-gesellschaftlichen Ursprung haben, so folgert Maurizi logisch in seiner Schlussbemerkung, in der er noch einmal die wesentlichen Ergebnisse seiner theoretischen Überlegungen zusammenfasst, dann gehörten „Menschenbefreiung und Tierbefreiung zusammen“ (S. 72).

Ferner könne man mit der Kritik der Naturbeherrschung Adornos und Horkheimers die „Trennung zwischen Mensch und Tier, Geist und Natur“ als „ideologische Widerspiegelung einer inneren Spaltung des Bewusstseins des Menschen erklären, das immer noch Natur ist und trotzdem sich selbst als Nicht-Natur vorstellt“ (S. 56f.). Um die Natur zu unterwerfen, müssten die Menschen ihre eigene innere Natur unterdrücken und ihre Zugehörigkeit zur Natur verleugnen, so dass der Widerspruch von Mensch und Natur als Äußerer erscheint.

Marx' doppeldeutiger Naturbegriff?

Marco Maurizi hat mit den Beiträgen zu diesem Band und anderen Artikeln zur Diskussion über Marxismus und Tierbefreiung das Fundament für eine Brücke zwischen beiden theoretischen Traditionen und zwischen beiden Bewegungen gelegt. Nichtsdestotrotz weisen seine Ausführungen einige Probleme für die Entfaltung einer kohärenten marxistischen Position zur Befreiung der Tiere auf. Einerseits aufgrund ihres Pioniercharakters und ihres Alters, andererseits aufgrund der Übernahme ökologisch-liberaler Kritik an Marx trotz neuer Erkenntnisse der marxistischen Forschung.

In nahezu allen Artikeln moniert der Autor zum Beispiel, Marx und Engels hätten „die menschliche Beherrschung der Natur durch Arbeit (...) gerechtfertigt“ (S. 7/33). In „Marxismus und die Versklavung der Natur“ leitet Maurizi aus diesem Vorwurf ab, Marx sei inkonsequent gewesen, weil er Natur doppeldeutig auf der einen Seite ontologisch als dynamischen Prozess, auf der anderen Seite aber „als bloßes Objekt der instrumentellen Vernunft“ (S. 34) interpretiert habe, so dass der Marxsche Naturbegriff „undialektisch“ (S. 36) sei, die „tierische Subjektivität“ (S. 34) verneint werde und man Tiere nicht als „Subjekte oder sogar Partner der Befreiung“ (S. 36) begreifen könne. Marx und Engels hätten dementsprechend „nie darüber nachgedacht, dass die Verhältnisse zwischen Mensch und Natur anders sein könnten, als sie diese durch die Herrschaftsgeschichte kennengelernt hatten“ (S. 44).

Diese Einschätzungen, die damit verbundene partielle Zurückweisung der Marxschen Gesellschaftstheorie und ihre Ersetzung durch die Kritik der Naturbeherrschung in Anschluss an die kritische Theorie, entspringen einer vereinseitigten Interpretation von Marx' und Engels' Werk. Sogar wenn Marx die Natur in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ als Objekt der menschlichen Arbeit bestimmt, weist er darauf hin, dass es sich um einen Prozess innerhalb der Natur handelt, in dem eine Naturkraft, die Menschen, auf die Natur einwirkt und dazu von der Natur produzierte Produktionsmittel nutzt. Da Marx und Engels den Menschen – also *auch* den vergesellschafteten Menschen – als Naturwesen begreifen, wird Natur keineswegs undialektisch verstanden. Allerdings gehen sie nicht so weit, die Natur oder Tiere zu Subjekten zu stilisieren. Davor schrecken im Übrigen auch Adorno und Horkheimer zurück. Sie begreifen Tiere als Individuen, aber nicht als Subjekte. Das hindert aber die Gründer-Duos des Marxismus und der Frankfurter kritischen Theorie nicht daran, Natur *und* Tiere als Objekte der Befreiung anzuerkennen. Marx spricht in Teilen seines Frühwerks, wie zum Beispiel in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“, von der befreiten Gesellschaft als einer „vollendeten Wesenseinheit des Menschen mit der Natur“, einer „wahren Resurrektion der Natur“ (MEW EB 1: 538). Und im „Kapital“, entwirft Marx unzweideutig die Notwendigkeit einer nachhaltigen postkapitalistischen

Gesellschaftsformation.

Wenn Maurizi aber mit seiner Kritik an Marx' Naturbegriff falsch liegt, stellt sich die Frage, wie mit Marx' und Engels' interdisziplinärer Theorie von Natur und Gesellschaft die Ausbeutung der Tiere erklärt und die Forderung nach ihre Befreiung begründet werden kann. Die Aneignung der Tiere in der gemeinsamen Geschichte müsste beispielsweise in erster Instanz als ökonomische Ausbeutung und nicht als politische Herrschaft interpretiert werden. Die Ausbeutung der Tiere wäre zudem durch die historisch spezifische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit bestimmt, in die anthropologische Sozialpsychologie zwar eingeht, aber keineswegs als ihr einziges oder bestimmendes Element.

Zusätzlich verwendete Literatur

Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max (1997): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. In: Tiedemann, Rolf (Hg.): Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften. Band 3. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Horkheimer, Max (1991): Kritik der instrumentellen Vernunft. In: Schmidt, Alfred (Hg.): Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 6. Fischer, Frankfurt am Main.

Marx, Karl (1962/1963/1983): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke (MEW). Band 23-25. Dietz-Verlag, Berlin.

Witt-Stahl, Susann (Hg.) (2007): Das steinerne Herz der Unendlichkeit erweichen. Beiträge zu einer kritischen Theorie für die Befreiung der Tiere. Alibri, Aschaffenburg.

Marco Maurizi 2016:

Jenseits der Natur. Kritische Theorie, Marxismus und das Mensch-Tier Verhältnis. Lulu.

ISBN: 9781326727765.

98 Seiten. 6,00 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Kritische Theorie zur Befreiung der Tiere.

Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1377>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

„Manchmal braucht man keine Lösung, wenn man weiß, dass die Richtung stimmt“



Ármin Langer

Ein Jude in Neukölln

Mein Weg zum Miteinander der Religionen

Ein autobiographischer Essay plädiert für ein geduldiges und beharrliches Gespräch zwischen Jüd_innen und Muslim_innen, um sich keine Feindschaft einreden zu lassen.

Rezensiert von [Koray Yilmaz-Günay](#)

Es sieht düster aus für das jüdische Leben in der Bundesrepublik, wenn Verlass auf die öffentliche Darstellung ist. Und der Berliner Bezirk Neukölln ist in vielerlei Hinsicht ein Beispiel dafür. Wer „Neukölln“ sagt, meint: *soziale Brennpunkte, Parallelgesellschaften, Großfamilien* – und *No-go-Areas*. Die Umtriebigkeit des ehemaligen Bürgermeisters Buschkowsky (u.a. mit seiner Publikation „Neukölln ist überall“), aber auch die Popularisierung des sogenannten Neuköllner Modells der Jugendrichterin Heisig („Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter“) haben dem Bezirk schon vor Jahren eine unrühmliche Bekanntheit verschafft, mit der es anno dazumal vielleicht noch Kreuzberg aufnehmen konnte – bis dort alles In-Wert-Setzbare nicht nur irgendwie hübsch, sondern auch „sicher“ gemacht wurde. Neukölln hat Kreuzberg also derweil – trotz „Kottbusser Tor“ und „Görlitzer Park“ – in manchem den Rang abgelaufen. Vor allem, was die Ethnisierung aller Arten von Tristesse angeht.

Neukölln: No-show, No-go?

Ob der Aufenthalt in Neukölln mit einem Risiko für Leib und Leben verbunden sei, beschäftigt seit über zehn Jahren unter anderem das schwule Anti-Gewalt-Projekt *Maneo*. Seit 2006 wird dort befürchtet, man dürfe sich dort nicht als schwul zeigen, Neukölln wird als „No-show-Area“ bezeichnet. Gemeint ist mit *Neukölln* dabei nicht der gesamte Stadtteil mit den weit über 300.000 dort lebenden Menschen, sondern der Norden des Bezirks, wo sich diejenigen mit dem ominösen

Migrationshintergrund konzentrieren – eine Chiffre für die, die familiär etwas mit der Türkei oder einem arabischen Land zu tun haben.

Nach einem gewalttätigen antisemitischen Übergriff auf ihn im Jahr 2012, sprach auch Rabbiner Daniel Alter von „No-Go-Areas für öffentlich erkennbare Juden“ – unter anderem auch in Teilen von Neukölln, und zwar jenen, in denen es einen „hohen Bevölkerungsanteil an arabischen und türkischen Migranten“ gebe (Geiler 2013). Die Aussagen von Alter, seinerzeit Antisemitismus-Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dort zugleich zuständig für interreligiösen Dialog, führten im November 2013 zur Gründung einer jüdisch-muslimischen Gruppe, die seither dem Fokus auf Sicherheit in den Debatten ums Zusammenleben im Bezirk gemeinsame Aktionen entgegensetzt. Die *Salaam-Schalom-Initiative* betont seitdem: „Muslime und Juden sind keine natürlichen Feinde“ (S. 114), „Muslime und Juden weigern sich, Feinde zu sein!“ (S. 209)

Weite Teile des Buches „Ein Jude in Neukölln“ von Ármin Langer behandeln Geschichte und Kontexte dieses Aktivismus: Wo vermeintlich „muslimisch“ gegen „jüdisch“ kämpft, herrsche zunächst einmal ein „christo-normativer Säkularismus“, der annehme, „auch für religiöse Kulturen außerhalb des Christentums akzeptabel sein und als Norm gelten zu können“ (S. 251). Statt die Rhetorik von „eine[r] Minderheit gegen die andere“ zu bestätigen, setzt Langer, wie auch die Initiative, die er mitgegründet hat, auf das Erkennen von gemeinsamen Erfahrungen. Sowohl von der jüdischen als auch von der muslimischen Minderheit werde das Aufgeben dessen gefordert, was sie zu dem macht, was sie sind:

„Für viele ‚abendländische‘ weiße Menschen mit christlichem Hintergrund und christlicher Sozialisation bedeutet Integration, dass wir, Juden und Muslime, unsere Söhne nicht beschneiden, dass wir unseren Kopf nicht bedecken, dass wir Schwein essen. Sie sprechen zwar von Integration, sie meinen aber Assimilation.“ (S. 245)

Salaam: nur mit Schalom?

Es sind interessanterweise die Parallelen zwischen den Erfahrungen real existierender muslimischer und jüdischer Minderheiten, die im deutschen Diskurs als besonders „anstößig“ empfunden werden. Bereits zu Beginn beschreibt Langer, wieso er das Buch entgegen der anfänglichen Absicht nicht „Muslime sind die neuen Juden“ (S. 12) genannt hat. So kokettiert er zwar mit der Rolle des *Enfant terrible*, das genau weiß, was durch welche Provokation bei wem ausgelöst wird. Zeitgleich kann man aus den seitenlangen Berichten von eigenen Antisemitismus-Erfahrungen und der Wiedergabe religiöser und geschichtlicher Quellen aber auch das seriöse Bemühen herauslesen, Antworten auf grundlegende Fragen unserer Zeit zu finden. Der Umstand, dass Jüdischsein in der BRD heute verständlicherweise von der Shoa

her gedacht wird, führt bei der Parallelisierung von Diskriminierungserfahrungen notwendig zu einer Denk- und Handlungsblockade, mit der bewusst umzugehen ist. Trotz aller Ähnlichkeiten, so Langer,

„können wir nicht davon reden, dass Muslime 1:1 die neuen Juden seien. [...] Die Muslime haben keinen Genozid zu befürchten. [...] Aber es gibt keinen Grund, die aktuelle Lage der Muslime, Migranten und Geflüchteten auf die leichte Schulter zu nehmen. Es betrifft nämlich diese Mitmenschen, die von Nationalsozialistischen Untergründen in Deutschland ermordet werden. [...] Das Wohlergehen deutscher Juden wird von Politik und Medien als Gut höchster Priorität deklariert, in Bezug auf die Situation von Muslimen herrscht hier eine beunruhigende Zurückhaltung.“ (S. 201–209)

Hier sieht Langer nicht nur eine Möglichkeit, sondern geradezu die Verpflichtung für ein sozial und politisch engagiertes Judentum:

Es gibt in Deutschland viele gesellschaftliche Ungerechtigkeiten, die korrigiert werden müssen [...]. In diesem Korrekturprozess könnten wir Juden als Katalysator dienen. [...] Solange die jüdische Identität auf der Erinnerung an die Schoa, auf dem Bewusstsein für Antisemitismus und auf der bedingungslosen Unterstützung für den Staat Israel – kurz gesagt: auf der Abwesenheit jüdischen Lebens in Deutschland und Europa – basiert, wird sich das Judentum weiterhin nur um sich kümmern und sich nicht für andere einsetzen.“ (S. 272)

Dabei gebe es eine historisch neue Chance, den Philosemitismus, der mit dem Antisemitismus „Hand in Hand“ (S. 128) gehe, zum Durchbrechen des nichtjüdisch-deutschen Konsenses „Ein guter Jude ist nur ein schwacher, diskriminierter Jude“ (S. 102) zu nutzen. Die erhöhte Sensibilität, die mit der neuen Zugehörigkeit zur dominanten Gruppe einhergeht, bedeute nicht

„dass Hass [...] aufhört zu existieren. Zum Mainstream zu gehören, bedeutet aber eine neue Art von Verantwortung, die die Juden früher, als sie nicht einmal Bürgerrechte genossen und von der nicht-jüdischen Gesellschaft isoliert lebten, nie hatten.“ (S. 130)

Reden: am besten miteinander

Immer wieder verlässt der „Jude in Neukölln“ seinen Bezirk. Seine Reflexionen über Jüdischkeit und Identität(spolitik) weisen weit über Berlin hinaus. Zur Standortbestimmung innerhalb der Gesellschaft, wie sie heute und in der Bundesrepublik existiert, zählt bei ihm der interreligiöse Dialog zweifellos dazu. Die *Salaam-Schalom-Initiative* versteht er als Teil einer globalen Zivilgesellschaft, die es

insbesondere in der BRD auszubauen und transnational zu vernetzen gelte. Nicht zuletzt deshalb, weil die Stigmatisierung, gegen die das Engagement zielt, die Staatsgrenzen längst überschritten haben:

„[D]er antimuslimische Rassismus von heute ist ein neues Phänomen, dessen Vertreter die christo-normativen Zustände in Europa verteidigen wollen. Im vereinten Europa wurde der gezielte Hass auf eine Minderheit ebenfalls eine europaweite Angelegenheit.“ (S. 191)

Eigenes Engagement in Neukölln dient Langer als Folie bei der Einschätzung bezirklicher Realitäten, aber auch deutscher und europäischer Politik sowie ausländischer Debatten und Diskurse – allen voran demjenigen Konflikt, der immer wieder in die Verständigung zwischen muslimischen und jüdischen Deutschen und muslimischen und jüdischen Menschen in Deutschland hereinbricht („Nahost-Konflikt“).

Allerdings: Der allzu anekdotische Charakter, der Teile des Buches bestimmt, lässt bisweilen den Eindruck einer Generalabrechnung des Darstellers als One-Man-Show entstehen. Wichtiger noch, es fehlt dem Buch entscheidend eine Auseinandersetzung mit der deutsch-jüdischen Gegenwartsgeschichte, wie sie immer schon auch jenseits des „Establishments“ vorhanden war. Es mag einem Generationenwechsel geschuldet sein, dass die Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gemeinden nach der Wiedervereinigung und vor allem im Nachgang der jüdischen Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion – wie sie etwa im *Jüdischen Kulturverein Berlin* geführt wurden – im aktuellen Verständigungsbemühen nicht erinnert werden. Interkulturelle und interreligiöse Arbeit hat es dort trotzdem schon gegeben.

Angesichts rechtspopulistischer Massenphänomene wie PEGIDA und AfD, bei denen der kontrafaktischen Rede vom „jüdisch-christlichen Abendland“ ein eigenes Gewicht zukommt, ist es aber vielleicht gerade gut, dass mit Langers Buch ein aktuelles Schlaglicht vorliegt, das es gestattet, in Zukunft gesellschaftlich anders zu intervenieren. Die Frage beispielsweise, ob mit der muslimischen Einwanderung das hierzulande vermeintlich überkommene Phänomen Antisemitismus re-importiert werde, wird mit dem Debattenbeitrag von Langer anders als bisher beantwortet werden können.

Es ist Streitbar, ob Langers Vorschlag, es möge eine Kultussteuer ähnlich der Kirchensteuer auch für muslimische Gemeinden geben, wirklich praktikabel ist – ein Verfahren oder eine Autorität zur Identifizierung „der“ Muslim_innen existieren nicht. Ob eine in ihrer Zusammensetzung und ihren Glaubenssätzen ausgesprochen heterogene Gruppe so zugerichtet werden sollte, dass sie zum spezifisch deutschen Modell der engen Verzahnung von Staat und Religionsgemeinschaften passt, ist

zumindest zweifelhaft. Es wird sich schlicht aber auch weisen müssen, ob Langer selbst der deutschen Debatte erhalten bleiben kann, weil er wegen der Kritik an einer Äußerung des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland gedrängt wurde, sein Rabbiner-Studium abzubrechen und es nun vermutlich im Ausland fortsetzen muss.

Was sich aus diesem trotz so mancher flapsigen Formulierung oft sehr ernsten Buch aber sicher lernen lässt, ist die Art und Weise, wie Angehörige von Gruppen, die gegeneinander in Stellung gebracht werden, langfristig und geduldig im Gespräch bleiben können und müssen. Lernen lässt sich hier manchmal auch etwas über das Schweigen:

„Ich hielt meinen Mund, als ein Imam auf einer jüdisch-muslimischen Veranstaltung in seinem zehnminütigen Grußwort neun Minuten lang darüber referierte, wie schön das Leben der Juden in Andalusien unter muslimischen Herrschern gewesen sei. Ich hielt auch meinen Mund, als sich der Rabbi für diese netten Worte beim Imam bedankte und davon erzählte, wie pluralistisch der Staat Israel doch heute sei. [...] Ich mache Kompromisse. [...] Immerhin, es ist besser als gar kein Austausch.“ (S. 207)

Langer rät zu einem anderen Umgang mit – auch gravierenden – Differenzen:

„Man kann eine Botschaft von oben nach unten schicken (Muslime sind antisemitisch, also sollten Juden muslimische Gemeinden meiden), oder man kann auf gleicher Augenhöhe mit den Menschen in ihren eigenen Milieus über das Problem reden (Es gibt Antisemitismus auch unter euch, und wir könnten gemeinsam eine Strategie für dessen Bekämpfung entwickeln).“ (S. 85 f.)

Es ist, trotz der fünfzehnjährigen gesellschaftlichen Debatte darüber, ob es einen besonderen muslimischen Antisemitismus gebe und wenn ja, woher dieser stamme, nach wie vor unklar, wie das Setting für ein Gespräch sein müsste, das es gestattet, menschenfeindliche Lehren, Aussagen und/oder Verhaltensweisen innerhalb einer Gruppe zu kritisieren, ohne sie erneut rassistisch zu stigmatisieren; und zwar vor allem auch dann, wenn es sich, wie in dem von Langer gewählten Beispiel, um eine türkisch-nationalistische Gemeinde handelt, die in der Vergangenheit durch antisemitische, antikurdische und allgemein antimoderne Äußerungen und Aktionsformen aufgefallen ist. Vor diesem Hintergrund ist es fast erfrischend, in einen Satz zusammengefasst zu lesen, wie es *nicht* geht: „Wer von No-go-Areas spricht, will nicht die einen schützen, sondern vor allem die anderen brandmarken.“ (S. 25)

Zusätzlich verwendete Literatur

Markus Geiler (2013): Antisemitismus ist offener und aggressiver geworden.

Jüdische Allgemeine, 08.08.2013. Online einsehbar [hier](#).

Matthias Meisner (2016): Zentralratspräsident bestreitet Einflussnahme im Fall Langer. Der Tagesspiegel, 08.04.2016. Online einsehbar [hier](#).

Ármin Langer 2016:

Ein Jude in Neukölln. Mein Weg zum Miteinander der Religionen.

Aufbau Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-351-03659-1.

304 Seiten. 19,95 Euro.

Zitathinweis: Koray Yilmaz-Günay: „Manchmal braucht man keine Lösung, wenn man weiß, dass die Richtung stimmt“. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1375>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Blutiges Schuhwerk



Vera Friedländer

Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander

Der Schuhhersteller Salamander hat es lange geleugnet, und doch ist es belegt: das Unternehmen hat in der Nazizeit Schuld auf sich geladen.

Rezensiert von [Anne Alex](#)

Vera Friedländer liefert eine spannende und faktenreiche Auseinandersetzung mit der Firmengeschichte des Schuhherstellers Salamander in Kornwestheim (Baden-Württemberg). Aus den Schriften des Stadt- und Firmenhistorikers Hanspeter Sturm befördert sie unter Falschdarstellungen, Fehlinterpretationen und Auslassungen die tatsächliche Entwicklung des Unternehmens Salamander zwischen 1933 und 1945 ans Tageslicht und vervollständigt diese durch eigene Quellenrecherchen.

1933 wird bereits die schrittweise „Arisierung“ des Unternehmensvorstands in Angriff genommen und die jüdischen KapitalgeberInnen kaltgestellt. Die Maßnahmen haben den gewünschten Effekt: Die Firma wird aus der Boykottliste der Nazis gestrichen. Die weitere Hinwendung der Firma an die Nazis zeitigt die Spende von 10.000 Reichsmark des Firmenchefs Alex Haffner zu Hitlers erstem Jubiläum als Reichskanzler. Gleich nach den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 und weit vor der Reichsprognomnacht 1936 „erwirbt“ die Salamander AG bereits gut gehende Schuhfirmen aus Offenbach und Speyer. Die Offenbacher J. Mayer & Söhne Leder AG ist zu diesem Zeitpunkt sechs Millionen Reichsmark wert, die Besitzer werden mit einer halben Millionen abgefunden. Das mag damals gerade gereicht haben, um ihr Vermögen aufzulösen und die Ausreise zu bewerkstelligen. Zudem „erwirbt“ Salamander die württembergische Schuhfabrik Faurndau GmbH und im Jahr 1937 Anteile der Gerberei Sihler & Co AG. Durch diese Einkäufe wird sie zu einem der größeren Schuhkonzerne neben der Freudenberg AG.

Die Autorin arbeitet anhand von Fakten heraus, dass neben der Ledergewinnung vor allem das Lederrecycling und die Gewinnung von Ersatzstoffen für Leder wichtige Schwerpunkte der Firmenpolitik waren. Sie beschreibt, wie Ledernachschub in großem Stil aus der Sowjetunion geraubt wurde. Dies war

neben der Beschäftigung von mehr als 2000 Kriegsgefangenen als ZwangsarbeiterInnen überwiegend aus Frankreich, Griechenland und weiteren 19 Nationen ein wichtiger Produktionsfaktor für den Erfolg des Unternehmens. Denn für geraubtes Leder fielen nur Transportkosten an, ZwangsarbeiterInnen waren billig. Hingegen konnte sie keine Informationen finden über die Wiederaufbereitung von Leder aus Schuhen, die ermordete jüdische Häftlinge verschiedener KZ zurück ließen, und die von Berliner JüdInnen, PolInnen und FranzösInnen in der Berlin aufgearbeitet wurden. Obwohl die Firma Salamander zunächst bestritt, damit etwas zu tun zu haben, konnte der Beweis mit Berliner Adressbüchern von 1937 erbracht werden, die die Salamander AG als Betreiberin eines Reparaturbetriebes in der Köpenicker Straße 6a ausweisen.

Entgegen anderslautender Behauptungen war Salamander ein kriegswichtiges Unternehmen: Denn Stiefel und Schuhe wurden nicht nur für die Wehrmacht im Krieg gebraucht, sondern auch für den Bau. Als nicht zweifelsfrei belegt, aber sehr wahrscheinlich gilt, dass Salamander auch Holzschuhe für Konzentrationslager produzierte. Gesichert ist jedenfalls, dass das Unternehmen als aufsteigender Schuhproduzent maßgeblich an der Testung von Ersatzstoffschuhen im KZ Sachsenhausen bei Oranienburg beteiligt war. Der Firmenchef von Untertürkheim war Mitglied der Fachabteilung Lederfaserwerkstoff (FLWS). Dominant neben weiteren 76 Unternehmen waren in der FLWS die Konzerne Freudenberg und Salamander. Eine ihrer Aktivitäten war die Gebrauchswertprüfung von Schuhen durch Häftlinge, für die die Schuh- beziehungsweise Lederfirmen sechs Reichsmark pro Tag und Häftling an die SS zahlten. 1940 wurde dazu die berühmte „Schuhläuferstrecke“, eine halbrunde Laufbahn von 700 Metern mit acht bis zehn Meter Breite und abwechselnden Belägen von Beton, Schotter, Sand, feuchtem Lehm oder ähnlichem eingerichtet. Unterernährte Häftlinge mussten täglich elf Stunden lang mit 15 bis 30 Kilogramm Gepäck auf dem Rücken bis zu 40 Kilometer/Stunde schnell auf dieser Strecke laufen. Das überlebten nur wenige. Etliche „Schuhläufer“ liefen sich nicht nur ihre Füße blutig, da sie oftmals zu kleine Schuhe testen mussten, sondern sie wurden nach ihrem Umfallen sofort von der SS erschossen. Das ist von einem der wenigen Überlebenden überliefert: Der damals 20 Jahre alte Holländer Josef Snep wies auch darauf hin, dass die Experten der Forschung und Entwicklung der Unternehmen sich direkt vor Ort die Ergebnisse des Laufens mit dem Schuhwerk aus Ersatzstoffen ansahen. Wenn die Direktoren der Lederbetriebe die Gebrauchsspuren und die Haltbarkeit der Schuhe besichtigen wollten, musste das Schuhkommando geschlossen vor der Schuhprüfstelle Aufstellung nehmen und die Schuhe ausziehen. Daher wussten auch die Vertreter von Salamander sehr genau, in welcher verbrecherischen und menschenverachtenden Form ihre Entwicklungen getestet wurden.

Vera Friedländer ist deshalb so sehr an dieser Unternehmensgeschichte interessiert, weil sie selbst als 16-Jährige Zwangsarbeiterin bei Salamander in Kreuzberg war.

Sie ist Tochter einer Jüdin. Ihr Vater ließ sich während des Nationalsozialismus nicht scheiden, sondern ging zum Schutz seiner Familie zur Organisation Todt, um dort seine „Wehrwürdigkeit“ unter Beweis zu stellen. Friedländer wurde 1944 zur Zwangsarbeit im Reparaturbetrieb bei Salamander verpflichtet.

Nach einem friedlichen Leben in der DDR, das ihr ein Studium der Germanistik und eine Professur ermöglichte, ist sie als Bundesbürgerin seit 1990 wieder mit rechtsextremistischen Entwicklungen konfrontiert. In diesem Kontext erinnerte sie sich an ihre Jugend, und an die Fragen, die sie als junges Mädchen nicht auflösen konnte: Woher kommen die vielen Schuhe? Wer sind ihre BesitzerInnen? Warum sind die Schuhe nicht mit einer Nummer markiert, damit sie wieder abgeholt werden können? In ihren Recherchen stieß sie auf die Firma Salamander: Sie entdeckte, dass sich das Unternehmen mit einem Nichtverwickeltsein in die Naziherrschaft schmückte. Die Firma rühmte sich dessen, obwohl die Schuhproduktion kriegswichtig war und sie als eine der einflussreichsten Schuhproduzentinnen im damaligen „Dritten Reich“ dokumentiert ist. In der zweiten Hälfte ihres Buch entkräftet sie Hanspeter Sturms Legende von den „Schützenden Händen über unsere Juden“: Sie berichtet von der weitaus umfangreicheren jüdischen Bevölkerung in Kornwestheim und widerlegt halb- und unwahre Einzelaussagen des „Historikers“ Hanspeter Sturm. Vera Friedländers Buch ist deshalb großartig, weil es zur Aufdeckung der Methodik des Lügens zum Zwecke der Weißwaschung von deutschen Wirtschaftsunternehmen nach dem 2. Weltkrieg einen hervorragenden Beitrag leistet.

Vera Friedländer 2016:

Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander.

Das Neue Berlin, Berlin.

ISBN: 978-3-360-01313-2.

224 Seiten. 14,99 Euro.

Zitathinweis: Anne Alex: Blutiges Schuhwerk. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1382>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Was bewegt Aktivist*innen?



Niels Seibert / Ines Wallrodt (Hg.)

Murmeln Mumbeln Flüstertüte

Lexikon der Bewegungssprache

Das linke Wörterbuch eröffnet einen Blick über das Denken und Handeln sozialer Bewegungen.

Rezensiert von [Numa Jahn](#)

Besonders aktive politische Menschen nennen wir heutzutage schlicht „Aktivist*innen“. Das Wort hat es sogar in den Duden geschafft. Die Bezeichnung wurde zuvor in der DDR für Werktätige verwendet, die bei der Planerfüllung außerordentliche Leistungen erbrachten – bekanntestes Beispiel ist der Bergmann Adolf Hennecke. In der Linken der USA galt „Aktivist“ vor 50 Jahren noch als Beleidigung, erinnert sich der einst linksradikale Mark Rudd, der Mitglied der US-amerikanischen Untergrundorganisation Weather Underground gewesen war. Der Begriff wurde in den Staaten während des Ersten Weltkriegs auf die Unterstützer der Mittelmächte (um das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn) angewandt, schreibt Astra Tylor in „Le monde diplomatique“ vom Juni 2016. Die Publizistin kritisiert den Ausdruck heute als inhaltsleer: „Er steht weniger für eine politische Überzeugung als für ein gewisses Temperament.“ Und: „organisatorische Strukturen, wie sie früheren Bewegungen zum Erfolg verholfen haben, fehlen.“

Dieser Abstecher in die Geschichte des Begriffes soll andeuten, wie spannend es sein kann, sich mit jenen zu beschäftigen, die wir alltäglich nutzen. Unter anderem dieser Aufgabe widmet sich das „Lexikon der Bewegungssprache“ aus dem Unrast Verlag. Der Band nimmt sich auch des Begriffes „Aktivist“ an. Der Eintrag erinnert, dass es früher Revolutionäre und Kommunist*innen, Mitglieder und Kader, Genoss*innen und Mitstreiter*innen, Vertreter*innen und Sprecher*innen, Autonome und Militante gab, außerdem Hausbesetzer*innen, Umweltschützer*innen, Atomkraftgegner*innen. Und er stellt kritisch fest, dass heute offensichtlich keine entsprechenden Wörter mehr vorhanden sind. Alle sprechen und schreiben nur noch von Aktivist*innen.

Organisierung, Vernetzung und Spaltung

„Allein machen sie dich ein“ – Mit diesem Verweis auf die Band „Ton Stein Scherben“ endet der Lexikoneintrag „Organisierung“. Darunter, so wird ausgeführt, ist ein Prozess zu verstehen, der handlungsfähiger und schlagkräftiger machen soll, aber zugleich die Gefahr formalisierter Strukturen birgt, die zu Bürokratismus und Erstarrung neigen. So resümieren es aus eigener Erfahrung sogenannte postautonome Gruppen. Diese zielen, wie im Wörterbuch zu lesen ist, auf breite Bündnisse unter Einbeziehung von Gewerkschaften, NGOs und Parteien, um mit linken Inhalten und Praxen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wirkmächtig zu werden. Sie sind Teil von Organisierungsversuchen jenseits hierarchischer Strukturen, wie wir sie beispielsweise aus K-Gruppen der 1970er Jahre kennen. Und wenn Linke solche Versuche mit Vielen zusammen wagen, stellen sich schnell auch Fragen nach Entscheidungsfindung, Moderation, Quotierung und weiteren Strukturen von Plenum und Kollektiv.

Nimmt man den 120 Seiten umfassenden Band zur Hand und blättert darin, stößt man auf solche und zahlreiche durch Querverweise verbundene Begriffe und beginnt sofort, einen davon zu lesen, weil man damit selbst vieles verbindet und wissbegierig ist, was andere dazu zu erzählen haben. Bei der aufklärenden Beschreibung unternehmen die Autor*innen zahlreiche Ausflüge in die Bewegungsgeschichte der vergangenen 60 Jahre. Der Band enthält eine bunte Mischung von Lexikoneinträgen, die von Abkürzungen und Szenesprache wie „EA“ für Ermittlungsausschuss über den Ausruf „Haut ab!“ bis zum Buchstaben und Symbol „X“ reicht. Außerdem vertreten: Bauchschmerzen, Fishbowl, kämpfen und pink. Zu den meisten Einträgen haben die Leser*innen sicher direkte Assoziationen, aber wahrscheinlich nicht immer zu allen. Was geschah zum Beispiel im Jahr 1980 in Bremen (Straßenschlacht anlässlich einer Rekrutenvereidigung) und in Zürich (Züri brännt)? Und wer erinnert sich noch an das ein ganzes Lebensgefühl ausdrückende Verb „hönkeln“? Insgesamt eine gelungene Auswahl, stehen die etwa 150 Begriffe doch in ihrer Gesamtheit für ein repräsentatives Bild aktueller aktivistischer Bewegungen und ihrer Geschichte(n), die mit verschiedenen Aufmerksamkeit erheischenden Methoden in gesellschaftliche Konflikte intervenieren.

Gegenöffentlichkeit, Diskurs und Handgemenge

Die 21 Autor*innen sind aus eigener Erfahrung vertraut mit dem, worüber sie schreiben. Sie gehören verschiedenen Altersklassen und politischen Strömungen an, haben somit in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedliche Diskussionen der Linken miterlebt. Manche ihrer kurzen Texte sind lehrreich, viele unterhaltsam und einige zum Schmunzeln. Die Autor*innen schöpfen aus dem Schatz, den soziale Bewegungen bieten und nutzen ihn teilweise auch, um sich auf

Kosten der politisch Bewegten zu vergnügen. Ein verbindendes Element der Autor*innen ist ihre schreibende Tätigkeit für die linke Tageszeitung *neues deutschland*, die sich – unter anderem in ihrem Online-Auftritt – zu einem bewegungsnahen Organ und einem Ort für linke Debatten entwickelt hat. Die Vielfalt und Kontroversen aktiver linker Politik ziehen sich auch durch das Lexikon. Deshalb fasziniert es nicht nur Menschen, die Teil der Linken waren und sind, es stößt sogar auf Interesse in bürgerlichen Organen wie *Welt*, *Focus* und *Bayerischer Rundfunk*.

Insofern eignet sich das Büchlein als Geschenk für Eltern und Freund*innen, die schon immer mal wissen wollten, was genau dahinter steckt, wenn wir davon sprechen, auf Polittreffen zu gehen. Mit der Lektüre jedes Beitrags kommen die Leser*innen der Linken etwas näher, vermittelt doch der Band ein Verständnis von sozialen Bewegungen mit all ihren Facetten, ihren Formen und Inhalten, ihrem Denken und Handeln, ihrer Geschichte, ihren Kampfplätzen, Methoden und Strukturen.

Niels Seibert / Ines Wallrodt (Hg.) 2016:

Murmeln Mumbeln Flüstertüte. Lexikon der Bewegungssprache.

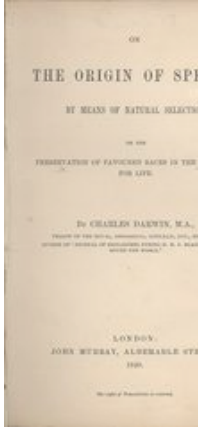
Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-596-7.

123 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Numa Jahn: Was bewegt Aktivist*innen? Erschienen in: *Repression und Überwachung*. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1383>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

„Eine bedeutende Umwälzung in der Naturgeschichte“



Charles Darwin

Die Entstehung der Arten durch Natursauslese
Oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf ums
Dasein

*Darwin entfaltet in seinem bahnbrechenden Werk der
Naturwissenschaften die bis heute in Grundzügen gültige
Evolutionstheorie.*

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Der Vater der Psychoanalyse, Sigmund Freud, kam bekanntlich zu der Diagnose, dass der „allgemeine Narzißmus, die Eigenliebe der Menschheit bis jetzt drei schwere Kränkungen von seiten der wissenschaftlichen Forschung erfahren“ (Freud 1917, S. 3) habe: Nikolaus Kopernikus bewies im 16. Jahrhundert, dass der Mensch und sein Heimatplanet nicht den Mittelpunkt des Weltalls bilden. Charles Robert Darwins Evolutionstheorie nahm dem Menschen rund drei Jahrhunderte später die Illusion, er sei ein von Gott einzigartig geschaffenes Wesen, dessen „Band der Gemeinschaft mit der Tierwelt“ zerrissen sei. Freud, keineswegs bescheiden, fügte dem Menschen schließlich nach der kosmologischen und biologischen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die psychologische Kränkung zu. Er enthüllte, dass das Ich des Menschen nicht Herr im eigenen Haus ist.

Evolutionstheorie statt metaphysischer Naturauffassung

Freud unterschlug zwar die soziale Kränkung des Menschen durch Marx, der gezeigt hat, dass sich die durch die gesellschaftliche Arbeit geschaffenen sozialen Verhältnisse gegenüber dem menschlichen Individuen relativ verselbständigen. Nichtsdestotrotz bringt die posthume Würdigung den Stellenwert der Arbeit Darwins in der Entwicklung der Natur- und Sozialwissenschaften eindeutig auf den Punkt. Den Grundstein für die zweite, bis heute nicht ausgeheilte narzisstische Kränkung legte der 1809 geborene Sohn des Arztes Robert Waring Darwin und Susannah Darwins (geborene Wedgwood) mit der in englischer Sprache erstmals 1859 publizierte Schrift „Die Entstehung der Arten durch Natursauslese oder die

Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf ums Dasein“.

Die Zeit für Darwins Entdeckung der Deszendenztheorie war Mitte des 19. Jahrhunderts bereits überreif. Das zeigt dessen „geschichtliche Skizze“ über den „Fortschritt der Ansichten von der Entstehung der Arten“, die seit der dritten Auflage dem Werk voransteht. Darwin würdigt darin nicht nur die Arbeiten des französischen Biologen Jean-Baptiste Lamarck und anderer Wissenschaftler, die seine Theorie – von „Evolution“ spricht er ausdrücklich erst 1871 in der englischen Erstausgabe von „Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl“ und in der sechsten Auflage von „Die Entstehung der Arten“ 1872 – faktisch vorbereitet haben. Darwin gesteht offen ein, dass er die Abstammungstheorie nicht als einziger formuliert hat. Sein 14 Jahre jüngerer walisischer Kollege Alfred Russel Wallace war parallel zu Darwin bei einigen Unterschieden im Großen und Ganzen zu denselben Erkenntnissen gekommen und drängte auf deren Veröffentlichung.

Dass diese eine solche Sprengkraft weit über die Wissenschaft hinaus entwickelt haben, liegt daran, dass Darwin mit seiner Darstellung nicht nur eine materialistische und naturgeschichtliche Lösung des „Geheimnis der Geheimnisse“ über den Ursprung der Arten geliefert hat. Er hat mit ihr faktisch auch andere – vornehmlich religiös-kreationistische – mehrheitlich von den „Naturforschern“ seiner Zeit vertretene Erklärungsansätze ins Reich der Fabeln verbannt, mit denen „Unwissenheit unter Ausdrücken wie 'Schöpfungsplan', 'Einheit des Entwurfs' usw.“ verborgen worden sei. Insbesondere wandte sich Darwin gegen die Vorstellung, „daß jede Art unabhängig für sich selbst erschaffen worden sei“. Die Arten seien „nicht durch wunderbare Schöpfungsakte hervorgebracht und vernichtet“ worden. Ebenso könne zwischen Arten, „die nach der gewöhnlichen Annahme durch besondere Akte der Schöpfung“ entstanden seien, und „Spielarten, die, wie anerkannt wird, durch abgeleitete Gesetze hervorgebracht worden sind, keine Grenzlinie gezogen werden“. Diese Positionen waren nach der Publikation von „Die Entstehung der Arten“ nicht mehr wissenschaftlich haltbar. Friedrich Engels, Karl Marx' kongenialer Partner, konstatierte bereits 1880 in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, dass Darwin „der metaphysischen Naturauffassung den gewaltigsten Stoß versetzt hat“ (MEW 19, S. 205).

Natürliche Biopolitik: der „Kampf ums Dasein“ und die „natürliche Auslese“

Für Darwin stellt sich die Natur im Widerspruch zu den zeitgenössischen christlich-idealistischen Lehren, deren Vertreter davon ausgingen, dass Gott die Natur mit Sinn und Zweck geschaffen habe, als ein historisch-evolutionär gewachsenes, nicht durch ein unumstößlich von Außen festgelegtes Entwicklungsziel bestimmtes „System“ dar. In diesem sind alle Pflanzen und Tiere miteinander verwandt, sie

stehen in wechselseitiger Beziehung zueinander und sind durch Naturauslese („natural selection“) beziehungsweise dem „Überleben der Tauglichsten“ („survival of the fittest“) im Kampf ums Dasein („struggle for existence“) auseinander hervorgegangen. Das gesamte Buch sei, so Darwin, „ein langer Beweis“ für die evolutionäre Entfaltung dieses Systems, das er mit der Metapher eines „großen Lebensbaums“ beschreibt.

In einem Brief an den russischen Sozialrevolutionär Pjotr Lawrowitsch Lawrow urteilte Friedrich Engels 1875 voller Anerkennung und dennoch differenzierend über die Stichhaltigkeit des Arguments Darwins:

„Ich akzeptiere von der Darwinschen Lehre die Entwicklungstheorie, nehme aber Darwins Beweismethode (struggle for life, natural selection) nur als ersten, provisorischen, unvollkommenen Ausdruck einer neuentdeckten Tatsache an. Bis auf Darwin betonten grade die Leute, die jetzt überall nur Kampf ums Dasein sehen, grade das Zusammenwirken der organischen Natur. Beide Auffassungen haben ihre gewisse Berechtigung innerhalb gewisser Grenzen, aber die eine ist so einseitig und borniert wie die andre.“ (MEW 34, S. 169)

Darwins Beweisführung beginnt in den ersten fünf Kapiteln von „Die Entstehung der Arten“ mit der Darlegung der Evolutionstheorie. Er geht davon aus, dass die von Thomas Robert Malthus konzipierte Bevölkerungstheorie „in verstärktem Maße auf das ganze Tier- und Pflanzenreich“ angewendet werden könne. Tier- und Pflanzenpopulationen wüchsen demzufolge „geometrisch“ (1-2-4-8-16-32 und so weiter) und gerieten dadurch letztlich miteinander in Konkurrenz zueinander. Denn die verschiedenen Populationen beanspruchten dieselben Ressourcen innerhalb desselben Raumes. Die Intensität des Wettkampfs werde durch die Masse der Nahrungsmittel, das Klima, Epidemien und so weiter verschärft oder abgemildert. Am heftigsten tobe der Wettbewerb zwischen den Einzelwesen und Varietäten derselben Art.

Unter diesen Bedingungen des Kampfes ums Dasein finde in der Natur analog zur Auswahl in der Zucht von domestizierten Pflanzen und Tieren durch den Menschen eine „natürliche Auslese“ statt. Für das Überleben „günstige Verschiedenheiten und Abänderungen der Einzelwesen“ blieben bei der Vererbung über sehr lange Zeiträume erhalten. „Schädliche“ würden nicht beziehungsweise nach und nach weniger weitergegeben. Dieser Prozess führe einerseits unter den Lebensformen, die sich behaupten, „zum Auseinandergehen der Merkmale“ und zu ihrer sich stetig differenzierenden Anpassungen an die vielfältigen Bedingungen und Plätze im „Naturhaushalt“. Andererseits komme es zu einer „ausgedehnten Vernichtung der weniger verbesserten Lebensformen“, darunter auch der „Übergangsformen“ zwischen den Spezies. Die anfänglich kleinen Differenzen zwischen den Varietäten einer Art würden auf diese Weise schrittweise vergrößert, bis sich neue Arten oder

sogar neue Gattungen herausbildeten.

Nicht Gott und seine Gesetze managen oder steuern also „Leben und Tod“ der Pflanzen und Tiere. Die Steuerung geschieht durch die individuellen und sozialen Handlungen der Tiere – die Menschen inbegriffen – und die natürlichen Prozesse der Pflanzen. Darwin insistiert mehrfach darauf, dass sie über sehr lange Zeiträume und graduell erfolge, das heißt ohne Brüche, durch stetige kleine Verschiebungen. Allerdings bedeutet das Motto der Evolution „Natura non facit saltum“ („Die Natur macht keinen Sprung“) nicht, dass qualitative Neuerungen in der natürlichen Entwicklungshistorie ausbleiben.

Graduelle Differenz zwischen Mensch und Tier

Nachdem Darwin das Grundgerüst seiner Theorie errichtet hat, begegnet er in den restlichen neun von zehn Kapiteln akribisch potentiellen Einwänden gegen seine Theorie, die zum Teil, wie etwa im Fall von mangelnden Belegen für die Evolution in Form von Fossilien, historisch überholt sind. Außerdem zeigt er auf einigen Feldern die Anwendbarkeit sowie Überlegenheit seines neuen Paradigmas gegenüber dem Mainstream seiner Zeit.

Darwin war etwa davon überzeugt, dass man die Genese „äußerst vollkommener und zusammengesetzter Organe“ wie des Auges auf der Grundlage seiner Theorie erklären könnte, auch wenn er den gesamten Prozess noch nicht im Einzelnen zu beschreiben vermochte. Am Beispiel der hochgradig ökonomischen Verwendung von Wachs zum Bau von Waben durch Honigbienen, die damit „die Entdeckungen tiefsinniger Mathematiker durch die That vorweggenommen“ hätten, und der sozialen Organisation der Arbeit von Ameisen veranschaulicht Darwin ferner, dass „Naturtriebe“ und andere „geistige Fähigkeiten“ ebenso wie die äußerlichen Eigenschaften von Pflanzen und Tieren evolutionär weitergegeben und -entwickelt werden.

Entgegen gängiger Fehlinterpretationen ist darauf zu verweisen, dass der Vordenker der Biologie wiederholt die Einteilung in „hohe“ und „niedere“ Lebewesen aufgrund mangelnder wissenschaftlich belastbarer Kriterien kritisiert. Er verabsolutiert die Differenzen zwischen den Lebewesen nicht, sondern relativiert und betrachtet sie in ihrer naturgeschichtlichen Konstellation, ohne sie dabei zu nivellieren. Darwin schreibt etwa: „Ein kleines Maß von Urteil oder Vernunft (...) spielt oft sogar bei Tieren mit, die auf der Stufenleiter der Natur niedrig stehen.“ Darwin lehnt zudem die Vorstellung eines „Gesetzes notwendiger Entwicklung“ ab. Dafür gebe es „keinen Beweis“.

Im Schlusskapitel seines Werks kündigt der wissenschaftliche Revolutionär nach einer Zusammenfassung seiner opulenten Beweisführung seine zweite

epochemachende Arbeit, „Die Abstammung des Menschen“, bereits implizit an. Wichtige Forschungsvorhaben ergäben sich aus seiner Theorie. Es werde unter anderem „helles Licht (...) auf den Ursprung des Menschen und seine Geschichte fallen“. Außerdem prognostizierte Darwin die Begründung der Psychologie als Konsequenz aus seiner Theorie der graduellen Entwicklung der Triebe und geistigen Fähigkeiten. Ohne Darwins „bedeutende Umwälzung in der Naturgeschichte“ hätte Freud die Menschheit nicht noch einmal kränken können.

Zusätzlich verwendete Literatur

Freud, Sigmund (1917): Schwierigkeiten der Psychoanalyse. In: Imago. Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Geisteswissenschaften. S. 1-7.

Engels, Friedrich (1973): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Marx-Engels-Werke. Band 19. 4. Auflage. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962. Berlin. S. 177-228.

Engels, Friedrich (1966): Engels an Pjotr Lawrowitsch Lawrow. 12. November 1875. In: In: Marx-Engels-Werke. Band 34. Berlin. S. 169-172.

Charles Darwin 1859:

Die Entstehung der Arten durch Naturauslese. Oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf ums Dasein.

Gutenberg Projekt, Berlin.

Zitathinweis: Christian Stache: „Eine bedeutende Umwälzung in der Naturgeschichte“. Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1387>. Abgerufen am: 03. 01. 2017 13:28.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2017 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.

